

Gewalt in Indien

Inhalt

Indiens neue Terrorfront (Focus vom 11.04.2009)	2
Konferenz gegen Rassismus (LWB und ÖRK vom 09.04.2009)	5
»Wir sind schlimmer behandelt worden als Tiere« (jesus.de vom 05.04.2009)	8
Wer denkt für Morgen? (Die Zeit vom 02.04.2009)	11
Ein Stoßdämpfer mit tausend Federn (Die Zeit vom 26.03.2009)	15
"Die Angst sitzt tief" (Lippische Wochenschau vom 23.03.2009)	19
Eine Million ist nicht genug (FAZ vom 24.02.2009)	21
Indien: Gewalt gegen Christen (idea 23.02.2009)	23
Indien: Christ in Orissa getötet (asianews vom 20.02.2009)	23
Sie fürchten neue Angriffe (kath.net vom 10.02.2009)	24
Indien: Jesusfilm-Missionare misshandelt (Gospel for Asia vom 07.02.2009)	26
Indien: Neue Gewalt gegen Christen (asianews vom 01.02.2009).....	26
Christenverfolgung in Indien (Grenzland vom 29.01.2009)	27
Austausch über 6000 Kilometer hinweg (Ludwigsburger Kreiszeitung vom 28.01.2009).....	29
Witwe eines ermordeten Missionars tröstet Gewaltopfer (IDEA vom 26.01.2009).....	31
Indien: Weihnachten ohne Gewalt aber in Angst (asianews vom 30.12.2008)	32
Kirche in Asien gegen Unfrieden und Fundamentalismus (kathweb vom 27.12.2008)	33
Friede auf Erden: Gebetsappell für Indiens bedrängte Christen (Livenet vom 24.12.2008)..	34
Asien: Vielen Christen graut vor Weihnachten (IDEA vom 23.12.2008).....	36
„God save your people!“ (kathnews vom 22.12.2008).....	39
Indien: Generalstreik abgesagt (Radio Vatikan vom 21.12.2008)	40
Das gefährliche Bekenntnis zum Christentum (Die Welt vom 21.12.2008).....	42
Indische Christen verunsichert: Blutiges Weihnachten? (IDEA vom 17.12.2008)	45
Indien: Angst vor neuer Gewalt an Weihnachten (Radio Vatikan vom 15.12.2008).....	47
Recherche für Mumbai (Freitag vom 11.12.2008)	48
Christen sind in der indischen Gesellschaft gut integriert (ZENIT vom 11.12.2008)	51
Das Handwerk des Terrors (NZZ vom 05.12.2008).....	53
Bombay Spirit (Freitag vom 04.12.2008)	57
Ein böses Spiel mit vielen Dimensionen (NZZ vom 03.12.2008).....	60
Der ungelöste Geburtsfehler (IDEA vom 03.12.2008)	63
Zum Äußersten bereit (taz vom 30.11.2008)	65
Kampfplatz der Religionen (WK vom 30.11.2008).....	66
<i>Anschläge in Mumbai</i> (FTD vom 28.11.2008)	68
Saat der Gewalt - die Hintergründe des Massakers (WAZ vom 28.11.2008).....	70
Convert or leave Ladapadar, Christian families told (Orissaconcerns vom 21.11.2008).....	72
Noch nie gab es so viele Sklaven wie heute (Welt Online vom 21.11.2008).....	74
Unruhen und Angriffe auf christliche Gemeinden in Orissa (NMZ 04.11.2008).....	79
A Radical Proposal for a Very Difficult Situation in Orissa (Vishal Mangalwadi)	82
Hinduism in Double Trouble: Mao & Christ Come Together in Orissa (Vishal Mangalwadi) .	87
Report on the visit of the Vice Charperson, National Commission for Minorities to Orissa ...	94

Indiens neue Terrorfront

(Focus vom 11.04.2009)

Sie wollen einen mächtigen Hindustaat schaffen. Dazu drillen indische Funktionäre die Jugend auf nationalistisches Gedankengut getreu dem Motto „Indien nur für Hindus“.

Von Dorothea Riecker

Die Jugend genießt das Nachtleben in Bombay. Laut knallen die Champagnerkorken im exklusiven Nachtclub „Prive“ im Süden Bombays. Dicht an dicht drängt Indiens Jeunesse dorée auf die Tanzfläche, während aus den Musikboxen der oscargekrönte Filmhit Jai Ho aus „Slumdog Millionär“ dröhnt. Mädchen in Designerkleidung und figurbetonten Outfits tanzen in verführerischen Posen auf den Tanzkonsolen. Im Nachtleben der 18-Millionen-Metropole feiert die indische Jugend sich selbst. Es ist die erste Amüsier-Generation, die frei von veralteten Traditionen ist und sich entschlossen hat, ihr neues Lebensgefühl in vollen Zügen zu genießen.

Über 100 Tote bei Massenpanik. Vikram Walkawala war noch nie in einem Nachtclub. Für den 22-jährigen Ingenieurstudenten mit Seitenscheitel ist das moderne Bombay ein rotes Tuch. Er ist überzeugt, dass „Discos, Mädchen in Jeans und Händchen haltende Paare die indischen Sitten und Kultur zerstören“.

Hakenkreuz aus Jasminblüten

Täglich erreicht Walkawala um 6.30 Uhr, wenn die orangefarbene Sonne gerade durch den Smog der Stadt steigt, den Shivaji Park in Zentral-Bombay. Ungeachtet der vielen Fitnessliebhaber, die noch vor Ankunft der feuchten Hitze des Tages auf dem staubigen Platz joggen oder Yoga-Übungen machen, trifft er eine Gruppe von 15 Jungen – herausgeputzt in khakifarbenen Shorts. Der elfjährige Rohit und der 13-jährige Aditya legen gerade ein Hakenkreuz aus Jasminblüten in den Sand, während Shantanu die safranfarbene Flagge des Hinduismus auf die Standarte zieht. Auf Befehl ihres Gruppenleiters Walkawala stehen sie stramm, heben den rechten Arm mit ausgestreckter Handfläche zum Gruß vor die Brust und beten zu „Bharat Ma“ (Mutter Indien).

Der 13 Jahre alte Shantanu ist seit drei Monaten dabei. „Meine Eltern finden es gut, weil hier Disziplin und Ordnung herrscht. Nicht so ein Chaos wie dort drüben“, sagt er und deutet auf die Jugendlichen, die über den Platz toben, Cricket oder Fußball spielen. „Es geht hier nicht nur um körperliche Exerzitien“, betont Walkawala, „sondern um hinduistische Prinzipien und Moral. Am besten, wir trichtern ihnen diese von Kindheit an ein.“

„Indien nur für Hindus“

Walkawala ist kein Anführer eines harmlosen Pfadfinder-Vereins. Er ist Funktionär der rechtsnationalen Hinduorganisation RSS (Rashtriya Swayasewak Sangh). Die RSS ist nur eine von vielen radikalen Organisationen, die zum nationalhinduistischen Netzwerk Sangh Parivar („Heilige Familie“) gehören. In diesem Netzwerk vereinen sich etliche rechtsradikale Gruppen und Parteien, die gemeinsam einen mächtigen

Hindustaat schaffen wollen. „Indien nur für Hindus“, lautet die Parole ihrer faschistischen „Hindutva“-Ideologie. Sie haben Nicht-Hindus, besonders Muslimen und Christen, aber auch dem westlichen Lebensstil den Kampf angesagt.

Dabei schrecken sie vor Gewalt nicht zurück. Mit dem Slogan „Ausländer raus aus Mumbai“ gingen Schlägertruppen des Regionalpolitikers Raj Thackeray im vorigen Jahr brutal gegen islamische Wanderarbeiter aus dem nordindischen Bundesstaat Bihar vor. Zu den führenden Köpfen der rechtsradikalen Hindunationalisten gehört Thackerays 82-jähriger Onkel Bal – er ist der Gründer der Shiv Sena Partei und ein flammender Bewunderer Hitlers. Als Mitinitiator der Umbenennung Bombays in Mumbai (1995 nach der hinduistischen Göttin Mumbadevi), betreibt auch er gnadenlos die Hinduisierung der Stadt. Drohungen gegen jeden, der den Namen Bombay benutzt, setzen seine Anhänger in die Tat um. Sie verwüsten Geschäfte und Restaurants, die weiterhin den Namen Bombay im Logo führen: Sei es die kleine Schneiderei „Bombay Tailor“ oder das erfolgreiche Textilhaus „Bombay Dyeing“.

25 000 Trainingscamps in Indien

G.Domiteit/FOCUS Magazin Anzeichen für Hinduisierung Die meisten Hindu Taliban stammen aus der RSS, der Kadenschmiede der Sangh Parivar. Die Organisation unterhält in ganz Indien 25 000 Trainingscamps, so genannte Shakhas. Wie die Gruppe von Walkawala im Shivaji Park, erhalten Millionen Jugendliche hier den nötigen Drill und die ideologische Gehirnwäsche. Zum Training erscheinen sie in khakifarbenen Shorts und weißen Hemden – eine Kopie der Pfadfinder-Uniform Mussolinis. „In den letzten Jahren wurden sie immer sichtbarer. Die RSS hat sich bereits in jedem Bereich der Gesellschaft etabliert, selbst in Politik und Armee“, erregt sich Teesta Setalvad. Sie ist Sozialarbeiterin und Vorsitzende der Gruppe „Bürger für Frieden und Recht“. Noch seien die Rechten in der Minderheit. Wenn sich die Gesellschaft weiter zurückziehe und Konfrontationen scheue, könne sich das aber bald ändern, fürchtet die Aktivistin.

Wo Indien boomt Erste Auswirkungen auf das öffentliche Leben der kosmopolitischen Stadt zeigen sich bereits. Vor allem die Kunstszene ist betroffen. Galerien und Museen mit abstrakten Bildern hinduistischer Götter stehen im Fokus rechtsradikaler Zerstörungswut. Eingeschüchtert begehen Künstler wie die junge Malerin Damayanti Selbstzensur: Vorsichtshalber sortierte sie für eine Ausstellung in der „Jehangir“ Artgalerie von Bombay alle weiblichen Akte aus.

Unmut über nackte Göttinnen

„Das hätte ich nie getan“, empört sich Shobaa De, Societylady und Schriftstellerin. In ihrem eleganten Apartment gegenüber dem World Trade Center findet sich traditionelles und modernes Design, harmonisch aufeinander abgestimmt. Indische Miniaturzeichnungen hängen neben abstrakten Bildern des Malers M. F. Hussain, einem Freund der Familie. Er lebt aus Angst vor Übergriffen von Hindu fanatikern seit 2005 im Exil in Dubai. Bilder nackter Göttinnen in erotischen Stellungen erzürnten die Radikalen.

Die emanzipierte Shobaa De schwärmt von Bombay als der liberalsten Stadt Indiens, wo Frauen in Topstellungen von Banken, Medien und Industrie sitzen. „Wir lassen uns diese Freiheit nicht nehmen“, sagt sie energisch. Um zu verhindern, dass indi-

sche Fundamentalisten die Stadt am Meer in ein hinduistisches Kabul verwandeln, setzt sie auf geballte Frauenpower. In ihrem Blog S.I.T.A Sena fordert sie Frauen zum Widerstand gegen den „Safran-Terror“ auf. In Bombay soll nicht passieren, was im 937 km entfernten Mangalor geschah: Dort zerrten Fanatiker Mädchen an den Haaren aus den Pubs und verprügelten sie.

Konferenz gegen Rassismus

(LWB und ÖRK vom 09.04.2009)

ChristInnen weltweit zu Solidarität aufgerufen, um Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit zu überwinden

Kirchliche Führungspersönlichkeiten und MenschenrechtsaktivistInnen wollen den Kampf zur Überwindung von Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit auf internationaler Ebene thematisieren. Die seit 3.500 Jahren praktizierte Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit ist eine Geißel, unter der auch heute noch hunderte Millionen Menschen weltweit leiden. Die Nachfolgekonferenz zur UN-Konferenz gegen Rassismus Ende April in Genf soll als erste Möglichkeit dienen, diese Strategie zu überprüfen.

Weltweit leiden etwa 260 Millionen Menschen unter der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit, geschätzte 200 Millionen davon leben allein in Indien, das als grösste Demokratie der Welt gilt. Während diese benachteiligten Menschen auf Grund einer brahmanischen rituellen Tradition, nach der sie als „schmutzig“ oder „verschmutzend“ galten, einst als „unberührbar“ bezeichnet und behandelt wurden, nennen sie sich heute selbst Dalits („unterdrückt“, „zerbrochen“).

Die Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit ist so tief verwurzelt, dass Kirchen und Menschenrechtsgruppen in Indien und anderen Ländern, in denen diese Form der Diskriminierung praktiziert wird, zu der Einsicht gelangt sind, dass sie das Problem allein schwer werden lösen können. „Wir brauchen Ihre Solidarität!“, appellierten sie an die Teilnehmenden der „Globalen ökumenischen Konferenz zur Gerechtigkeit für Dalits“, die vom 21. bis 24. März in Bangkok (Thailand) stattfand.

An der Konferenz, die vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und dem Lutherischen Weltbund (LWB) organisiert und von der Asiatischen Christlichen Konferenz ausgerichtet wurde, nahmen 95 LeiterInnen und VertreterInnen von Kirchen und Menschenrechts- und Entwicklungshilfeorganisationen aus der ganzen Welt teil. Die Teilnehmenden beschäftigten sich mit der Geschichte und der Kultur der Dalits und erfuhren über Vergewaltigungen und Missbrauch von Dalit-Frauen, von unfreier Arbeit, Verbrechen an Dalits und der Ermordung von christlichen Dalits durch hinduistische FundamentalistInnen.

Die Teilnehmenden der Konferenz in Bangkok begrüßten, dass verschiedene UN-Organisationen, wie zum Beispiel der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Committee on the Elimination of Racial Discrimination, CERD), der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (Committee on the Elimination of Discrimination against Women, CEDAW) und die Internationale Arbeitsorganisation (International Labor Organization, ILO) Fortschritte bei der Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit gemacht hätten.

Die Teilnehmenden riefen in Erinnerung, dass das Problem der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit im Jahr 2001 auf der UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban (Südafrika) nicht behandelt worden sei. Gleichzeitig brachten sie aber auch ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass das Problem auf der anstehenden Nachfolgekonferenz zur Tagung in Durban internationale Aufmerksamkeit erfahren werde.

In einer Erklärung mit dem Titel „Bangkok Declaration and Call“ (Erklärung und Aufruf von Bangkok) riefen die Teilnehmenden die internationale Gemeinschaft auf, den

VertreterInnen der Dalits während der Nachfolgekonferenz zur UN-Konferenz gegen Rassismus „ein Forum für ihre Anliegen zu bieten“ und mahnten „alle teilnehmenden Regierungen, die Thematik der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit in den Diskussionen zu berücksichtigen.“

Moralische Erklärung und Solidarität

Einige indische AktivistInnen versprechen sich von der Nachfolgekonferenz im April jedoch nicht all zu viel. „Die indische Regierung hat dafür gesorgt, dass das Thema der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit in Genf nicht angesprochen wird“, so Vijaykumar Parmar, der für die „National Campaign for Dalit Human Rights“ (Nationale Kampagne für die Menschenrechte der Dalits) in Indien arbeitet.

Parmar appellierte an die ökumenische Gemeinschaft, eine „moralische Erklärung“ zu formulieren und so die Kirchen in der ganzen Welt auf das Problem der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit aufmerksam zu machen. Zu den Teilnehmenden, die sich verpflichteten, die Kirchen weltweit über das Problem zu informieren, gehörte auch Pfr. Dr. Lesley Anderson, Vorsitzender der Karibischen Konferenz der Kirchen (Caribbean Conference of Churches, CCC). Er versprach, das Problem gemeinsam mit seinen katholischen Kollegen in der CCC aufzugreifen.

Parmar merkte an, dass Guatemala auf der UN-Konferenz 2001 in Durban für die Interessen der Dalits eingetreten sei und wies darauf hin, dass auch die Hilfe kleiner Länder den Freiheitskampf der Dalits vorantreiben könne.

Mit der Erklärung von Bangkok verpflichteten sich die Teilnehmenden dazu, die Befreiung der Dalits zu einem zentralen Missionsthema zu machen. Die Erklärung ruft die Kirchen in Ländern, in denen es eine Kastenordnung gibt, auf, „sich solidarisch mit der Dalit-Bewegung zu zeigen und mit einer Stimme zu sprechen, um die Befreiung der Dalits zu erreichen.“

Laut der Erklärung wird von den Kirchen erwartet, dass sie Programme zur Bewusstseinsbildung einrichten, die Dalits in ihrem Kampf unterstützen, die Verbrechen, die auf dem Kastensystem basieren, beobachten und darauf reagieren, die Dalits ermutigen, ihre Kultur im Gottesdienst, in der Liturgie und in der Theologie zu leben, und Initiativen zugunsten von Dalit-Frauen zu unterstützen.

Ausserdem wird die internationale Gemeinschaft aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass die manuelle Reinigung von Latrinen bis Ende 2010 endgültig abgeschafft wird. Diese entwürdigende Aufgabe, die die Kastenordnung den Dalits aufzwingt, bedeutet, dass sie menschliche Exkremente mit blosser Hand aus Latrinen entfernen und in Körben zu Abladeplätzen tragen müssen.

Auch fordert die Erklärung die Kirchen in Ländern, die weniger oder von anderen Problemen betroffen sind, auf, Mittel für Solidaritätsarbeit im eigenen Land und in Ländern, in denen es eine Kastenordnung gibt, bereitzustellen und den Austausch untereinander und Besuche vor Ort zu ermöglichen.

Von Kirchen in Ländern, die das Problem der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit selbst nicht kennen, wird erwartet, dass sie sich bei ihren Regierungen und bei privaten Firmen und Banken in ihrem Land, die in die indische Wirtschaft investieren, dafür einsetzen, dass Dalits durch die Investitionen die gleichen Chancen auf einen Job haben, wie alle anderen.

Augenmerk auf Gewalt gegen Dalits

Um eine internationale Kampagne gegen Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit zu unterstützen, ruft die Erklärung von Bangkok die weltweiten ökumenischen Organisationen auf, ihre Arbeit zur Förderung von Gerechtigkeit für Dalits weiter auszubauen. Insbesondere sollen sie ihr Augenmerk auf die Gewalt gegen die Dalits richten und ihre Mitgliedskirchen und die Allgemeinheit darüber informieren.

Die Erklärung beinhaltet auch die Forderung nach der Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Nachbereitung der Konferenz in Bangkok.

Gleichzeitig verpflichteten sich die Teilnehmenden der Konferenz, in ihren Ländern über die Solidaritätskampagne für die Dalits zu informieren und sie somit zu internationalisieren.

„Mit Jesu Liebe in meinem Herzen werde ich mich weiterhin einsetzen für Gerechtigkeit und die Freiheit der Dalits, der Afrikaner und Afrikanerinnen und anderer unterdrückter Völker, einschliesslich meines eigenen. Denn als Christen und Christinnen müssen wir die Last der anderen mutig und ohne Angst mit tragen“, betonte Ashraf Tannous von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land. (1.045 Wörter)

Auf der [LWB-Webseite](#) finden Sie die Erklärung von Bangkok (in englischer Sprache) sowie weitere Informationen zur Konferenz in Bangkok.

[Hier](#) erfahren Sie mehr über die Arbeit des ÖRK zum Thema Solidarität mit den Dalits.

»Wir sind schlimmer behandelt worden als Tiere«

(jesus.de vom 05.04.2009)

Über Verlauf und Gründe der Christenverfolgungen in Orissa spricht der indische Erzbischof Raphael Cheenath im Interview mit Markus Frädriich.

Raphael Cheenath SVD ist Erzbischof von Cuttack-Bhubaneswar im indischen Bundesstaat Orissa. Zurzeit ist er zu Gast in Deutschland, um von den Christenverfolgungen in seiner Heimat zu berichten, bei denen 2007 und 2008 118 Menschen getötet und rund 1.800 verletzt wurden und große Teile der kirchlichen Infrastruktur zerstört wurden. Markus Frädriich traf den Erzbischof am Rande eines Vortrags in der Prokur der Steyler Mission in Sankt Augustin.

Markus Frädriich: Erzbischof Cheenath, die Unruhen in Orissa begannen 2007 mitten im Weihnachtsfest...

Erzbischof Cheenath: Richtig, am 24. Dezember im Dorf Bamunigam. Sie trafen uns völlig überraschend. Es begann damit, dass ein Mob radikaler Hindus unsere Weihnachtsdekoration abriß und anschließend gezielt Christen und ihre Geschäfte angriff. Abends zerstörten die Angreifer Kirchen und die Häuser hunderter Christen. Diese Welle der Gewalt hielt mehrere Wochen an, dann herrschte einige Monate lang Ruhe, bis sie im August 2008 erneut aufkeimte. Wieder kam es zu Angriffen, Zerstörungen, Vergewaltigungen und Plünderungen.

Insgesamt wurden bei den Verfolgungen in Orissa 2007 und 2008 214 Kirchen, Kapellen und kirchliche Einrichtungen zerstört. 118 Menschen wurden getötet, 1.800 verletzt. 54.000 Menschen mussten in die Wälder flüchten, wo sie zum Teil bis heute in provisorischen Camps leben.

Wie haben Sie selbst die Unruhen erlebt?

Es war schlimm für mich zu erleben, wie all das zerstört wurde, was wir in den letzten 25 Jahren aufgebaut haben. Jeder Anruf mit der Hiobsbotschaft, dass wieder eine unserer Einrichtungen brannte, wieder Menschen zu Tode gekommen sind, war ein neuer Schock für mich. Ich selbst konnte Kandhamal erst einen Monat nach Beginn der Krawalle besuchen, unter vollem Polizeischutz. Vorher war mein Flug dreimal annulliert worden, weil meine Reise als „zu gefährlich“ eingestuft worden war.

Sie haben verletzte Priester und kirchliche Mitarbeiter im Krankenhaus besucht...

Ich erinnere mich noch genau daran, wie ich meinen Finanzdirektor Pater Bernard Digal im Krankenhaus besucht habe. Er war aus dem Auto gezerzt und zusammengeschlagen worden und erlag wenig später seinen Verletzungen. „In vielen Ländern genießen selbst die Tiere Freiheit und Respekt“, sagte er vor seinem Tod noch zu mir. „Aber wir im Bezirk Kandhamal sind schlimmer behandelt worden als Tiere. Und ich möchte, dass die Welt erfährt, was uns zugestoßen ist.“

Gab es keinerlei Hilfe für die verfolgten Christen von Seiten des indischen Staates?

Die Intervention des Staates geschah viel zu langsam und willkürlich. Straßenblockaden wie etwa gefallene Bäume dienten als Entschuldigung dafür, dass die Polizei nicht rechtzeitig vor Ort war. Wir sind wiederholt bei der Regierung und der Bezirksverwaltung vorstellig geworden, haben immer wieder die Polizei um Hilfe gebeten. Die hat uns dann ihr Kommen zugesichert. Aber sie kam niemals.

Die Regierung des Landes und die indischen Medien wachten erst auf, als der Premierminister öffentlich außerhalb Indiens auf die Situation in Orissa angesprochen und dem internationalen Licht ausgesetzt wurde.

Warum ist es überhaupt zu den Angriffen auf Christen gekommen?

Die Gründe, die von den anti-christlichen Protagonisten gegen die Christen vorgebracht werden, sind vielfältig. So wird behauptet, dass die Christianisierung Indiens zu einem Verlust des historischen Erbes Indiens führen würde. Die Fundamentalisten stellen uns als Gefahr für das gesamte Land dar, sagen etwa, dass wir Christen in fünf Jahren ganz Indien einnehmen würden – lächerlich angesichts der Tatsache, dass gerade mal 2,4 Prozent der Bevölkerung dem Christentum angehört. Zudem behaupten sie, wir würden zur Feier der Heiligen Messe das Blut von Kühen benutzen, die im Hinduismus als heilige Tiere gelten.

In Wahrheit sind wir Christen ihnen vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil wir für die Menschenrechte der Unberührbaren eintreten – und damit in den Augen der Fanatiker das Kastensystem ins Wanken bringen.

Wie ist die aktuelle Lage in Orissa? Hat sich die Situation beruhigt?

Seit zwei Monaten gibt es keine offene Gewalt mehr. Abgesehen davon, dass vor zwei Wochen ein Mann entführt und getötet worden ist – die Gründe für diese Gewalttat sind aber noch unbekannt. Die Anzahl der Flüchtlinge ist zurückgegangen, manche sind in ihre Dörfer zurückgekehrt, aber die Christen werden trotzdem weiter schikaniert.

So müssen Christen für die Rückkehr in ihr Dorf 501 Rupien bezahlen. Wenn ein Christ mit dem Fahrrad fährt, muss er absteigen und zu Fuß gehen, wenn er einem Hindu begegnet. Christen müssen den Hindu-Bewohnern salutieren, wenn sie ihnen begegnen und ihnen wird mit ernsthaften Konsequenzen gedroht, wenn sie weiter in die Kirche gehen. So dürfen sie dann kein Feuerholz sammeln, ihnen wird der Zugang zu Brunnen und bestimmten Geschäften verweigert.

Es gibt also immer noch Spannungen in Orissa. Was erwarten Sie in dieser Situation von der indischen Regierung?

Die Ursachen der zurückliegenden Verfolgungen müssen erforscht und die Schuldigen bestraft werden. Die Distriktadministration in Khandamal hat unsere Grundprobleme immer noch nicht angefasst – es gibt also noch viel zu tun. Bisher wurde noch kein neues Land für Häuser und Institutionen zugeteilt, obwohl der Ministerpräsident und die Distriktadministration dies versprochen hatten. Dörfer im Inneren des Landes werden noch immer ohne Polizeischutz alleingelassen.

Es wurden bisher noch keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um das Anzünden von Häusern zu unterbinden und die Zwangsbekehrungen von Christen zu Hindus zu stoppen. Noch immer werden Christen unter Todesdrohung dazu gezwungen, ein Papier zu unterschreiben, wonach sie aus freiem Willen wieder Hindus werden. Ich habe also einen Brief an alle Gläubigen geschrieben mit dem Inhalt, dass eine Bekehrung unter Zwang keine Bekehrung sei – und dass alle Zwangsbekehrten auch weiter Christen bleiben, auch wenn sie notgedrungen unterzeichnet haben.

Seit Monaten reisen Sie durch die Welt und berichten von den Ausschreitungen in Orissa. Wie reagieren die Menschen in Europa und Amerika auf ihre Vorträge?

Viele sind überrascht zu hören, wie brutal die Angriffe waren. Viele können gar nicht glauben, dass so etwas in Indien passiert ist, dem Land Ghandis, der für Frieden und

Gewaltlosigkeit stand. Manche sagen mir ihre Unterstützung zu, was mich sehr freut. Ich bin überwältigt von der großzügigen Antwort der Kirche in Indien, von den bischöflichen Organisationen wie auch von Einzelnen.

Denn man kann uns unterstützen: Indem man Druck auf die indische Regierung ausübt, uns in Zukunft besser beizustehen. Indem man für uns betet. Und schließlich, indem man uns finanziell dabei unterstützt, die zerstörten Häuser wieder aufzubauen.

Wer denkt für Morgen?

(Die Zeit vom 02.04.2009)

Wachstum mit Natur

Im indischen Delhi kämpft Sunita Narain für mehr ökologische Klugheit in der Welt. Die Publizistin und Institutschefin lernt dabei auch vom Wissen der Landbevölkerung, was für Indien ein verträglicher Weg in die Zukunft wäre

Als der Vorstand des Großkonzerns Tata in Neu-Delhi den »indischen Volkswagen« Nano präsentierte, gab er auch seiner schärfsten Kritikerin Zucker. »Frau Sunita Narain wird nachts weiterhin ruhig schlafen können«, sagte Ratan Tata mit mildem Spott. Das neue Billigauto verbrauche wenig Sprit und sei daher kaum klimaschädlich.

Eigentlich ein gutes Omen für die Zukunft des Planeten, wenn der mächtige Automanager eines Schwellenlandes mit potenziell einer Milliarde Kunden heute den Energieeinsatz seiner Produkte rechtfertigt; schon dieser öffentliche Druck ist ein Verdienst der adressierten Ökoaktivistin. Überzeugt hat Herr Tata Frau Narain allerdings nicht. »Und wie ich schlecht schlafe!«, gab die Direktorin des Centre for Science and Environment (CSE) zurück, »auch wegen der anderen Autos.«

In ihrem winzigen Büro in Delhis Habitat Centre listet »Indiens Umweltgewissen« die Albträume noch einmal auf: Megastaus in den Metropolen, noch mehr Luftverschmutzung, Asthma bei Kindern und Alten; das alles zusätzlich zur Verschärfung der Erderwärmung, deretwegen Dürren und Fluten schon jetzt besonders die Armen heimsuchen. Überdies, sagt sie, könne sich die Mehrheit ihrer Landsleute selbst diesen Kleinwagen gar nicht leisten. Ratan Tata werde also erst dann »ein Held«, wenn er »einen Nano-Bus entwickelt«.

Zierlich wie eine Prinzessin, fast mädchenhaft wirkt die 47-Jährige im türkisfarbenen Sari, mit bravem Mittelscheitel, lautem Lachen und aufmerksamem Blick. Aber ihre Argumente reiht sie – »machen wir uns nichts vor« – knallhart, staatsfrauulich und nachdrücklich aneinander. Und passioniert: Die Kontroversen, in die sie sich stürzt, treffen für sie stets ins Mark eines Konfliktes, »der mir gerade am meisten am Herzen liegt«.

Jetzt also: Auto oder Bus. Bei dieser Entscheidung verbinde sich, sagt Narain, »das ganz große Ding«, der Kampf gegen Ressourcenverschwendung und Klimawandel, mit der Verantwortung, »hier, direkt hier vor unserer Haustür« die Sache anzupacken.

Genau daher rührt der Erfolg der streitbaren Ökologin: dass sie Welt und Wohnort, Denken und Handeln stets zusammenbringt. Als Publizistin und Aktivistin spürt Sunita Narain die neuralgischen Punkte komplexer globaler Probleme auf, zettelt mit wissenschaftlichen Daten öffentliche Debatten darüber an und wirkt auch noch an den Lösungen mit. Dafür zählt die Zeitschrift Foreign Policy sie zu den 100 wichtigsten Intellektuellen der Welt, und das US-Magazin Time nennt sie eine von Indiens einflussreichsten Persönlichkeiten. Auch den indischen »Bundesverdienstorden« Padma Shri hat sie erhalten und den Stockholmer Wasserpreis.

Das große Ding: Schon vor bald 20 Jahren weckte ihr Institut pionierhaft das Bewusstsein dafür, dass Umweltschutz auch in Entwicklungsländern kein Luxus ist. Ge-

rade die Armen, sagt Narain, »sind davon abhängig, dass Wald, Wasser, Boden, Luft und biologische Vielfalt intakt bleiben«. Zudem erhoben sie und ihre Mitstreiter den Anspruch der Entwicklungsländer auf globale Ressourcen- und Klimagerechtigkeit. »Ihr Reichen müsst Konsum und Emissionen drastischer als bisher herunterfahren«, fordert Narain bis heute auf allen Podien, »damit wir Entwicklung nachholen können.«

Ein Menschenrecht jedes Inders, Chinesen oder Nigerianers auf einen eigenen fahrbaren Untersatz hat sie dabei aber, anders als viele Landsleute, nie im Sinn gehabt. Die Fehler der westlichen Konsumgesellschaften zu vermeiden und nicht Autos für alle zu gewährleisten, sondern Mobilität, und das von vorneherein kohlenstoffarm: Bei dieser Anstrengung für einen technologischen Weitsprung (»Leap Frogging«) sieht Narain auch die Entwicklungsländer in der Pflicht. »Die arme Welt muss es besser machen. Auch wir können und müssen den Weg zum Wachstum neu erfinden.«

Zum Beispiel direkt vor der Haustür, mit Schnellbussen, für deren Einsatz Sunita Narain mit ersten Erfolgen kämpft: Die Regierung diskutiert, wie sie Steuern und Subventionen zugunsten des Massentransportmittels verändern kann. Seit einem Jahr sind überdies in Delhi die ersten Busspur-Kilometer in Betrieb, und wer je durch das Verkehrschaos indischer Metropolen gerollt ist, das Konkurrenzgetümmel aus Zwei-, Drei- und Vierrädern und manchmal auch noch Vierbeinern wie Kühen und Elefanten erlebt hat, der ahnt, dass sich Sunita Narain mit dieser Kampagne nicht nur Freunde gemacht hat.

Die Mittelklasse schimpft im Stau, links ziehen Motorroller und Fahrräder und rechts »unsere wunderschönen grünen Schnellbusse« vorbei. Vieles habe, gibt Narain zu, organisatorisch noch nicht geklappt. Im medialen Gewitter rechnete sie aber nüchtern vor: Zwei Drittel der Hauptstadtbewohner seien auf Bus oder Metro angewiesen, während nur acht Prozent Autofahrer mehr als zwei Drittel des Straßenraums in Anspruch nehmen. Um Verteilungsgerechtigkeit geht es ihr global

– aber genauso im eigenen Land.

Zukunftsdenken: Für Sunita Narain ist das auch bei anderen Ressourcenfragen zugleich wissenschaftliche Herausforderung wie politisch bodenständig. Down To Earth eben – so lautet der Name des Magazins, das das CSE herausgibt. Alle 14 Tage eröffnet Narain es mit ihren Editorials, faktenreich und pointiert, ob sie über die Strategien der Regierung zur Bekämpfung des Hungers schreibt oder über die Arroganz, mit der große Konzerne Ureinwohnern oft entschädigungslos ihre Existenzgrundlagen streitig machen wollen. Narains Lust an zugespitzten Formulierungen macht auch auf das neugierig, was viele nicht gern lesen wollen. Nach der Klimakonferenz in Bali etwa polemisierte sie, empört über ein wachswiechiges Ergebnis, gegen die »Strandparty der reichen Verschmutzer«.

Down To Earth ist in Umweltfragen Indiens Leitmedium, die Recherchen von über 100 Wissenschaftlern und Journalisten im Institut werden von Rajasthan bis Kerala aufgegriffen. Und manchmal auch weltweit, wie bei der »Pesticola-Affäre«: Gleich zweimal wiesen CSE-Laboranten der globalen Getränkeindustrie Pestizide in ihren Limonaden nach; für deren Image kein Spaß. Dabei habe sie nichts gegen die großen Konzerne, betont Narain. Sie wolle die Regierung in die Pflicht nehmen und Standards durchsetzen, »ganz einfach!«.

Am Abend schaut Narain auf ein Stündchen bei einer Jubiläumsparty vorbei. Nach 30 Jahren treffen sich die Mitglieder jener kleinen Umweltgruppe wieder, in der die Ökologin ihr Engagement als Schülerin begonnen hat. Man erinnert sich an gemeinsame Reisen zur Chipko-Bewegung im Himalaya; von diesen Bäuerinnen, die ihre Bäume gegen Holzeinschlagfirmen verteidigten, waren damals alle inspiriert. 1981 kam Sunita Narain zum CSE und recherchierte bald gemeinsam mit dessen Gründer Anil Agarwal den »Bürgerbericht zur Lage der Umwelt in Indien«. Die erschreckende Bilanz erregte weltweit Aufsehen, so etwas kam zum ersten Mal aus einem Entwicklungsland.

»Schleichender Mord« – mit solchen Provokationen stritten die beiden Aktivisten Mitte der neunziger Jahre auch gegen den Smog in Delhi und setzten durch, dass öffentliche Verkehrsmittel auf Erdgas umstellen mussten. Ähnlich folgenreich deckten Narain und Agarwal bei ausgiebigen Reisen bis in die abgelegensten Dörfer auf, dass von Indiens Wasserpolitik vor allem die Reichen, subventionierte Großbauern und Städter profitierten. Als Gegenkonzept trugen die CSE-Experten die teils vergessene Vielfalt der Traditionen zusammen, wie Dorfbewohner die hinwegrauschenden Monsunniederschläge auffangen und speichern können. »Von den lokalen Gemeinschaften können wir eine Menge über einen ökologisch verträglichen Entwicklungspfad lernen«, sagt Narain. Angepasste Technologie sei wichtig, aber ebenso wichtig sei, dass die Leute im Dorf die Entscheidungsmacht behielten.

Mit dem Kampf für Dezentralisierung und Regenwasserernte beflügelte das CSE eine ganze Basisbewegung. Heute fördern auch Regierungen in Indien und anderen Entwicklungsländern solche Systeme. Anil Agarwal, das charismatische Vorbild, war über Jahre Narains Mentor. 2002 starb er nach jahrelangem Krebsleiden mit nur 54 Jahren.

Fragt man seine Nachfolgerin im CSE nach ihrem persönlichen Leben, dann lacht sie nur: »Ich bin total langweilig, ich arbeite die ganze Zeit.« Der Tag beginnt mit Schwimmen oder Joggen, »jedenfalls versuch ich's«. Dann pendelt sie zwischen ihrem Büro im Habitat Centre und der CSE-Zentrale im Süden Delhis, wo von der biologischen Kläranlage bis zur Selbstversorgung mit Solarenergie die Lösungsvorschläge des Ökoinstituts auch praktisch vorgemacht werden. Am Wochenende immerhin fährt sie oft ins Haus der Familie aufs Land. Der Vater, ein Unternehmer, starb früh, die Mutter übernahm das Geschäft und zog vier Mädchen allein groß. Auch ihr verdankt es die Tochter, dass sie sich als Frau selbstbewusst in die Stürme der Debatten wagt.

Und dabei hat sie auch durchaus widersprüchliche Kritik auszuhalten: Werfen die einen ihr Populismus vor, finden andere, sie sei schon zu nah am Establishment; vor allem seit der Premierminister sie in die »Tiger-Task-Force« berief und in eine Kommission für die nationale Klimaschutzstrategie. Sie sei aber keiner Partei verbunden, winkt Narain ab. Man müsse alle Kanäle nutzen.

Wieder andere Kritiker nähren Zweifel an der CSE-Chefin, weil sie selbst nie studiert hat. Wie könne man dann ein umweltwissenschaftliches Institut leiten? Anfangs habe diese Frage sie verunsichert, gesteht Narain. Aber: »Falsch zu liegen, können wir uns gar nicht leisten.« Außerdem seien die Grenzen zwischen Wissenschaft und Journalismus fließend: »Ich habe nie keine Fragen.«

Immer wieder kritisiert Narain ihrerseits die vermeintliche Neutralität der Wissenschaft. Von sozialen Werten sei sie nicht zu trennen, sagt sie und frotzelt: »Es ist gut,

wenn Indien in den Weltraum fliegen kann, wichtiger wäre eine überzeugende technologische Alternative zur Toilettenspülung.« Auch das Spezialistentum sei zu weit gegangen. Ihre Aufgabe sieht Narain daher darin, Zusammenhänge herzustellen. Den Klimawandel etwa analysiert sie als »Summe aller Fehler« einer verschwenderischen Wirtschaftsweise.

In dieser Sache ist sie, sonst keine Polit-Globetrotterin, derzeit öfter auf Reisen; der Countdown vor der entscheidenden Klimakonferenz in Kopenhagen läuft, und in der Wirtschaftskrise gelte es, sagt Narain, die Rettungspakete wirkungsvoll mit den CO₂-Einsparzielen zu verbinden. Auch auf einem Podium der Allianz-Kulturstiftung in Berlin liest die Aktivistin dem Westen die Leviten: Statt harte staatliche Rahmenbedingungen für einen »Green New Deal« und die angemessenen Emissionsminderungen zu schaffen; statt endlich »erfinderisch zu werden«, würden bisher »nur Pflaster aufs Althergebrachte geklebt«. Auch der Bundesregierung müsse zum Klimaschutz noch mehr einfallen. Narain, die eine rhetorisch gewandte Performerin ist, schaut gespielt erstaunt ins Berliner Publikum: »Eine Abwrackprämie? Wow!«

Ein Stoßdämpfer mit tausend Federn

(Die Zeit vom 26.03.2009)

Die Wirtschaftskrise trifft Indien hart, doch das Land hat sich nie vollends dem Kapitalismus ausgeliefert. Er ist nur eine Wirklichkeit unter vielen.

Von Jan Ross

Ist das die Zukunft - oder sind es die Ruinen von morgen? Gurgaon, die Satellitenstadt von Delhi, ist eine Science-Fiction-Landschaft aus Glas und Beton. Als würde man nicht mit dem Auto, sondern in einer Zeitmaschine hierherkommen, aus dem Menschengewühl in der Altstadt oder von den britisch-imperialen Herrschaftsbauten und den säulengeschmückten Bungalows im Regierungssitz Neu-Delhi. Mit seinen Büroblöcken, aus denen Konzerne von General Electric bis PepsiCo ihr Indiengeschäft steuern und von wo Amazon seinen Buchversand managt, mit seinen Shoppingmalls und Komfort-Wohnanlagen ist Gurgaon das steingewordene indische Wirtschaftswunder, das Wahrzeichen eines Landes, das in den vergangenen Jahren fast chinesische Wachstumsraten erzielt hat. Gurgaon ist auch seelenlos, ein kulturelles Niemandsland, in dem Callcenteragenten, die sich am Telefon für ihre amerikanischen Kunden Sam oder Eliza nennen, in ihrer Freizeit die Wahl zwischen Pizza Hut und dem Multiplex-Kino haben. Und Gurgaon, das ganze Indien, für das Gurgaon steht, ist verwundbar - das ultimative Boom-Gewächs im Augenblick des Wetterumschlags, im Moment, da eine globale Wirtschaftskrise die Stärke der chinesischen, russischen oder indischen Aufsteigermächte nicht weniger testet als die Kräfte des Westens.

Der Boom, sagen Vivek Menon und Pankaj Renjhen von der Immobilienfirma Jones Lang LaSalle Meghraj, Global Business Park, Turm A, 9. Stock, der Boom war verrückt, die Blase musste platzen. Von 2001 bis 2007 haben sich die Mieten pro Quadratmeter in Gurgaon verdreifacht, mit den Gehältern war es kaum anders. Es wäre zu viel gesagt, dass die beiden jetzt erleichtert klingen, aber doch überraschend entspannt. Sie hoffen, in ihrer Firma ohne größere Entlassungen auszukommen, mit Sparen und Effizienzsteigerung. Es herrscht ein Grundvertrauen, dass die neue Mittelschicht, die Makler, Software-Ingenieure und Stewardessen in den privaten Fluglinien, es schaffen wird, individuell und als gesellschaftliche Kraft, die das künftige Indien verkörpert. Die über 30-Jährigen, die jungen Eltern, seien im Boom nicht durchgedreht - anspruchsvoll, aber immer noch sparsam. Die indische Großfamilie, das soziale Sicherheitsnetz in einer Gesellschaft mit schwachem Wohlfahrtsstaat, funktioniert noch. Es ist keine Schande, in ihren Schoß zurückzufallen, sogar wieder zu den Eltern zu ziehen.

Anders, das sagen Menon und Renjhen auch, ist es bei den ganz Jungen, in den Zwanzigern, die nichts als den Aufschwung gekannt haben und kulturell entwurzelt sind. Da gibt es den Angestellten, der sich von seinem ersten Gehalt als erste Anschaffung einen riesigen Plasmabildschirm gekauft und in seine leere Wohnung gestellt hat. Deepti Dang von der Computerfirma Hewlett-Packard im Büroturm nebenan wundert sich über das Publikum der goldenen Hals der Erster-Klasse-Säle in den Großkinos von Gurgaon: 20 Plätze, riesige Sessel, aus denen man den Film im Liegen betrachtet, 1000 Rupien (20 US-Dollar) pro Ticket - und der Saal ist ausverkauft.

Da ist eine quasi amerikanische Konsum- und Kreditkartenkultur schon ziemlich weit vorgedrungen. Hätte der Boom zehn Jahre länger gedauert, wäre der Einbruch zehn Jahre später gekommen, dann würde er ein Land mit geringerer Widerstandskraft treffen.

Es ist seltsam, in den Kapitalismus-Tempeln von Gurgaon ein Heimweh nach der Welt vor dem Kapitalismus zu hören. Die Erleichterung, dass es das alte Indien noch gibt - die Familie, sogar die Reste der Staatswirtschaft, die von aufgeklärten Bürokraten nach dem Ende der britischen Herrschaft 1947 eingeführt und durch eine marktfreundliche Reformpolitik seit Anfang der neunziger Jahre nur teilweise abgeschafft wurde. Pankaj Renjhen hat sich über seinen Vater immer lustig gemacht, weil der sein Konto bei der trägen und unfreundlichen »Staatsbank von Indien« behielt; der Sohn ging natürlich zu einem schicken privaten Geldinstitut. Er würde es heute nicht mehr tun. Bei den Absolventen der Indian Institutes of Management, der Elite-Wirtschaftshochschulen des Landes, sind die öffentlichen Unternehmen trotz ihrer mageren Bezahlung als Arbeitgeber wieder beliebt. Indien, das anders als China nie seine gesamten Kräfte für den ganz großen Sprung nach vorn mobilisiert, das immer irgendwie an seine Vergangenheit und seine tausend Kompliziertheiten gefesselt bleibt, dieses Indien ist auch das Land, das nie alles auf eine Karte setzt. Nicht einmal auf den Kapitalismus.

Die große Frage, vor der Indien steht, ist nicht die Wirtschaftskrise. Die große Frage ist politisch und sozial - nicht ob das Gurgaon-Indien weiterblüht, sondern was aus Rest-Indien wird, aus den 70 Prozent der Bürger, die immer noch auf dem Land leben, aus den mehr als 50 Prozent, die in einer Stadt wie Mumbai in Slums oder vollkommen heruntergekommenen Blöcken wohnen. Indien hat einen globalen Hype um seine Supermacht-Zukunft genossen, sich als »größte Demokratie der Welt« feiern lassen, als das andere, gute Asien (im Gegensatz zur chinesischen Parteidiktatur). Es hat einen gigantischen Imagewechsel bewerkstelligt: »Der Inder«, den die Welt vor Augen hat, ist kein hungriges Kind und kein barfüßiger Guru mehr, sondern Programmierer - oder Bollywood-Star. Doch der Staat und die Bürgergesellschaft haben nicht mitgeboomt, nicht die vielfach korrupte Verwaltung und Justiz, nicht die marode Infrastruktur, nicht die öffentlichen Schulen und Krankenhäuser.

Im April und Mai, auf fünf Termine verteilt, finden im Riesenland Parlamentswahlen statt - aber die politische Desillusionierung und der Zynismus sind im Bürgertum der »größten Demokratie der Welt« extrem. Anderswo gehen die Reichen und Gebildeten am fleißigsten wählen, in Indien ist es umgekehrt: Die Wohlhabenden, und gerade die neue Mittelschicht, sind radikal entpolitisiert. Sie brauchen den Staat auch am wenigsten; jeder Bürobau in Gurgaon etwa hat eine komplette eigene Elektrizitätsversorgung, hundertprozentige Notfallsicherung, und ist damit immun gegen die ständigen Stromausfälle. Das war der besondere Schock durch die Terroranschläge auf die Luxushotels in Mumbai im vergangenen November: dass sie diese geschützte, abgekoppelte Sonderwelt aufbrachen. Auf einmal wurde den Privilegierten bewusst, dass sie doch einen funktionierenden Staat nötig haben: Polizei, Rettungsdienste, einen Küstenschutz, der die aus Pakistan von See her eindringenden Attentäter hätte abfangen können. Seit diesem Augenblick der Verunsicherung hängt eine Wolke verstörender, bedrohlicher Fragen über Indien: ob man nicht das Bürger-Sein ernster nehmen und sich sogar politisch engagieren müsste, ob in der dramatischen sozialen Ungleichheit eine revolutionäre Situation lauert, was das Land eigentlich zusammenhält.

Dass das Verbindende fehlt, dass Indien kein Ganzes ist, nicht einmal eine einzelne indische Stadt - das war die Erfahrung, die der junge Schriftsteller Altaf Tyrewala mit seinem ersten Roman *No God in Sight* gemacht hat. Tyrewala, 1977 in Mumbai geboren (das damals noch Bombay hieß, bevor der Name von Hindu-Nationalisten »indischer« gemacht wurde), hat in New York Betriebswirtschaft studiert. Er kam zurück, in den Stadtteil seiner Kindheit, und wollte einen Bombay-Roman schreiben - ein Buch, das die Essenz dieser größten, kosmopolitischsten, wildesten Stadt Indiens erfassen sollte. *No God in Sight* (auch auf Deutsch erschienen, *Kein Gott in Sicht*, bei Suhrkamp) ist ein wunderbarer Roman, eine Expedition nach unten und ins Dunkel, ein Protokoll von Stimmen, die sonst in der feineren indischen Literatur nicht vorkommen: der Quacksalber, der sich mit Abtreibungen seinen Lebensunterhalt verdient, der Hühnerhändler und -schlächter, der den Gestank des Todes nicht mehr loswird.

Aber das Buch ist nicht der Roman geworden, den der Autor eigentlich schreiben wollte, nicht der Bombay-Roman. Altaf Tyrewala ist Muslim, Angehöriger einer Minderheit in einer überwiegend hinduistischen Nation und Stadt, und Bycul-la, der Stadtteil seiner Kindheit und seines Buchs, ist ein muslimisches Viertel. Beim Schreiben merkte Tyrewala, dass es ihm schwerfiel, Hindus oder Christen Sprache und Gesicht zu geben. Seine Figuren waren unversehens fast alle Muslime, mit den typischen Problemen einer Minderheit, die von der Polizei schikaniert oder von Hindu-Fanatikern verfolgt wird. »Ich begriff«, sagt Tyrewala, »dass ich in einem Getto gelebt hatte.«

Er fuhr sein »Getto« ohne Sentimentalität vor - als wolle er den Besucher mit Härte an jeder falschen Romantik, an der Verklärung des Exotischen hindern. Cläre Road, wo der Autor wohnt, ist eine großzügige Metropolenstraße; aber schon einen Block einwärts ins Viertel, an der nächsten Parallelstraße, beginnt eine andere Welt. Das Stadtbild verwandelt sich in einen Open-Air-Basar, mit Läden und Ständen, die sich über die Bürgersteige auf die Straße vorschieben: Nahrungsmittel, Kleider, Haushaltsartikel, Ersatzteile für Elektrogeräte, die längst außer Produktion sind. Es sieht, an einem ruhigen Sonntag, alles noch bunt und friedlich aus, aber schon einen Schritt weiter beginnt das Elend - in den Querstraßen haben die jüngsten Neuankömmlinge im Menschenhafen Mumbai ihre Bretterverschläge und Zelte aufgebaut, oft Zuwanderer aus dem bitterarmen Bangladesch. Der Slum ist nicht einfach ein Stadtteil, nicht am Rand, der Slum ist überall. Irgendwie nimmt Mumbai jeden auf, für einen mehr ist immer noch Platz, sagt Tyrewala. Aber er meint es nicht versöhnlich, nicht als Ausdruck von rettender Humanität. Eher schwingt ein Grauen vor der Anarchie mit, vor einem unheimlichen Sozialorganismus von grenzenloser, jeden guten wie bösen Willen austricksender Anpassungsfähigkeit.

Das Indien, das Tyrewala erlebt und darstellt, ist keine Heimat aller seiner Bürger. Während er an seinem Buch arbeitete, im Februar 2002, wurden im Staat Gujarat etwa 2000 Muslime von einem Hindu-Mob umgebracht, unter Komplizenschaft von Polizei und Politik. Tyrewala, der seinen Glauben mit 18 verloren hatte, war es nicht gewohnt, religiöse und kulturelle Identitäten sonderlich ernst zu nehmen; nun zerbrach sein Bild eines säkularen und fairen Indien. Aber fast schlimmer noch als die Diskriminierung ist in seinen Augen das Chaos. Die indische Presse (die immer als Beleg für die vitale politische Kultur der »größten Demokratie der Welt« zitiert wird), die indische Presse, sagt Tyrewala, »ist nicht frei, sie ist nur außer Kontrolle«. Im Grunde ist das seine Formel für das ganze Land: Es ist, von der wuchernden Moder-

ne von Gurgaon bis zum Strom der Elendswanderer nach Mumbai, außer Kontrolle - doch lebenswerte Freiheit wäre etwas anderes.

Es ist aber jetzt auch ein Punkt erreicht, an dem die aufgeklärte indische Gesellschaft diese Verwahrlosung nicht mehr ignorieren will und kann. Zeitungen, Bürgerinitiativen und Firmen haben Kampagnen gestartet, um das politisch desinteressierte Bürgertum diesmal zum Wählen zu bewegen. Dass im Parlament Dutzende von Abgeordneten mit krimineller Vergangenheit (oder Gegenwart) sitzen, wird öffentlich angeprangert. Die Mittelschicht begreift allmählich, dass ihr das Schicksal der Massen nicht gleichgültig sein darf. Natürlich, sagen Vivek Menon und Pankaj Renjhen aus Gurgaon, arbeiten in einem Maklerbüro gut ausgebildete, englischsprachige Angestellte, letztlich eine kleine Elite; aber Jobs für Fahrer, Liftboys und Wachpersonal gibt es auch. Und deren Kinder, die nächste Generation, werden ordentliche Schulen besuchen und sozial aufsteigen. Selbst wenn das geschönt ist - es drückt sich ein Verantwortungsgefühl darin aus, womöglich auch nur das Gefühl, beobachtet zu sein. Die Tag und Nacht brennenden Lichter des Hotel Taj Mahal, sagt der linke Autor Dilip D'Souza in Mumbai, sind von Häusern aus zu sehen, die keinen Strom haben - so wie in einer globalisierten Welt der Wohlstand in den wohlhabenden Ländern den Hungrigen nicht verborgen bleibt. Darin liegt die Explosivität der in Indien aufgehäuften Gegensätze, darin liegt auch die Chance ihrer politischen Bearbeitung: Die indischen Armen sind nicht nur Opfer oder ein Problem, sie sind auch Wähler - sie sind tatsächlich eifrige Wähler, und wenngleich ihre Stimmen oft gekauft, im Block verschachert und missbraucht werden, so garantiert die demokratische Mitbestimmung der Massen in Indien doch, dass der Staat nie ganz zum Staat der Reichen werden kann.

Ataf Tyrewala, der an das blitzblanke neue Indien der Büroblöcke und Wohnparadiese nicht glaubt, hat eine Lieblings-Shoppingmall in Mumbai. Sie war die erste, die in der Stadt eröffnet wurde, noch in den neunziger Jahren, und damals eine ungeheure Attraktion. Die Leute strömten in solchen Mengen hin, dass der Zutritt beschränkt werden musste: Nur wer ein Mobiltelefon oder eine Kreditkarte besaß, wurde eingelassen. Inzwischen, seit Jahren schon, ist das Wunderding leer, aufgegeben, ein architektonischer Schandfleck, der abgerissen werden müsste. Für den Schriftsteller ist die tote Einkaufspassage das Symbol einer irregeleiteten, letztlich zerstörerischen Modernisierung, die Häuslichkeit wie kulturellen Giftmüll hinterlässt. Wenn man hinfährt, sieht man: Es stimmt. Das Gebäude ist verlassen, selbst das McDonald's-Restaurant im Erdgeschoss, das am längsten ausgehalten hatte, ist weggezogen.

Doch hinter der Fassade wird gearbeitet, sogar am Abend noch; man erkennt es am Licht, das nach außen dringt. Es geht schon wieder los, es geht weiter. Hässlich ist das alles vielleicht. Aber tot ist es nicht.

"Die Angst sitzt tief"

(Lippische Wochenschau vom 23.03.2009)

"Die Angst der Christen vor fundamentalistischen Hindus in Orissa sitzt tief." Nach Einschätzung von Cyril Lakra, Generalsekretär der indischen ev.-luth. Gossner Kirche, ist die Rückkehr zu Normalität und Frieden in der ostindischen Region Orissa noch weit entfernt. Lakra sprach über die Christenverfolgungen in Indien bei einem Empfang der ev.-ref. Kirchengemeinde Stapelage-Müssen am Sonntag.

Auf Einladung des Lippischen Freundeskreises der Gossner Mission berichtete Generalsekretär Lakra von brutalen Übergriffen von Hindu-Fundamentalisten gegen Christen im Bundesstaat Orissa. Dabei seien im August 2008 innerhalb weniger Tage 60 Christen getötet und 140 kirchliche Einrichtungen zerstört worden. Mehr als 50.000 Christen seien vor der Gewalt zunächst in die Wälder, später in eilig eingerichtete Flüchtlingslager geflohen, nachdem die indische Zentralregierung zur Eindämmung der Gewalt 4.000 Bundespolizisten in die Krisenregion entsandt hatte. Die lokale Polizei des Staates Orissa habe dem Aufruhr tatenlos zugeschaut.

Mehrere tausend Häuser von Christen seien innerhalb von vier Monaten in Orissa gezielt von extremistischen Hindus zerstört worden, nachdem am 23. August ein radikaler Hindu-Führer ermordet worden war. Hindu-Nationalisten hätten Christen für den Mord verantwortlich gemacht, während die Polizei mittlerweile festgestellt habe, dass die Bluttat nicht von Christen verübt worden sei.

Hintergrund der Angriffe gegen Christen sei der Versuch der Hindu-Nationalisten, Macht zu gewinnen über die Adivasi (indische Ureinwohner) und die Dalits (Kastenlose), beide die am meisten benachteiligten Mitglieder der indischen Gesellschaft. Wegen der Fürsorge christlicher Kirchen, darunter auch die Gossner Kirche, um diese Bevölkerungsschichten seien die Kirchen ins Fadenkreuz fundamentalistischer Gewalt geraten. Radikale Hindus würfen den Kirchen vor, dass sie das traditionelle Sozialgeflecht der indischen Gesellschaft, das Kastensystem, untergraben würden.

In Stapelage berichtete Cyril Lakra, dass mittlerweile viele der rund 50.000 Geflohenen versuchten, in ihre Dörfer zurückzukehren. Dort aber stelle man sie vor die Wahl, Hindus zu werden oder zu verschwinden. Er sei dankbar, so Lakra, dass es im an Orissa angrenzenden Nachbarstaat Jharkhand nicht zu Gewalttaten gekommen sei. Dort lebten die meisten der 500.000 Mitglieder der Gossner Kirche. Sowohl in Orissa wie in Jharkhand zeigten sich die Kirchen gegenüber den Hindu-Fundamentalisten jederzeit Gesprächsbereit, um den Konflikt zu deeskalieren.

Pfarrer i.R. Wolf-Dieter Schmelter vom Lippischen Freundeskreis der Gossner Mission erläuterte den Besuchern des Empfangs, dass die Lippische Landeskirche der Gossner Kirche über die Gossner Mission, die sich seit mehr als 170 Jahren in Indien engagiert, partnerschaftlich verbunden ist. Er habe im Namen des Freundeskreises vor einigen Wochen allen lippischen Bundestagsabgeordneten einen Brief geschrieben, um sie auf die Lage der Christen in Indien aufmerksam zu machen. Druck von außen sei notwendig, um die indische Regierung dazu zu bewegen, entschieden gegen illegale Aktivitäten gegenüber Minderheiten vorzugehen.

Stapelages Gemeindepfarrer Holger Teßnow hatte vor dem Empfang im Gottesdienst zur Solidarität aller Christen ermutigt. In Deutschland Sorge man sich um die

christlichen Gemeinden in Indien. Gewalt müsse unterbunden werden. Verständigung sei das Gebot der Stunde.

Eine Million ist nicht genug

(FAZ vom 24.02.2009)

Der Kampf beginnt nach dem Sieg: Indien im Oscarregen

Von Martin Kämpchen

Ein Weltpublikum sah die jungen Darsteller von „Slumdog Millionaire“ aus den Slums von Mumbai, wie sie sich bei der Oscar-Verleihung freuten, wie sie sich die Tränen aus dem Gesicht wischten. Ihre Fotos werden in den nächsten Tagen die Zeitungen und Zeitschriften rund um die Welt illustrieren. Man wird ihren Charme, ihre Unschuld, ihre Vitalität bestaunen und bewundern, über „den Reichtum der Armen“ philosophieren. Aber ihre smarten Anzüge mit vorgebundenen Fliegen, ihre fein gekämmten und geölten Haare, ihr blitzendes Lächeln spiegeln nichts von der Realität, die bisher ihr Leben bestimmt hat: die erbärmliche Von-der-Hand-in-den-Mund-Existenz in einem der größten Slums von Mumbai, der Dharavi heißt und geprägt ist von Unterernährung, Krankheit, Analphabetismus, Alkoholismus und Drogensucht, von Ausbeutung und Familienzank.

Wer jedoch durch diese Slums mit ihren offenen Abwässergräben und aus Blech, Pappe und Lumpen zusammengeflackten Hütten geht, findet auf den Wegen selten Bedrückung und Kummer. Stattdessen fröhliche Gesichter und Szenen der Lebensbejahung. Schon Günter Grass hat über die „erschreckende Schönheit“ des Elends in Kalkutta und Mumbai geklagt, über ein Bild der Armut, das so gar nicht zur Vorstellung des abendländischen Betrachters passt. Man erwartet Lethargie und Verzweiflung und entdeckt lachende Kinder und Lebensfreude.

Es ist eines der besonderen Verdienste des Films von Danny Boyle, dass er diese befremdende Fröhlichkeit der Armut nicht verleugnet. Der Film besitzt die raue Jugendlichkeit und Energie, die ein indischer Slum ausstrahlt. Intuitiv hat der Regisseur diese menschliche Qualität erfasst und eingefangen. Aber die Realität der Armut liegt unter der Oberfläche und ist komplexer, als sie ein Film der populären Art darstellen kann. Die Filmgeschichte von „Slumdog Millionaire“ thematisiert die Armut nicht, sondern erzählt eine romantische Fabel, die so unwahrscheinlich ist wie viele ähnliche Geschichten des Kinos. Die Handlung ist so unrealistisch, wie es nur indische Mythen und Bollywood-Stories sein können.

se Unglaublichkeit der Geschichte zu ignorieren, weil die Elemente, die sie umgeben, aus der harten Wirklichkeit des indischen Lebens gegriffen sind. Die Brutalität der Polizei, die Ausbeutung und Verachtung der Armen, die Bandenkriege, die „Bettlerfabriken“, in denen Kinder zu Krüppeln gemacht oder geblendet werden, die Massaker zwischen Hindus und Muslimen, die Flucht armer Mädchen in die Prostitution - all das sind prägende Elemente im Leben indischer Großstädte. Der Geniestreich des Films ist, ein modernes Märchen mit der Slumwirklichkeit plausibel zu verbinden.

In der Öffentlichkeit Indiens stehen kulturelle Belange noch in der Mitte des Lebens. Kultur dient nicht nur dem Vergnügen, der Entspannung und der Bildung, sondern sie definiert die Identität. Darum entfachen so viele kulturelle Erzeugnisse eine rege Diskussion, die bis zu sozialen Spannungen und Gewalt führt. Auch „Slumdog Millionaire“ ist in Indien heftig debattiert worden. Man hat den Film kritisiert, weil er die Armut der Slums offenlege und Indien damit wieder in ein schlechtes Licht rücke. Nachdem der Film nun den höchsten Segen der Filmwelt erhalten hat, wird in Indien nichts als

Stolz übrig bleiben. So geschah es auch mit Günter Grass: Heftig wurde zunächst sein Kalkutta-Tagebuch „Zunge zeigen“ kritisiert und verdammt. Als er aber den Nobelpreis erhielt, bezeichnete eine Tageszeitung ihn verehrend als einen „halben Kalkuttaer“.

Die Geschichte von „Slumdog Millionaire“ endet, als Jamal, der Junge aus dem Slum, der als Teeverkäufer beginnt, seine Million gewinnt. Doch der eigentliche Kampf beginnt dann erst. Wie wird er das Geld anlegen? Viele Freunde werden ihn ausnutzen, andere hereinlegen, hintergehen, betrügen wollen. Er wird sich Feinde machen. Überall wird er angebettelt werden. Der Millionär aus den Slums wird einsam sein und es schwer haben, das rasch gewonnene Geld sinnvoll für sich und seine Familie zu nutzen. Ebenso wird es jetzt den Kinderstars gehen, die nach dem ersten Oscar-Glückstaumel inzwischen wohl schon wieder auf dem Weg zurück nach Mumbai sind: zurück in die Slums. Gewiss, Danny Boyle hat versprochen, die Zukunft dieser Kinder zu sichern. Er bezahlt ihre Erziehung, er kauft den Familien Wohnungen, er legt für sie Geld auf die Bank. Doch nach vielen Berichten zu urteilen, hat bereits ein unseliges Gerangel um die fabelhaften Summen begonnen, die der Film schon jetzt eingespielt hat. Ansprüche und Forderungen werden nach dem achtfachen Oscarsegen noch lauter zu vernehmen sein. Boyle wird jetzt erkennen, dass mehr als eine Million notwendig ist, um das Leben von armen Menschen zu verändern. Das ist die dunkle Seite des Kinderlächelns auf dem roten Teppich in Hollywood.

Indien: Gewalt gegen Christen

(idea 23.02.2009)

Elf Pastoren sind im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh vorübergehend festgenommen worden, nachdem hinduistische Extremisten einen Gottesdienst überfallen hatten. Wie die Indische Evangelische Allianz in Neu Delhi mitteilt, drangen die Extremisten, angeführt von einem Mitglied der hinduistischen Bharatiya Janata Partei (BJP), in die Versammlung einer evangelikalen Gemeinde ein, zerrissen Bibeln, schlugen die Pastoren und beschuldigten sie, Hindus zwangsweise zu bekehren. Die Sicherheitskräfte hätten die Pastoren zunächst zu ihrer eigenen Sicherheit in eine Polizeistation gebracht, dann aber eine Anklage gegen sie aufgenommen. Sie seien am Folgetag gegen Kautionszahlung auf freien Fuß gesetzt worden. Indische Christen sind seit Jahren Angriffen gewalttätiger Hindu-Extremisten ausgesetzt. In sieben der 28 Bundesstaaten wird ihre Religionsfreiheit durch Antibekehrungsgesetze beschnitten.

Indien: Christ in Orissa getötet

(asianews vom 20.02.2009)

Hindu-Fundamentalisten haben im Bundesstaat Orissa einen Christen ermordet. Die Leiche des 40-jährigen wurde am Donnerstag in einem Wald gefunden. Zuvor war der Mann brutal verprügelt worden, berichtete der Vorsitzende der indischen Sektion des Weltkirchenrates, Sajan George. Das Dorf im Distrikt Kandhamal, aus dem der Ermordete stammt, ist zum Großteil von Christen bewohnt. Seit den gewalttätigen Ausschreitungen hinduistischer Extremisten im August und September vergangenen Jahres war es bereits mehrfach Schauplatz von Gewalt gegen Christen.

Sie fürchten neue Angriffe

(kath.net vom 10.02.2009)

Grund dafür ist, dass Angehörige oberer Kasten um ihre Privilegien fürchten. Sie brauchen immer mehr Sklaven“, erklärt ein indischer Erzbischof die aggressiven Christenverfolgungen in Orissa der vergangenen Monate.

Erzbischof Raphael Cheenath aus dem indischen Bundesstaat Orissa, in dem grausame Christenverfolgungen passiert sind, war bei der Jahrestagsfeier von „Kirche in Not“ auf Besuch in Köln. Michaela Koller von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat mit ihm gesprochen, das Interview erschien in der Tagespost am 3. Februar.

Zwar habe es seit Weihnachten keine Großangriffe fanatischer Hindus auf Christen mehr gegeben, doch befinden sich nach wie vor tausende Menschen auf der Flucht und haben Angst, nach Hause zurück zu kehren. Sie fürchten neue Angriffe und haben auch kein Haus mehr, in das sie gehen können. Das berichtet Erzbischof Cheenath über die derzeitige Situation der Christen in Orissa.

Nach der Ermordung eines radikalen Hinduführers Ende August 2008 kam es zu Massenausschreitungen gegen Christen, obwohl sich eine maoistische Gruppe zu dem Mord bekannt hatte. Hunderte Tote und bis heute rund 9000 Vertriebene in Flüchtlingslagern sind die Bilanz.

Obwohl das Kastenwesen seit 1950 offiziell abgeschafft ist, seien einige Hindufantiker aggressiver als je zuvor: „Der Grund dafür ist, dass Angehörige oberer Kasten um ihre Privilegien fürchten. Sie brauchen immer mehr Sklaven.“

Auch von Fällen von Zwangskonversionen berichtet der Bischof. Radikale bedrohen Christen, Hindus werden zu müssen, wenn sie ihre Ernte einholen wollen oder nicht wollen, dass ihr Haus abbrennt.

Christen werden als Gefahr für die „Hindu-Nation“ dargestellt, ihr Einfluss wird gefürchtet. „Die höchsten Kasten fürchten um ihre Position, wenn Angehörige unterer Kasten oder Kastenlose eine christliche Bildung erhalten und eine Reihe von ihnen es deswegen schon zu Mitgliedern des Parlaments gebracht haben.

Die Qualität christlicher Bildungseinrichtungen wird in Indien so geschätzt, dass sogar Hindu-Politiker ihre Kinder dorthin schicken. Die Präsenz der Kirche ist auch auf dem Gebiet der Krankenpflege und Sozialarbeit sehr stark.“

Geholfen werden könne Christen durch Berichte, persönliche Briefe nach Indien und Gebet. „Wenn Sie keine Freunde in Indien haben, dann schreiben Sie an einen Bischof.“

Hindus bauen Tempel auf Kirchenruinen

Im Bundesstaat Orissa bauen Hindu-Fundamentalisten einen Tempel auf den Ruinen einer Kirche. Das berichten Nachrichtenagenturen aus dem Distrikt Kandhamal, wie Asianews meldet. Die Christen fühlten sich durch die Aktion zutiefst gedemütigt und

verletzt. Die Kirche von Batticola war im vergangenen August von fanatischen Hindus in Brand gesetzt und zerstört worden.

Bei der Welle der Gewalt gegen Christen sind nach Agenturangaben an die 500 Menschen ums Leben gekommen. 50.000 Christen seien geflüchtet, Tausende von Häusern und Hunderte von Kirchen zerstört. Obwohl die Stimmung in Orissa noch sehr gespannt ist, beginnen die Behörden damit, die Flüchtlingslager aufzulösen und die Christen in ihre Dörfer zurückzuschicken.

Indien: Jesusfilm-Missionare misshandelt

(Gospel for Asia vom 07.02.2009)

Grosses Interesse im Dorf – dort wo der Film gezeigt werden kann

Die Gewalt gegen bekennende Christen beschränkt sich nicht auf Gliedstaaten wie Orissa und Karnataka. In Manipur, im äussersten Nordosten Indiens, waren Randhir Malhotra und Kritanu Sarin im Januar in Dörfern unterwegs, um den indischen Jesusfilm zu zeigen. Am 19. Januar hatten ihn etwa 100 Personen gesehen; im Nachbardorf trafen die beiden am folgenden Tag auf zwei Personen, welche sie auszufragen begannen.

Sie nahmen sie mit an einen Platz, wo drei andere Männer warteten. Diese verbanden Randhir und Kritanu die Augen und schlugen dann mit Stöcken auf sie ein, stiessten sie zu Boden, traten sie und raubten ihnen Geld und Anderes. Schliesslich gaben sie den jungen Christen, die im Auftrag der Organisation ‚Gospel for Asia‘ unterwegs waren, die Mobiltelefone zurück, nicht ohne sie scharf zu warnen, nie mehr im Dorf aufzutauchen. Die Verletzungen erforderten die Einlieferung ins Spital.

Indien: Neue Gewalt gegen Christen

(asianews vom 01.02.2009)

In einem indischen Bundesstaat ist es zu neuer Gewalt von Hindu-Extremisten gegen Christen gekommen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Asianews. Nach einer feierlichen Priesterweihe auf der Insel Majuli im Bundesstaat Assam seien Priester und Gläubige von radikalen Hindus überfallen und mißhandelt worden. Die Behörden hätten daraufhin einem Bus mit weiteren christlichen Festgästen eine Polizeieskorte gestellt. Der Vorfall trug sich schon vor einer Woche zu, wurde aber jetzt erst bekannt.

Christenverfolgung in Indien

(Grenzland vom 29.01.2009)

Von Daniel Veugels

Fast unbemerkt von den Augen der Weltöffentlichkeit findet im indischen Bundesstaat Orissa seit Monaten eine massive Christenverfolgung statt. Einer der die Gewalt gegen Christen hautnah miterlebte, ist der Erzbischof von Cuttack-Bhubaneswar, Raphael Cheenath, SVD.

Auf seiner Reise durch Deutschland und New York berichtete er am vergangenen Donnerstag in Breyell über die Greueltaten radikaler Hinduisten. Nur mit Polizeischutz konnte sich der Steyler Pater bewegen und sich erst Wochen später einen Überblick über die Zerstörung von Gotteshäusern, Schülerwohnheimen, Leprozentren, Morden und Plünderungen machen.



Erzbischof Raphael Cheenath

Die Gewaltwelle, die am 24. Dezember 2007 begann, traf die Christen aller Konfessionen gleich hart: Egal ob Katholiken, Protestanten oder Missionare von Gospell for Asia. Seit den Übergriffen vor mehr als einem Jahr leben die Menschen in Angst: Damals wurden sogar Christen bei lebendigem Leib verbrannt. Erzbischof Cheenath konnte auch mit Spenden aus ganz-Nettetal einige Einrichtungen wieder aufbauen, dennoch eskalierte die Gewalt Ende August erneut.

Nachdem der hinduistische Guru Swami Laxmananda einem Anschlag zum Opfer fiel, propagierten radikale Hinduisten, dass die Attentäter Christen seien. Obwohl sich bereits kurze Zeit nach dem Anschlag maostische Rebellen zu dem Mord bekannten, skandierten die radikalen Hindus immer noch, dass hinter dem Anschlag Christen steckten. Und die Christen mussten büßen: Bei den folgenden Unruhen wurden nach bisher bestätigten Angaben 70 Christen ermordet, 100 verschleppt, rund 5.000 Häuser zerstört und über 50.000 vertrieben. Menschenrechtler, die sich vor Ort ein Bild von den Übergriffen machen konnten, sprachen gar von einem Pogrom. Obwohl

Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh von einer „nationalen Schande“ sprach, verpufften seine Apelle zur Zurückhaltung. Zur Eindämmung der Übergriffe wurden mehrere tausend Sicherheitskräfte in den ostindischen Bundesstaat Orissa entsandt, um die Christen zu schützen.

Die Christen auf der Flucht - damals rund 24.000 - fanden in 14 Flüchtlingslagern der Kirche Zuflucht. „Mittlerweile hat sich die Zahl der Flüchtlingslager auf sieben reduziert, in denen noch 8.000 Christen leben“, erläutert der 74-Jährige Erzbischof. Laut Regierungsangaben sind die restlichen Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt, was der Bischof allerdings bezweifelt. Die Spannungen zwischen den Hindus und der christlichen Minderheit - im ganzen Land liegt ihr Anteil bei zwei Prozent, in Orissa leicht darüber - wurzeln in zunehmenden Konvertierungen. In den vergangenen Jahren sollen 20 Prozent der mehr als 600.000 Hindus zum Christentum übergetreten sein. Seit Jahren werfen Hindu-Organisationen den Kirchen vor, gezielt Niedrigkastige und Dalits („Unberührbare“) zu missionieren. „Mit ihrem Übertritt zum Christentum verlassen sie die gesellschaftliche Struktur und entziehen sich damit den Zugriffen der höheren Kasten. So kritisieren und bekämpfen zum Beispiel Großgrundbesitzer christliche Missionare, da sie durch den Übertritt der niedrigen Kasten zum Christentum ihre billigen Arbeitskräfte verlieren und diese dann aufhören bei ihnen zu arbeiten oder auch andere Arbeiten tun, die sie vorher aufgrund religiöser Regel ablehnen mussten“, erläutert Erzbischof Cheenath, dessen Kathedrale bis heute unter Polizeischutz steht.

Da die Übergriffe fast unbemerkt stattfinden, ist die finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau bisher gering.

Austausch über 6000 Kilometer hinweg

(Ludwigsburger Kreiszeitung vom 28.01.2009)

Christen haben in der indischen Gesellschaft keinen leichten Stand. Pastor Robert Clarke ist zurzeit bei Freunden in Hessigheim zu Gast und berichtet in der Kirchengemeinde von seinen Erfahrungen.

„Auch wenn in Indien Religionsfreiheit herrscht, ist es für uns Christen nicht immer leicht“, sagt Robert Clarke. Der 52-jährige Pastor kommt aus Dhensi, einer für indische Verhältnisse kleinen Stadt, südlich von Neu-Delhi. Er ist in einer protestantisch geprägten Familie aufgewachsen. Wie überall in Indien, sind die Christen auch dort in der Minderheit. Von den 120 000 Einwohnern sind rund 25 000 Protestanten oder Katholiken – die Mehrheit gehören dem hinduistischen Glauben an.

Beschimpfungen auf der Straße oder Diskriminierungen im Job sind für Robert Clarke keine Seltenheit. „Körperlich habe ich noch keine Gewalt erfahren, verbal bekommt man aber einiges zu hören“, erzählt Pastor Robert Clarke. Insbesondere das soziale Engagement seiner kleinen Kirchengemeinde mit ihren 40 Mitgliedern beüben die Hindus argwöhnisch, erzählt der Geistliche: „Sie glauben, dass wir sie indirekt missionieren wollen.“

Das Stadtviertel, in dem er in Dhensi mit seiner Frau und den zwei gemeinsamen Kindern lebt, ist überwiegend von Hindus geprägt. Man kennt sich und akzeptiert sich, mehr aber auch nicht. „Freundschaften zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen gibt es nur wenige“, sagt der Familienvater.

Angespannt ist das Verhältnis auch zwischen Hindus und Moslems, der zweitgrößten Glaubensgruppe in Indien. Durch den Anschlag auf das Taj Mahal Hotel in Bombay vergangenen November haben sich die Spannungen noch verstärkt. „Religiöse Feste werden immer von der Polizei bewacht, um Ausschreitungen zu vermeiden“, weiß der Pfarrer.

Während in Indien die Toleranzgrenze gegenüber Andersbetenden sehr niedrig ist, findet Robert Clarke sie in Deutschland zu hoch: „Die Christen müssen an der Einzigartigkeit ihres Glaubens festhalten“, sagt der Seelsorger bei seinem ersten Besuch in Deutschland. Über Glaubensfragen tauscht er sich zurzeit intensiv mit der Hessigheimer Kirchengemeinde aus. Für drei Wochen ist Robert Clarke in der kleinen Gemeinde zu Besuch, wo er bei Ingeborg und Shamshad Eisele wohnt.

Kennengelernt haben sie sich vor 30 Jahren bei der gemeinsamen Arbeit für eine Mission in Indien. „Es ist eine tiefe Freundschaft entstanden“, sagt Shamshad Eisele. Während er gemeinsam mit seiner Frau Ingeborg schon des Öfteren Robert Clarke in Indien besuchte, ist es für den Pastor der erste Besuch in Deutschland.

Beeindruckt hat ihn, wie sauber und geordnet das Leben hier ist: „Die Züge kommen tatsächlich pünktlich. So was gibt es bei uns nicht“, erzählt er. Ungewohnt sei für ihn allerdings, wie wenig im Alltag miteinander geredet wird: „Die Menschen fahren gemeinsam Bus, aber unterhalten sich nicht.“ In Indien undenkbar: „Wir haben ein sehr großes Bedürfnis uns mitzuteilen“, sagt er und lacht. Deshalb steht sein Haus in Indien Gästen auch immer offen: „Bei uns braucht man keinen Termin, sondern kann einfach vorbeischaun.“

Bis Mitte Februar ist Robert Clarke noch in Deutschland. Neben Hessian, Ludwigsbuurg und Stuttgart will er sich unbedingt auch die Lutherstadt Wittenberg anschauen. Danach geht es wieder in seine 6000 Kilometer entfernte Heimatstadt zurück.

Sicher ist jetzt schon, dass Clarke wieder nach Deutschland kommen wird – dann aber im Sommer. Denn die winterlichen Temperaturen sind nichts für ihn: „Ich friere doch ganz schön.“

Alexandra Pfeffer

Witwe eines ermordeten Missionars tröstet Gewaltopfer

(IDEA vom 26.01.2009)

Vor zehn Jahren wurde der evangelikale Missionar Graham Staines, das Bild zeigt ihn mit seiner Familie, ermordet.

Gladys Staines, Witwe des vor zehn Jahren in Indien ermordeten Missionars Graham Staines und Mutter der ebenfalls umgebrachten Söhne Philip und Timothy, hat die Hinterbliebenen der jüngsten Opfer von antichristlicher Gewalt im Bundesstaat Orissa getröstet und ermuntert, im Glauben fest zu bleiben.

In demselben Bundesstaat hatten nationalistische Hindu-Extremisten am 22. Januar 1999 den Geländewagen ihres 58-jährigen Mannes angesteckt, der darin zusammen mit den 9 bzw. 7 Jahre alten Jungen nächtigte. Sie wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Der Haupttäter Dara Singh, der erst zum Tode, dann zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, wollte Bekehrungen zum Christentum verhindern. Der australische baptistische Missionar hatte sich mehr als 30 Jahre lang um Lepra-Kranke in Indien gekümmert und eine Klinik in Baripada (Orissa) aufgebaut. Seine Witwe, die 2005 mit der indischen Verdienstmedaille ausgezeichnet wurde, kehrte im darauffolgenden Jahr zurück, um das Werk ihres Mannes fortzuführen. Ende August 2008 flammte wieder Gewalt militanter Hindus gegen Christen in dem Bundesstaat auf. Nach Angaben des Gesamtindischen Christenrats wurden rund 200 Christen ermordet, 18.000 verletzt und 53.000 vertrieben. Über 4.600 Häuser gingen in Flammen auf, darunter 150 Kirchen, Gemeinde- und Waisenhäuser.

Den Mördern vergeben

Wie Frau Staines aus Anlass des zehnten Todestages ihres Mannes und ihrer Söhne mitteilte, sei Gott ihr in der schweren Zeit ein fester Halt geworden, nicht zuletzt durch die Fürbitte anderer Christen. Sie empfinde eine starke Solidarität mit den Witwen der jüngsten Unruhen. Sie wolle diese Frauen im Vertrauen auf Jesus stärken; er gebe Kraft, das eigene Kreuz zu tragen. In den vergangenen Jahren habe sie traurige Zeiten erlebt, aber auch große Hoffnung – die Hoffnung auf den Himmel und die Wiedervereinigung mit ihrem Mann und den Kindern. Frau Staines bekräftigte, dass sie den Mördern vergeben habe. Den Menschen in aller Welt sage sie: „Gebt die Hoffnung nicht auf, betet für Indien!“

Indien: Weihnachten ohne Gewalt aber in Angst

(asianews vom 30.12.2008)

10.000 Christen haben im Bundesstaat Orissa unter Militärschutz Weihnachten gefeiert. Aus Angst vor Übergriffen fanden die Gottesdienste an abgezielten Plätzen und jeweils am Nachmittag vor Einbruch der Dunkelheit statt. Zu unmittelbaren Anschlägen auf Christen ist es während der Feiertage nicht gekommen. Allerdings wurden drei Fälle vorsätzlicher Brandstiftung gegen ein christliches Gemeindezentrum und zwei Geschäfte bekannt.

Die Furcht vor neuer antichristlicher Gewalt bestimmt seit August dieses Jahres den Alltag der Christen im Bundesstaat Orissa. Immer wieder war es zu Ausschreitungen gegen Christen und regelrechten Verfolgungen gekommen.

Kirche in Asien gegen Unfrieden und Fundamentalismus

(kathweb vom 27.12.2008)

Bischofsrat der Asien-Synode spricht sich für die Inkulturation des christlichen Glaubens aus, aber unter Berücksichtigung der „lebendigen Tradition der Kirche“

Die Krisenregionen in Indien und in Nahost, aber auch die wachsende Gewaltbereitschaft fundamentalistischer Gruppen sind derzeit die größten Herausforderungen für die katholische Kirche in Asien. Das wird in einem Kommuniqué über das letzte Treffen des Bischofsrates der Asien-Synode betont. Die Religionsfreiheit werde nicht überall in Asien respektiert. Im indischen Bundesstaat Orissa gehe die Gewalt gegen Christen weiter, und im gesamten Nahen Osten sei man noch weit von Ruhe, Stabilität und Gerechtigkeit entfernt, heißt es in der Erklärung. Der Bischofsrat erörtert im Anschluss an die Asien-Synode von 1998 bei regelmäßigen Treffen im Vatikan die Lage der Kirche auf dem Kontinent.

Als große Aufgabe der Kirche bezeichneten die Bischöfe die Inkulturation der christlichen Botschaft in die gewachsenen Kulturen Asiens. Das Christentum sei in Asien entstanden, der Kontinent sei aber auch die Heimat vieler anderer Religionen und vieler kultureller Werte wie Einfachheit, Familiensinn, Gastfreundschaft, Harmonie, Kontemplation, Gewaltlosigkeit und Respekt vor dem Heiligen. Die Kirche müsse sich darum bemühen, ihre Botschaft in diesem Kontext zu verkünden.

Die Inkulturation sei ein langdauernder und delikater Prozess - „unter dem Antrieb des Heiligen Geistes und in Treue zur lebendigen Tradition der Kirche“. Auch in der Liturgie müsse die Inkulturation zum Ausdruck kommen; gerade sie sei in Asien ein „besonderes Mittel der Evangelisierung“, weil die Menschen durch die Feier des christlichen Gottesdienstes, die religiösen Feste und die christliche Volksfrömmigkeit angezogen werden.

Eine besondere Rolle komme den Theologen zu, die eine „inkultierte Theologie“ entwickeln müssten. Vor allem im Bereich der Christologie müssten die Theologen herausarbeiten, dass Jesus Christus der „einzige Erlöser“ ist. In der asiatischen Theologie gehe es darum, sowohl Konfusion als auch Synkretismus (Religionsvermischung) zu vermeiden, aber auch die Sensibilität jener Asiaten zu beachten, die seit vielen Generationen Christen sind. In jedem Fall müsse die Inkulturation mit dem Evangelium und dem Glauben der Weltkirche vereinbar sein.

Als positive Signale der Entwicklung der Kirche auf dem asiatischen Kontinent wurden die Zunahme der geistlichen Berufungen, das Wachstum des missionarischen Geistes, die kirchliche Dynamik und die Verbindung von Evangelisierung und menschlicher Förderung genannt.

Friede auf Erden: Gebetsappell für Indiens bedrängte Christen

(Livenet vom 24.12.2008)

Indiens Christen hoffen, dass sie diesmal in Ruhe Weihnachten feiern können. Fanatische Hindus im Gliedstaat Orissa hatten vor einem Jahr am 25. Dezember brutale Übergriffe gemacht. Livenet ruft die Christen auf, für ein Weihnachtsfest in Indien ohne Drohungen, Gewalt, Morde und Vertreibungen zu beten.

Hindu-Organisationen hatten am Weihnachtstag Orissa mit einem Generalstreik (bandh) lahmlegen wollen, um die Christen am Feiern zu hindern und weiter einzuschüchtern. Nach einem Treffen mit Kirchenführern betonte der indische Innenminister P. Chidambaram am 10. Dezember, der Staat werde ihre Sicherheit garantieren. In der Folge sagten die Hindu-Nationalisten in Orissa den Streik ab.

Wachsender internationaler Druck hat den indischen Politikern klar gemacht, dass das Image ihres Landes (grösste Demokratie der Welt) schweren Schaden leidet, wenn weiterhin straflos gegen Christen gehetzt werden kann. Der katholische Erzbischof von Orissas Hauptstadt Bhubaneswar zeigte sich nach der Streik-Absage erleichtert. Er forderte jedoch den Chefminister Orissas am 20. Dezember in einer Unterredung auf, den Schutz der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen nicht voreilig zu verringern. Denn noch immer bestehe eine akute Gefahr von religiös und politisch motivierten Übergriffen, nicht nur im Kandhamal-Distrikt, sondern auch in anderen Teilen Orissas.

Hass und Mord

In Kandhamal, wo im August und September mehrere zehntausend Christen aus ihren Siedlungen flohen, wurde der Katechet Yuvraj Digal am 17. Dezember auf dem Heimweg in sein Dorf Kanjamedi mit seinem Moped von einer aufgebrachten Menge angehalten. Die Gruppe von rund 50 Hindu warf ihm vor, für den Mord an dem fanatischen Hindu-Führer verantwortlich zu sein (laut Polizeiangaben wurde er von maotistischen Rebellen verübt). Der 40 Jahre alte Leiter der christlichen Gemeinde in seinem Dorf wurde von dem Mob erschlagen. Sein 20-jähriger Sohn Bhidyadhar konnte fliehen und die Polizei alarmieren.

Lady Cox: „Religiöse Säuberung“

Am 18. Dezember debattierte das englische Oberhaus über die Gewalt, aufgrund einer Motion der prominenten Menschenrechtsaktivistin Baroness Cox, die Indien im November bereist hatte.

Lady Cox schilderte vor den Lords, was in Teilen Orissas nach dem Mord an einem Hindu-Fanatiker Ende August geschah:

- Gewalt gegen christliche Gemeinschaften
- Zwangsübertritte zum Hinduismus und die Drohung, noch mehr solche Übertritte zu erzwingen
- Die Weigerung des Staats, den Christen bei der Rückkehr in ihre Häuser Sicherheit zu garantieren

All dies, so Lady Cox, erwecke den Anschein einer bewussten Strategie religiöser Säuberung (attempted religious cleansing). Die Grausamkeit und die Zahl der Attacken im August und September wären ohne eine über viele Jahre unterhaltene Hetzkampagne nicht möglich gewesen. „Und diese Hetze hält in den Medien ... an – mit Muslimen und Christen im Visier.“

Lady Cox erwähnte die erbärmlichen Umstände der vertriebenen Christen in notdürftig eingerichteten Camps. Sie appellierte an die britische Regierung, sich in Delhi für die Sicherheit der verängstigten Minderheiten einzusetzen. Der zuständige Staatsminister Lord Malloch-Brown sicherte in seiner Antwort zu, die britische Regierung werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Lage der bedrängten Minderheiten und der unterdrückten Dalits zu verbessern. Für 2009 seien Verhandlungen der EU mit Indien geplant.

Bitte beten Sie

- dass die Christen in ganz Indien, besonders in Orissa und den anderen Gewalt-Regionen, ungehindert Weihnachten feiern können
- dass Prediger, Gemeindeleiter und Evangelisten ungehindert arbeiten und reisen können und ihre Familien nicht bedroht werden
- dass alle Gliedstaaten mit Polizei und Justiz entschieden und ohne Zögern gegen Gewalttäter und Plünderer vorgehen
- dass Christen in ihre Häuser zurückkehren und sicher leben können und für Verluste entschädigt werden
- dass Hetzpropaganda gegen Minderheiten, Christen und Muslime, in den Medien unterbunden wird
- dass Menschenrechtsgruppen und die staatlichen Kommissionen die Politiker zu einem Vorgehen veranlassen, welches der indischen Demokratie würdig ist.

Asien: Vielen Christen graut vor Weihnachten

(IDEA vom 23.12.2008)

Viele Christen im Mittleren und Fernen Osten sehen Weihnachten mit Angst entgegen. Sie befürchten gewalttätige Übergriffe durch Extremisten oder Staatsorgane. Besonders bedrohlich ist die Lage in Indien, Indonesien, dem Irak, Bangladesch, Sri Lanka, Vietnam und China.

Im indischen Bundesstaat Orissa hat der Staat die Schutzmaßnahmen für die christliche Minderheit verstärkt. Rund 4.000 Sicherheitskräfte wurden stationiert, berichtet die Zeitung Times of India. Auch die Kirchengemeinden selbst erhöhen ihre Schutzmaßnahmen, etwa durch Überwachungskameras. Zwar haben militante Hindugruppen ihren für den 25. Dezember angekündigten Generalstreik abgesagt, doch wollen sie der Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) zufolge an diesem Tag des extremistischen Religionsführers Swami Laxmanananda Saraswati gedenken, der Ende August ermordet wurde. Danach brach antichristliche Gewalt aus. Obwohl sich die verbotene „Kommunistische Partei Indiens – Maoisten“ zu dem Attentat bekannte, machen Hindu-Extremisten Christen für die Bluttat verantwortlich. Seither sind bei Übergriffen militanter Hindus nach Angaben des Gesamtindischen Christenrats rund 200 Christen ermordet, 18.000 verletzt und 53.000 vertrieben worden. Über 4.600 Häuser gingen in Flammen auf, darunter 150 Kirchen, Gemeinde- und Waisenhäuser. Von den 1,1 Milliarden Bürgern Indiens sind 82 Prozent Hindus, zwölf Prozent Muslime und ebenfalls drei Prozent Christen.

Erhöhte Alarmbereitschaft in Indonesien

Im überwiegend muslimischen Indonesien sind die Sicherheitskräfte über Weihnachten in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden. Befürchtet werden Gewalttaten extremistischer Muslime. Der Alarmszustand soll am Heiligabend beginnen und zehn Tage dauern. Wie das Hilfswerk Open Doors berichtet, befürchten einige evangelikale Gemeinden auch, dass ihnen die Behörden verbieten, Gottesdienste zu halten. Ihnen werde vorgehalten, dass sie die Auflagen für eine staatliche Anerkennung nicht erfüllten. Dazu muss eine Gemeinde mindestens 90 Mitglieder haben und die Zustimmung von 60 Anwohnern unterschiedlicher Religionszugehörigkeit nachweisen. Indonesien versteht sich als säkularer Staat. Von den rund 220 Millionen Einwohnern sind etwa 80 Prozent Muslime, 16 Prozent Christen, zwei Prozent Hindus sowie jeweils ein Prozent Buddhisten und Anhänger von Stammesreligionen.

Tötungskampagne im Irak

Auch im Irak fürchten Christen weitere Übergriffe muslimischer Extremisten. Aus Angst um ihr Leben haben Tausende Christen etwa die nordirakische Stadt Mossul verlassen. Dem EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber (Berlin), zufolge sprechen deutliche Anzeichen für eine „regelrechte Tötungskampagne und eine straff organisierte Vertreibungskampagne gegen die Christen“. Ende November hatten die europäischen Innenminister beschlossen, ein Kontingent von 10.000 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus dem Irak aufzunehmen. 2.500 Personen sollen nach Deutschland kommen. Fast drei Viertel der irakischen Christen sind seit dem Einmarsch alliierter Truppen im März 2003 vor Entführungen, Plünderungen und Mord geflohen. Insgesamt leben noch rund 450.000 Christen im Irak. Von den 26,7 Millionen Einwohnern des Landes sind 95 Prozent Muslime.

Bangladesch: Buddhisten nehmen Christen gefangen

In Bangladesch haben Buddhisten 13 neubekehrte Christen gefangen genommen. Sie wollen sie zur Rückkehr zum Buddhismus zwingen, berichtet der Informationsdienst Compass Direct. Am 10. Dezember hätten sie die Christen in eine Pagode in Jorachuri verschleppt, ihnen das Haar geschoren und sie gezwungen, buddhistische Gewänder anzuziehen. Andere Christen seien daraufhin in den Untergrund gegangen. Rund 83 Prozent der 139 Millionen Einwohner Bangladeschs sind Muslime und 16 Prozent Hindus. Christen und Buddhisten machen zusammen etwa ein Prozent aus.

Sri Lanka: Keine Waffenruhe über Weihnachten

In Sri Lanka haben Kirchenleiter vergeblich eine Waffenruhe im Kampf zwischen der Regierung und tamilischen Rebellen während der Weihnachtsfeiertage gefordert. Er sei tief enttäuscht über die Absage der Regierung, erklärte der anglikanische Bischof Kumara Illangasinghe gegenüber der ökumenischen Nachrichtenagentur ENI. Allein im laufenden Jahr seien mehr als 10.000 Menschen getötet worden. Seit 25 Jahren kämpfen hinduistische Tamilen im Norden des früheren Ceylon für einen eigenen Staat. Von den etwa 20 Millionen Einwohnern sind nach Angaben der dortigen Evangelischen Allianz rund 70 Prozent Buddhisten, 14 Prozent Hindus, 8 Prozent Muslime und 8 Prozent Christen, überwiegend Katholiken.

China: Kirche abgerissen

In China können sich Christen in nicht anerkannten Gemeinden auch über Weihnachten nicht vor staatlichen Übergriffen sicher sein. Erst am 17. Dezember ließen die Behörden in der Stadt Yancheng (Provinz Jiangsu) eine Kirche abreißen. Zuvor hatte er nach Angaben des Hilfswerks China Aid (Midland/US-Bundesstaat Texas) bereits Plünderungen gegeben. Ungeachtet unterschiedlicher Schätzungen über die Zahl der Christen in China, die zwischen 40 Millionen und 80 Millionen schwanken, ist unbestritten, dass sich ein großer Teil in staatlich nicht registrierten Hausgemeinden versammelt, um staatlicher Kontrolle zu entgehen. Die anerkannte Drei-Selbst-Bewegung und der Chinesische Christenrat repräsentieren nach offiziellen Angaben etwa 18 Millionen Protestanten. Von den rund 20 Millionen Katholiken gehören etwa sechs Millionen einer regimetreuen Kirche an.

Vietnam: Christen von Weihnachtsfeier ausgeschlossen

Mangelnde staatliche Registrierung führt nicht nur in der Volksrepublik China zu Problemen für Christen sondern auch im ebenfalls kommunistisch regierten Vietnam. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wurde am 21. Dezember einigen hundert Christen die Teilnahme an einer Weihnachtsfeier in der nordvietnamesischen Stadt Thanh Hoa verwehrt. Die Polizei habe sogenannten „illegalen Christen“ den Zugang versperrt. Von den 83 Millionen Einwohnern Vietnams sind 54 Prozent Buddhisten, 22 Prozent Nichtreligiöse und 8 Prozent Christen – etwa 6 Millionen Katholiken und 1,3 Millionen Protestanten.

Gute Nachricht aus Pakistan

Gute Nachrichten kommen aus Pakistan, wo extremistische Muslime in der Vergangenheit Anschläge auf Christen verübten und zahlreiche Christen wegen angeblicher Lästerung des Islam vor Gericht gestellt wurden. Premierminister Yousaf Raza Gillani hat angekündigt, dass religiöse Minderheiten stärker in den Provinzparlamenten wie auch in der Nationalversammlung vertreten sein sollen. Außerdem will er einen „Tag der Minderheiten“ am 11. August einführen. Von den 156 Millionen Einwohnern Pakistans sind 95 Prozent Muslime, 3 Prozent Christen und 1,8 Prozent Hindus.

„God save your people!” (kathnews vom 22.12.2008)

Dramatischer Hilferuf eines indischen Priesters

Bereits mehrmals haben wir in den vergangenen Monaten über die dramatische Lage der Christen in Indien berichtet. In diesem Zusammenhang erreichte unsere Redaktion heute der Weihnachtsgruß eines indischen Missionspriesters. Ein Weihnachtsgruß, der trauriger nicht sein könnte. Die Zeilen des Priesters erzählen von der Unterdrückung der christlichen Minderheit, von Gewalt, Hass und Vertreibung. Bereits seit August tobt die hinduistische Gewalt gegen Christen in Indien. Seither wurden zahlreiche Kirchen zerstört, Häuser niedergebrannt und Menschen vertrieben.

Seinen Weihnachtsgrüßen fügte der Geistliche eine Statistik an, die uns die Ausmaße der Schrecknisse nur erahnen lässt: 315 Ortschaften wurden verwüstet und 4640 Häuser wurden niedergebrannt. In Folge der Brandattacken gegen die Häuser christlicher Familien sind derzeit mehr als 53000 Christen in Indien obdachlos. Insgesamt sind den Brandattacken bislang 49 Kirchen und Kapellen zum Opfer gefallen. Doch nicht nur die Attacken gegen christliche Kirchen und Häuser nehmen zu. Auch die Gewalttaten gegen die christliche Bevölkerung sind dramatisch angestiegen. So sind bislang mehr als 100 Todesopfer zu beklagen, darunter mindestens ein Geistlicher, 18000 Menschen wurden verletzt und mehrere Ordensschwestern vergewaltigt.

Weiterhin wies der indische Missionspriester in seinem Schreiben darauf hin, dass alle extremistischen Hindu-Organisationen und Gruppen, die an der Gewalt gegen die christliche Minderheit beteiligt sind, große finanzielle Hilfen aus Europa bzw. der westlichen Welt erhielten. Die Inanspruchnahme der Gelder würde ihnen durch verschiedene Organisationen und Institute ermöglicht. Diese finanziellen Hilfen für die extremistischen Organisationen und Gruppierungen würden meist aus Entwicklungshilfeprogrammen bzw. sozialen Initiativen bezogen, so der Priester in seinem Brief. Der Geistliche macht deutlich, dass die Gelder hauptsächlich dafür aufgewendet würden, um den Glauben, das Leben und die Arbeit der christlichen Bevölkerung zu attackieren. Ferner betont er, dass die vertriebenen Christen nur in ihre zerstörten Häuser zurückkehren dürften, wenn sie bereit wären, zum Hinduismus zu konvertieren. Sein Schreiben endet mit der innigen Bitte „God save your people“ – „Gott, schütze Dein Volk“.

Indien: Generalstreik abgesagt

(Radio Vatikan vom 21.12.2008)

Die Hindu-Nationalisten im indischen Bundesstaat Orissa haben einen für Weihnachten geplanten Generalstreik abgesagt. Der Entscheidung war massiver Druck aus dem In- und Ausland vorausgegangen, berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Sonntag in Göttingen. Statt des Streiks wollen die radikalen Hindu am Weihnachtstag nun mit Gebetsfeiern ihres am 23. August ermordeten Führers Swamii Laxmanananda Saraswati gedenken. Christen hatten befürchtet, dass mit dem Generalstreik am 25. Dezember gezielt die Weihnachtsfeiern in Orissa gestört werden sollten. In der Unruheregion wurden seit August 2008 rund 60 Christen bei pogromartigen Übergriffen von Hindu getötet. Erleichtert äußerte sich der Erzbischof Raphael Cheenath von Bhubaneswar-Cuttack:

Die Hindu-Nationalisten im indischen Bundesstaat Orissa haben einen für Weihnachten geplanten Generalstreik abgesagt. Der Entscheidung war massiver Druck aus dem In- und Ausland vorausgegangen, berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Sonntag in Göttingen. Statt des Streiks wollen die radikalen Hindu am Weihnachtstag nun mit Gebetsfeiern ihres am 23. August ermordeten Führers Swamii Laxmanananda Saraswati gedenken. Christen hatten befürchtet, dass mit dem Generalstreik am 25. Dezember gezielt die Weihnachtsfeiern in Orissa gestört werden sollten. In der Unruheregion wurden seit August 2008 rund 60 Christen bei pogromartigen Übergriffen von Hindu getötet. Erleichtert äußerte sich der Erzbischof Raphael Cheenath von Bhubaneswar-Cuttack:

„Die Absicht der Fundamentalisten war es, die Christen daran zu hindern, Weihnachten zu feiern. Sie wollen überhaupt die Weihnachtstradition in Indien zerstören. Ihr Vorhaben, die Kirche im Khandamal-Distrikt auszulöschen, besteht aber weiterhin. Sie haben schon im August 2008 nach dem Mord an dem Hindu-Führer die ganze Infrastruktur der Kirche zerstört. Eine große Demonstration am 25. Dezember hätte dazu geführt, dass die Kirche hier am Ende gewesen wäre. Sie wollen den Druck aufrecht erhalten und Terror in die Herzen der Christen pflanzen, die seit Dezember 2007 unter den Verfolgungen leiden.“

Der Erzbischof erzählt, dass die Christen nun auf eine unprätentiöse Weise Zeugnis für den christlichen Glauben an die Menschwerdung Gottes ablegen wollen.

„Zwei christliche Frauen, die in Flüchtlingslagern leben, hatten es verlassen, um nach ihren Häusern zu schauen. Die Sicherheitsleute fragten sie: ‚Wie könnt ihr nur rausgehen?‘ Ihre Antwort ist bezeichnend: ‚Gott ist mit uns. Wenn wir umgebracht werden, werden wir für Christus sterben.‘ Es sind Friedenskomitees organisiert worden, um mit Andersgläubigen in einen Dialog zu treten. Die Weihnachtsbotschaft muss zuerst verinnerlicht werden, bevor man sie anderen predigen kann. Wir selber müssen sie erfahren, damit wir auch andere davon überzeugen können.“

Raphael Cheenath von Bhubaneswar-Cuttack forderte den Ministerpräsidenten von Orissa in einer Unterredung am Samstag auf, den Schutz der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen nicht voreilig zu verringern. Denn noch immer bestehe eine akute Gefahr von religiös und politisch motivierten Übergriffen, nicht nur im Kandhamal-Distrikt, sondern auch in den vier Diözesen Balasore, Berhampur, Rourkela und

Sambalpur. Am vergangenen Mittwoch hatte die Nationale Menschenrechtskommission Indiens die Regierung Orissas aufgefordert, schriftlich darzulegen, wie Christen vor erneuten Übergriffen geschützt werden sollen. In Anbetracht der andauernden Gewalt gegen religiöse Minderheiten forderte die Katholische Bischofskonferenz Indiens die indische Bundesregierung in der vergangenen Woche auf, den „Terrorismus“- Begriff in den Strafgesetzen weiter zu fassen und auch gezielte Angriffe auf ethnische und religiöse Gruppen als „Terrorismus“ zu werten.

Das gefährliche Bekenntnis zum Christentum

(Die Welt vom 21.12.2008)

Von Heimo Schwilk

Mehr als 90 Prozent der aus religiösen Gründen Verfolgten und Ermordeten waren in diesem Jahr Christen. Besonders schlimm sieht es im Irak, aber auch in Indien aus

Eine mit Pistolen und Stöcken bewaffnete Menschenmenge näherte sich dem kleinen indischen Dorf im östlichen Bundesstaat Orissa. Der Mob warf die Fenster der Kirche ein und trieb die Gottesdienstbesucher vor das Gebäude. Dann setzen die Extremisten die Holzkirche mit Fackeln in Brand. Das Lichterfest am Heiligen Abend vor einem Jahr war der willkommene Anlass für fanatische Hindus, ihren christlichen Landsleuten zu zeigen, dass sie als Christen nicht länger geduldet würden. 70 weitere Kirchen wurden abgebrannt und 600 Wohnungen von Christen zerstört.

Das Jahr 2008 wird in die Annalen eingehen als das Jahr, in dem die Diskriminierung und Verfolgung christlicher Minderheiten weltweit ein selten gekanntes Ausmaß erreicht hat. Mehr als 200 Millionen der rund 2,2 Milliarden Christen sind betroffen, wie die katholische Menschenrechtsorganisation „Kirche in Not“ in einem aktuellen Bericht bilanziert. Keine andere Religionsgemeinschaft wird härter und grausamer verfolgt als die christliche, mehr als 90 Prozent der aus religiösen Gründen Ermordeten und Verfolgten sind Christen.

Islamische und kommunistische Länder drangsalieren ihre christlichen Minderheiten am stärksten. Auf dem „Weltverfolgungsindex 2008“ der Menschenrechtsorganisation „Open Doors“ rangiert das kommunistische Nordkorea ganz vorn, dicht gefolgt von Saudi-Arabien. Unter den ersten zehn befinden sich auch die islamischen Länder Iran, Jemen und Afghanistan. China ist vom zwölften auf den zehnten Platz vorgeückt. Schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Christen werden auch in der früheren Sowjetrepublik Usbekistan, in Somalia, Pakistan und Ägypten begangen.

Immer wieder machen Menschenrechtsorganisationen auf die schlimme Lage für Christen in diesen Ländern aufmerksam - ohne große Wirkung in der christlich geprägten Welt. Auch der Vorstoß von Wolfgang Schäuble, eine europäische Lösung für die verfolgten Christen im Irak zu finden, lief weitgehend ins Leere. Offenbar empfindet das christliche Europa sich längst nicht mehr als Schutzmacht der Christenheit.

Das Schweigen hat viele Ursachen. Noch immer halten sich Politiker und Regierungen zurück, wenn es um die Maßregelung von Ländern geht, die als ehemalige Kolonien selbst Opfer von Diskriminierung und Unterdrückung waren. Und in den sich immer weiter säkularisierenden Gesellschaften des Westens verschwindet naturgemäß die Sensibilität für Menschen, die ihrem Glauben bis in den Tod hinein treu bleiben. Die Propaganda islamistischer Gruppen, die Christen im Irak oder im Iran seien natürliche Verbündete der USA und der Nato, erscheint nicht wenigen auch im Westen plausibel.

Der pakistanische Erzbischof Lawrence Saldanha forderte deshalb den Westen auf, sich nicht als Christ für Christen, sondern als Bürger für die freie Religionsausübung als allgemeines Menschenrecht einzusetzen. Das würde dem Konflikt die kulturell-religiöse Schärfe nehmen.

Der Vorsitzende der pakistanischen Bischofskonferenz nannte bei einem Berlin-Besuch auf Einladung von „Kirche und Not“ aber auch einen weiteren Grund für die Verschärfung des Konflikts: Die Besetzung Iraks durch die Amerikaner und den von US-Präsident Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“. Die extreme Unterdrückung der christlichen Minderheit in Pakistan durch die Muslime sei die direkte Folge dieses Feldzuges. Noch vor wenigen Jahren habe die katholische Kirche im Land aufgrund ihrer Arbeit im Bildungs- und Gesundheitswesen großes Ansehen genossen. In den Augen der Muslime, die von Islamisten zusätzlich aufgeputscht würden, gehörten die christlichen Pakistani dem „westlichen Glauben“ an und würden nun pauschal verurteilt und drangsaliert.

Handhabe dafür geben Sondergesetze, die oft in Widerspruch zu den jeweiligen Verfassungen stehen. Das gilt für das islamische Pakistan genauso wie für das mehrheitlich hinduistische Indien. Obwohl Artikel 25 der indischen Verfassung jedem Bürger das Recht auf freie Wahl der Religion zuspricht, führen immer mehr Bundesländer Gesetze ein, die die Konversion zu einer anderen Religion unter Strafe stellen.

Das schafft eine amtlich geschürte Pogromstimmung. Es sind Christen aus der untersten Kaste, die der Gewalt zum Opfer fallen. Durch ihre Ausbildung an christlichen Schulen sind die Ärmsten der Armen besser qualifiziert als viele Hindus und können sich so der Ausbeutung durch ihre hinduistischen Arbeitgeber erwehren.

Die Gewalt gegen Christen in Indien ist mit polizeilichen oder militärischen Mitteln kaum mehr einzudämmen, denn sie kommt aus der Mitte der Bevölkerung. So ging nach dem Mord an einem Hindu-Führer im August dieses Jahres, der den Christen angelastet wurde, eine weitere Gewaltwelle übers Land. In einem regelrechten Rachezug gegen christliche Siedlungen zerstörten Hindus rund 4000 Wohnungen, Schulen, Kirchen und Geschäfte. Sechzig Menschen wurden getötet. Die junge Missionarin Rafani Majhi, die sich um Waisenkinder kümmerte, wurde bei lebendigem Leib verbrannt. Priester, auf die Extremisten hohe Kopfprämien ausgesetzt hatten, wurden angegriffen und schwer verletzt. 50 000 indische Christen flüchteten in die Wälder oder retteten sich in Flüchtlingslager.

Nach eindringlichen Bitten des katholischen Hilfswerks Misereor an die indische Regierung sagten radikale Hindus jetzt einen für Weihnachten geplanten Generalstreik ab. Sie wollten dagegen demonstrieren, dass der Mörder eines Hindu-Führers noch immer nicht gefasst ist. Viele Christen fürchten erneute blutige Übergriffe und haben Angst, an Gottesdiensten teilzunehmen.

Noch schlimmer als in Indien werden die Christen im Irak von der Verfolgung heimgesucht. Seit dem Einmarsch der Amerikaner 2003 hat sich die Zahl der im Land lebenden Christen durch Flucht und Vertreibung von einer Million auf weniger als die Hälfte verringert. „Die Christenverfolgung in unserer heutigen Zeit hat sich zu einer wahren Katastrophe entwickelt“, klagt Erzbischof Basile Georges Casmoussa aus der nordirakischen Stadt Mossul, der kurz nach dem Sturz Saddam Husseins selbst entführt worden war. Sein Amtsbruder Paulos Faraj Rahho ist im April dieses Jahres nach Monate wählender Verschleppung ermordet worden.

Von einst 25 000 Christen leben nur noch 5000 in der kurdischen Stadt. Zwanzig Christen sind dieses Jahr in Mossul umgekommen, junge Mädchen wurden entführt, vergewaltigt oder zwangsverheiratet. Wie lebensbedrohlich die Lage für die verbliebenen Mitarbeiter der christlichen Gemeinde ist, schilderte John Pontifex von „Kirche in Not“ in einem dramatischen Bericht. Darin informierte er seine Organisation über

Bombenanschläge gegen christliche Klöster und beschreibt eindrücklich die Todesgefahr, der sich die in der Stadt gebliebenen Priester aussetzen. So habe der junge Pater Bassman Fatoohy, der seit der Ermordung Rahhos die Amtsgeschäfte fortführt, gleich nach Amtsantritt einen jener berüchtigten Drohbriefe erhalten, die mit einer beigelegten Patrone unmissverständlich zur Amtsaufgabe auffordern. Doch der mutige Geistliche will bleiben.

Während Christen in streng muslimischen Ländern wie Saudi-Arabien ihre Religion überhaupt nicht ausüben können, weil schon das Tragen von christlichen Symbolen in der Öffentlichkeit streng verboten ist und Konvertiten sowie Missionare vom Tod durch das Beil bedroht sind, gerät inzwischen auch ein weltoffenes Land wie Ägypten unter den Einfluss von radikalislamischen Muslimbruderschaften. Christen dürfen keine Kirchen bauen und sind durchweg Bürger zweiter Klasse.

Das Jahr 2008 setzte bei der Diskriminierung von Christen auch für Ägypten neue Maßstäbe. So wurden am 13. Februar zwei koptisch-orthodoxe Familien im oberägyptischen Armant festgenommen, als sie auf der Polizeistation anzeigten, dass ihre Häuser von Islamisten angezündet worden seien. Die Kopten mussten ein Protokoll unterschreiben, wonach sie ihre Häuser selbst angezündet hätten. Am 30. Mai erschossen Unbekannte in einem Stadtteil mit hohem christlichen Bevölkerungsanteil in Kairo vier koptische Christen: einen Juwelier und drei seiner Angestellten. Geraubt wurde nichts, die Polizei sprach von einem nichtreligiös motivierten Racheakt. Im Juni verwüsteten Islamisten ein koptisches Viertel der nordägyptischen Stadt Zawyet Abdel-Qader und verletzten sieben Christen schwer.

Die zweite Jahreshälfte stand im Zeichen einer Serie von Angriffen auf koptische Gotteshäuser, wobei die Angreifer regelmäßig Steine und Brandsätze warfen. Die Polizei griff gar nicht oder erst spät ein. Höhepunkt war ein Angriff von sechzig bewaffneten Muslimen auf das Abu Fana Kloster. Vier Christen wurden dabei verletzt und drei Mönche entführt. Die Islamisten banden die Männer an einen Baum und peitschten sie aus. Man zwang sie, auf ein Kreuz zu spucken und sich zum Islam zu bekennen. Einer der Mönche blieb bis heute verschwunden.

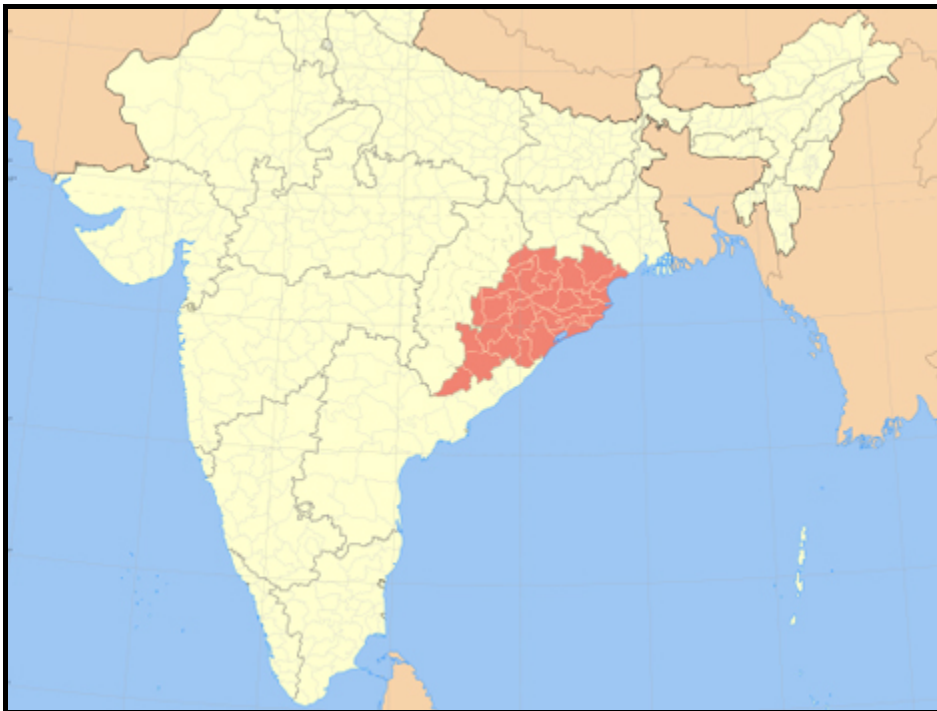
Selbst die um die Aufnahme in die Europäische Union ringende Türkei, die sich seit Atatürks Reformen als modern-laizistischer Staat versteht, lässt im Inneren zunehmend eine islamistische Ausrichtung erkennen. Immer wieder ermorden fanatische Sunniten Priester, Ordensschwestern und Missionare, die christlichen Gemeinden sind bei der Religionsausübung oder beim Bau von Kirchen Schikanen ausgesetzt. Wie angespannt das religiöse Klima im Land ist, zeigt die Aussage des türkischen Religionsministers Ali Bardakoglu, der den Übertritt von 368 Muslimen zum Christentum als einen Versuch bezeichnete, die Türkei zu zerstören. Dabei leben auf dem einst byzantinischen Boden heute nur noch 100 000 Christen - gerade einmal 0,15 Prozent der türkischen Bevölkerung.

Indische Christen verunsichert: Blutiges Weihnachten?

(IDEA vom 17.12.2008)

Der Bundesstaat Orissa verbietet Demonstrationen hinduistischer Extremisten.

Mit Furcht und Zittern sehen Christen im indischen Bundesstaat Orissa Weihnachten entgegen. Ihren Befürchtungen, dass es über die Feiertage zu weiteren blutigen Ausschreitungen hinduistischer Extremisten kommt, sind staatliche Institutionen entgegengetreten.



Bundesstaat Orissa: rot

Die Bundesregierung in Neu Delhi hat die Landesregierung von Orissa gedrängt, weitere Übergriffe zu verhindern. Orissas Regierung in Bhubaneswar untersagte daraufhin einen von Hindu-Extremisten geplanten Generalstreik am 25. Dezember. Er hätten Anlass zu Ausschreitungen geben können. Orissas Chefminister Naveen Pattnaik kündigte am 15. Dezember an, dass keine Demonstrationen über Weihnachten genehmigt würden. Der besonders von antichristlicher Gewalt betroffene Distrikt Kandhamal soll von der Außenwelt abgeriegelt werden. Mit Erleichterung reagierte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) auf die Ankündigung. „Das Einlenken der Regierung Orissas garantiert den Christen zwar kein friedliches Weihnachtsfest, ist aber ein erster wichtiger Schritt, um die Gewalt gegen religiöse Minderheiten einzudämmen“, sagte Asienreferent Ulrich Delius (Göttingen). Hindu-Nationalisten haben allerdings bekräftigt, am geplanten Generalstreik festhalten zu wollen.

Rund 200 Christen ermordet

Seit Ende August sind bei den Übergriffen militanter Hindus nach Angaben des Gesamtindischen Christenrats (AICC) rund 200 Christen ermordet, 18.000 verletzt und 53.000 vertrieben. Über 4.600 Häuser gingen in Flammen auf, darunter 150 Kirchen,

Gemeinde- und Waisenhäuser. Die Unruhen waren am 24. August nach der Ermordung des extremistischen Hindu-Führers und Christengegners Swami Laxmanananda Saraswati ausgebrochen und griffen auch auf andere Bundesstaaten über. Zu dem Attentat hat sich die verbotene „Kommunistische Partei Indiens – Maoisten“ bekannt. Hindu-Extremisten machen trotzdem Christen für die Bluttat verantwortlich. Saraswati, lokaler Anführer der Hindu-Bewegung Vishwa Hindu Parishad (VHP), war seit 40 Jahren Drahtzieher von Übergriffen auf Christen.

Übergriffe bereits an Weihnachten 2007

Im vorigen Jahr hatten Christen in dem Bundesstaat bereits ein blutiges Weihnachtsfest erlebt. Nach GfbV-Angaben wurden fünf Pastoren ermordet, mindestens 730 Häuser von Christen und 95 Kirchen niedergebrannt. Von den 37 Millionen Einwohnern Orissas sind etwa drei Prozent Christen. Der Bundesstaat gilt als Hochburg militanter Hindus. Ganz Indien hat etwa 1,1 Milliarden Bürger. Von ihnen sind 82 Prozent Hindus, zwölf Prozent Muslime und ebenfalls drei Prozent Christen.

Indien: Angst vor neuer Gewalt an Weihnachten

(Radio Vatikan vom 15.12.2008)

Christen in Indien fürchten zu Weihnachten neue Anschläge und Übergriffe durch fanatische Hindu-Gruppen. Das berichtet die im deutschen Göttingen ansässige „Gesellschaft für bedrohte Völker“. Hindu-Extremisten hätten am Wochenende ihre Absicht bekräftigt, am 25. Dezember im Bundesstaat Orissa einen Generalstreik auszurufen, um die christlichen Weihnachtsfeiern zu stören. Einer Delegation europäischer Botschaften aus Neu Delhi, die zuvor besonderen Schutz für die Christen gefordert hatte, wurde die Einreise in die Unruheregion im Kandhamal-Distrikt verwehrt.

„Offensichtlich sind die indischen Behörden von ihren beschwichtigenden Erklärungen zur Lage der Christen selbst nicht überzeugt“, so Ulrich Delius von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“. „Denn sonst müssten sie ausländische Beobachter nicht aussperren.“ Orissas Innenminister Aditya Prasad Padhi habe den Diplomaten Großbritanniens, Italiens, Irlands, Finnlands und der Niederlande nur gestattet, die Hauptstadt des Bundesstaates Bhubaneswar sowie die Stadt Berhampur zu besuchen. Er habe der Delegation versichert, es gebe seit Oktober keine Gewalt mehr im Kandhamal-Distrikt. „Mehr als 10.000 seit Ende August vor Hindu-Nationalisten geflohene Christen wagen es aus Angst vor neuem Terror nicht, in ihre Dörfer heimzukehren“, berichtet Delius weiter. „Wer trotzdem zurückkehrt und sich nicht zum Hinduismus bekehren lässt, riskiert sein Leben.“ So sei eine 52 Jahre alte Frau Ende November mit Äxten zu Tode gehackt worden, als sie aus einem Flüchtlingslager in die Nähe ihres Dorfes zurückkehrte, um Reis zu ernten. In Orissa gebe es für Christen keine Religions- und Meinungsfreiheit, so der deutsche Verband.

Seit der Ermordung eines radikalen Hindu-Führers am 23. August 2008 sind in Orissa 53.000 Christen aus ihren Dörfern vertrieben worden. 151 Kirchen wurden zerstört sowie 4.640 Häuser von Christen geplündert und niedergebrannt. Rund 60 Angehörige der religiösen Minderheit wurden getötet. Mehrfach hat die Europäische Union in den letzten Wochen ihre Besorgnis über die Situation der Christen in Orissa ausgedrückt.

Recherche für Mumbai

(Freitag vom 11.12.2008)

Von Ursula Dunckern

Delhi fordert 20 Köpfe

Der regierenden Kongresspartei käme ein Schlag gegen Pakistan nicht ungelegen. „Wie alle patriotischen Pakistaner werden wir hinter der Armee stehen, falls die Inder irgendeinen Angriff auf die Souveränität Pakistans verüben“, sagt Hafiz Mohammed Saeed, Chef der pakistanischen Terrorgruppe Lashkar-e-Toiba (LeT), in einem Interview mit dem indischen Nachrichtenmagazin Outlook.

Saeed wird von indischen und US-Geheimdiensten beschuldigt, einer der Drahtzieher hinter dem Blutbad von Mumbai zu sein, bei dem LeT-Rekruten - von pakistanischen Militärs als Elitekommandos des Terrors trainiert - einen Krieg mit Indien provozieren sollten. Die LeT, angeblich aufgelöst und prompt wiederauferstanden als „politische Wohlfahrtsorganisation“ Jamaat-ud-Dawa, steht der Armee als Schöpfung des Geheimdienstes ISI besonders nahe. Doch ist sie bei weitem nicht die einzige militante Gruppe, die in den vergangenen Tagen angeboten haben soll, auf der Seite der pakistanischen Armee gegen Indien zu kämpfen und keinen Trouble in der Nordwest-Frontier-Provinz mehr zu machen. Das Feindbild Indien könnte jetzt viel für die nationale Einigung des zerrissenen Landes leisten - ein neuerliches Kräftemessen erscheint Teilen des militärischen Establishments als einziger Ausweg, um aus der unhaltbaren Situation heraus zu kommen, in die Pakistan durch den amerikanischen Krieg gegen den Terror gepresst wurde.

In dieser Schlacht gegen die Taliban und andere Aufständische aus den Stammesgebieten sind die Verluste hoch, Kräfte und Moral am Ende. Allein 2007 desertierten über 1.000 Soldaten, fast ebenso viel kehrten in Leichensäcken zurück. Die Wut in der Bevölkerung wächst. Und damit die Macht der Taliban. Da kann ein aufgeheiztes Verhältnis zum Erzfeind Indien helfen, etwas für die Armee und ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung zu tun.

Hampelmann auf dem Thron

Das Massaker von Mumbai und die Provokation eines indischen Gegenschlages könnten am Ende darauf zielen, das Terrain für einen neuerlichen Coup der Generallität zu bereiten. Droht nach kurzem zivilen Zwischenspiel eine weitere Militärdiktatur?

Präsident Zardari erweist sich immer mehr als Hampelmann auf dem Thron. Dem drohenden Staatsbankrott hat er ebenso wenig entgegenzusetzen wie der sich ständig verschlechternden inneren Sicherheit. Seine kühnen Statements muss er ein ums andere Mal verschlucken, wenn die Generäle den Finger heben. Generalstabschef Ashfaq Kayani liebt es, Zardari vorzuführen: Der Geheimdienst ISI wurde nach Forderungen der US-Regierung dem Innenministerium untergeordnet? Ein Irrtum! Sein politischer Flügel wurde aufgelöst? Selbstverständlich nicht!

Zardaris Gebaren ist ein Albtraum für seine Berater, und wenn es donnert, ist er kopflos. So hätte er am 28. November beinahe aus Angst einen Krieg ausgelöst: Als ein

unbekannter Anrufer sich als Indiens Außenminister Mukherjee ausgab und mit Angriff drohte, da ließ er ohne alle Routinechecks und diplomatische Notventile Truppen an die indische Grenze bewegen und versetzte die Luftwaffe in Alarmbereitschaft. Die Lage konnte erst durch einem Anruf von Condoleezza Rice in Delhi geklärt werden.

Es gibt noch einen anderen Grund, der das Establishment jetzt zu raschem Handeln treiben könnte: die nahende Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten. Schon jetzt weiten die Amerikaner ihre Drohnenangriffe auf das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet dramatisch aus. Sie werfen ihre Missiles längst nicht mehr nur über halbautonomen Stammesgebieten ab, sondern direkt über den von Islamabad kontrollierten Regionen. Sie folgen den Taliban, die allmählich aus der Bombenzone in die Städte ausweichen. Unter einem Präsidenten Obama - glaubt man dessen Ankündigungen - könnte der Krieg auf pakistanischem Boden in eine neue und extrem blutige Phase treten. Mit mehr zivilen Opfern als in Afghanistan, wo 2008 bisher über 2.000 Zivilisten bei Bombardements, Raketenbeschuss oder Razzien ums Leben kamen.

Keine feurige Anwältin

Indiens Militärs juckt es in den Fingern, die Trainingscamps der LeT zu bombardieren. Auf eine solche Gelegenheit, die Brutstätten des Terrors zu zerstören, die indische Städte seit Jahren in Angst und Schrecken versetzten, hat man lange gewartet. Nun - mit perfekten Beweisen in der Hand und internationaler Solidarität im Rücken - könnte der richtige Zeitpunkt gekommen sein. Nach dem Terror von Mumbai glaubte man, US-Politikern die Ermutigung zu einem Militärschlag beinahe von den Lippen ablesen zu können. Doch dann enttäuschte Außenministerin Rice alle hochtrabenden Ambitionen und erwies sich keineswegs als feurige Anwältin der indischen Sache, sondern balancierte mit guten Worten und Verständnis für beide Seiten zwischen Delhi und Islamabad. Indiens Medien nannten es „Doublespeak“. Premier Singh erhielt von Rice nichts weiter als die Zusage, für das Verbot der LeT-Tarnorganisation Jamaat-ud-Dawa zu sorgen. Um so mehr ließ die Regierung in Delhi danach verlauten, sie behalte sich die militärische Option weiterhin vor.

Derweil wurde dem pakistanischen Botschafter eine Note mit der Forderung nach 20 Köpfen übergeben. Sollte Pakistan die Terroristen nicht umgehend ausliefern, würden andere Schritte erwogen. Auf der Liste stehen neben LeT-Chef Mohammed Saeed auch der mächtige Mafia-Don Dawood Ibrahim, der Mumbai von Karatschi aus regiert und für die Mumbaier Bombenserie von 1993 verantwortlich sein soll, dazu Maulana Mazood Azar, der den Anschlag auf das Rote Fort verübte und durch die Entführung eines indischen Flugzeuges nach Kandahar freigesprengt wurde.

Man darf davon ausgehen, dass keine pakistanische Regierung die Auslieferung dieser drei Männer an Indien überlebt. Bestenfalls wäre das bei einer Überstellung an die USA denkbar. Doch sollte es der Regierung Singh gelingen, auch nur einen der drei via Amerika vor ein indisches Gericht zu holen, wäre ihr ein fetter Sieg bei der nächsten Parlamentswahl sicher. Die Kongresspartei, die gerade völlig unerwartete Triumphe bei Vorwahlen in zwei Bundesstaaten feiern kann, badet in einer euphorischen Stimmung. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Aktion in Pakistan, sagen Beobachter.

Krieg gegen sich selbst

Tatsächlich zeigt sich Washington entschlossen, die Schlinge um den Geheimdienst ISI zuzuziehen, der das Verbindungsglied zwischen Armee und militanten Islamisten darstellt. Nach der US-Außenministerin reiste US-Admiral Michael Mullen nach Islamabad, um Beweise für die Beteiligung des ISI am Terrorplot vorzulegen und die unverzügliche Festnahme von LeT-Chef Saeed und LeT-Militärführer Zaki-ur-Rahman sowie von ehemaligen hohen ISI-Offizieren zu fordern. Alle sollen US-Vernehmern vorgeführt werden.

Die Konferenz der Truppenkommandeure reagierte kühl und weigerte sich, dem Diktat Folge zu leisten, dann aber handelte sie doch: Anfang der Woche nahmen Sicherheitskräfte Mitglieder der LeT fest, durchsuchten die Büros ihrer Tarnorganisation Jamaat-ud- Dawa und verhafteten den erwähnten Zaki-ur-Rehman. Grand Chef Saeed blieb bis auf weiteres verschont.

Es hat den Anschein, als wollte - oder müsste - Pakistans Armee nun Krieg gegen sich selbst führen. Unter Armeechef Kayani, selbst einst Generaldirektor des ISI, hielt man bisher viel von engen Verbindungen zu eben diesem Geheimdienst.

Christen sind in der indischen Gesellschaft gut integriert

(ZENIT vom 11.12.2008)

Trinitarier planen die Eröffnung eines Aufnahmezentrums für verfolgte Christen in Indien

Der aus Indien stammende Pater José Narlaly OSST ist seit einem Jahr Generalminister der Ordensgemeinschaft der Trinitarier, die sich seit acht Jahrhunderten vor allem für verfolgte Christen einsetzt.

In Indien gibt es seit 2004 Niederlassungen des Ordens: Heute leben 12 Ordensleute, 23 Studenten und 2 Novizen in zwei Gemeinschaften. „Beim letzten Generalkapitel“, so Pater Narlaly im Gespräch mit dem Fidesdienst, „wurde ich als Inder zum Generalminister gewählt, nachdem der Orden bereits in den vergangenen Jahren diesem Land ein immer größeres Augenmerk widmete.“

In Indien leben rund 18 Millionen Christen (weniger als 2% der Gesamtbevölkerung), eine Minderheit, die vor allem in jüngster Zeit Zielscheibe von Gewalt wurde. Seit dem 24. August 2008 wurden in den ländlichen Gebieten des Unionsstaates Orissa insgesamt 61 Menschen getötet und über 18.000 verletzt. Über 55.000 mussten ihre Wohnungen verlassen und 4.000 Wohnungen von Christen wurden zerstört.

„In den vergangenen Jahrhunderten“, so Pater Narlaly, „herrschte in Indien stets große religiöse Toleranz. Die Christen sind wesentlicher Bestandteil der Religionsgeschichte in Indien.“

In Kerala habe es sogar bereits zur Zeit der Apostel im 1. Jahrhundert Christen gegeben. Die Situation habe sich erst in den vergangenen Jahrhunderten zugespitzt, insbesondere seit der Unabhängigkeit im Jahr 1947.

Seit 30 Jahren fordere die Partei der hinduistischen Extremisten (BJP) eine religiöse Identität des Landes und nehme dabei auch eine aggressive Haltung gegenüber den religiösen Minderheiten der Buddhisten, Christen und Muslime ein. „Es handelt sich um eine kleine Partei auf nationaler Ebene“, erklärt Pater Narlaly, „doch in einigen Staaten, wie zum Beispiel in Orissa, hat sie viele Anhänger. Hier kam es in den vergangenen Monaten auch zu gewaltsamen Ausschreitungen“.

„Christen sind in der indischen Gesellschaft gut integriert“, so Pater Narlaly weiter, „sie sind vor allem im karitativen Bereich, im Gesundheits- und Bildungswesen aktiv, was die Extremisten als Gefahr betrachten. Insbesondere durch Bildung können Massen über die eigene Würde und die eigenen Rechte aufgeklärt und befreit werden, die heute am Rand der Gesellschaft leben. Es handelt sich also um ein politisches und gesellschaftliches Problem. Das Christentum verändert etwas und die menschliche Entwicklung ist für die Extremisten unbequem“.

Die Trinitarier planen die Eröffnung eines Aufnahmezentrums für verfolgte Christen in Bhutan an der Grenze zu Nepal und wollten das Engagement im Bildungswesen intensivieren. „Trotz aller Schwierigkeiten“, so Pater Narlaly abschließend, „blicken wir, Trinitarier, hoffnungsvoll in die Zukunft und sind davon überzeugt, dass die Förderung der Bildung auch die Beziehungen verbessern und ein Bewusstsein der Rechte der Minderheiten vermitteln wird“.

FIDES/ZENIT.org vom 11.12.2008
<http://www.zenit.org/article-16625?l=german>

Das Handwerk des Terrors

(NZZ vom 05.12.2008)

Von Martin Meyer

Nach den Attentaten von Mumbai

Terror entsteht im Kopf, und er endet daselbst. Am Anfang ist das Wort, am Schluss regiert die Angst. Dies führen uns dieser Tage die Geschehnisse in Mumbai vor Augen, wo zehn junge Männer in langen Stunden des Schreckens eine grosse Zahl von unschuldigen Menschen hingemordet haben. Die Attentäter planten, kamen und schlugen zu, als wäre nichts einfacher gewesen denn solche Aktion. Inzwischen wissen wir auch mehr: dass sie zuvor gründlich ausgebildet worden waren, von einem «mastermind» laufend Instruktionen erhielten und sogar darauf hofften, nach vollbrachter Untat wieder abzuziehen – Auftrag ausgeführt, auf Abruf für Weiteres bereit.

Damit verschiebt sich die sogenannte Qualität des Wahnsinns auf eine neue, jedenfalls noch wenig gesehene Ebene. Denn der Status des Martyriums für die «gerechte» Sache verliert hier sowohl an Bedeutung wie an Substanz. Nicht der eigene Opfertod sorgt für den krönenden Abschluss, sondern es ist die Vollstreckung an sich, aus der sich der Furor hier alimentiert. Natürlich mussten die Mörder damit rechnen, ihrerseits ausgelöscht zu werden. Aber in den Köpfen herrschte zugleich und vorantreibend ein spielfreudiger Elan; eine Form von «action painting» mit der Farbe des Blutes. Es genügt, die Fotografie zu studieren, die eine Sicherheitskamera des Chhatrapati-Shivaji-Bahnhofs aufgenommen hat. Der Pakistaner Kasab, schwer bepackt mit den Utensilien seiner Expedition, steht im Begriff, das automatische Gewehr zu heben, als gälte es, einen Spaziergang einzuschalten.

Kein Ende der Gewalt

Ähnliche Szenen einer fürchterlichen Disinvoltura oder Gleichgültigkeit trugen sich offenbar in den beiden Hotels und in dem nahen Café Leopold sowie im Gebäude einer jüdischen Gemeinschaft zu. Auch dort operierten die Terroristen mit einer Mischung aus Effizienz und kaltem Hass. Der Rundumschlag hatte gleichzeitig so viel System, dass die labyrinthische Anlage des Hotels Taj Mahal zum Schauplatz einer raffinierten Übung wurde, deren Resultat nach vielen Seiten hin bekannt ist: Unter anderem waren die Sicherheitskräfte völlig überfordert. Der Gedanke mag frivol erscheinen, doch liegt er nahe. Wir kennen solche Szenarien seit langem aus dem Arsenal von «games», die den Computer in ein sorgfältig präpariertes Schlachtfeld verwandeln.

Anders gesagt, der Krieg des Terrors geht weiter, und diejenigen, die ihn periodisch nähren, können immer wieder – und letztlich mit globalem Ausschwärmen – für Furcht und Schrecken sorgen. Jede Ruhe ist trügerisch, zumal dann, wenn sie die Dringlichkeit der Phänomene verdrängt, weil die Welt schliesslich auch mit anderem beschäftigt ist. Nun, da ein weiterer Weckruf zu vernehmen war, wendet sich das politische Bewusstsein. Schon muss man davon ausgehen, dass die Spannungen zwischen Indien und Pakistan sich wieder intensivieren; dass die ganze Region bis hin nach Afghanistan ihre Fragilität abermals steigert; dass die Wirtschaft des Sub-

kontinents schwere Rückschläge erleiden könnte; und dass das Kapital an Vertrauen im Alltag und für eine irgend verlässliche Zukunft zusätzlich von Hypotheken der Gewalt eingedampft wird.

Dies lag genau in der Absicht der Männer, die aus den Schlauchbooten kamen. Sie konzentrierten ihre kriminelle Energie auf einige Quadratmeilen, woraus es ihnen gelang, die Welt in Aufruhr zu versetzen. Die Asymmetrie der Wirkung macht das Unheimliche erst perfekt. Das wusste schon bin Ladin, der Vater und Übervater gewissenloser Adepten, als er im September 2001 New York und Washington ins Visier nahm. Eine aufgeklärte Moderne, die vornehmlich mit der Berechenbarkeit kalkuliert, tut sich schwer mit dem Einbruch der Unvernunft, und der Schaden, der dabei entsteht, findet seine Fortsetzung im mentalen Ambiente. Nichts hilft solchem Terror mehr als seine – nicht einfach vergebliche – Hoffnung, dass sich ein permanenter Ausnahmezustand ausbreite, unter welchem sich ganze Länder, Regionen und Blöcke immer argwöhnischer begegnen.

Es wäre deshalb zwar verführerisch, doch im Grunde zu einfach, wenn man die Antriebe islamistischer Gruppen nur unter den Auspizien fundamentalreligiöser Verschärfung bis hin zum «heiligen Krieg» wider die Ungläubigen, die Dekadenz des Westens und die Frustrationen von Minoritäten verstehen wollte. Es stimmt, dass Überzeugungen, wenn sie theologisch entsprechend aufgerüstet werden, für vielerlei Zwecke instrumentalisiert werden können. Europa blickt auf eine Geschichte zurück, die über Jahrhunderte auch eine Geschichte von Glaubenskriegen war, wo Feuer und Schwert keineswegs wählerisch eingesetzt wurden. Dasselbe gilt für den Islam, dessen Renaissance sich nicht nur auf den frommen Dienst in den Moscheen beschränkt, sondern auch die Lebenswelten durchdringen will und die Seite zur Militanz aus der Lehre selbst legitimieren kann.

Agenda-Setting

Doch kommt gerade vor solchem Hintergrund latenter oder offener politischer Theologie noch ein anderes ins Spiel. Was in Mumbai geschehen ist, beweist eine Strategie von Terror, die den Fanatismus wie einen Rückenwind gebraucht, während die Agenda sich auf eigentümliche Weise versachlicht hat. Das Mordkommando hatte zwar einerseits die Symbolik des Ortes im Fadenkreuz: eine Stadt, deren Atmosphäre weltlich-urbaner Gelassenheit lange nichts anzufangen wusste mit den Zwängen und Befehlen sei es muslimischen, sei es hinduistischen Bekenntums. Oder wie es der Schriftsteller Suketu Mehta am 1. Dezember in der «Herald Tribune» formuliert hat: «In the Bombay I grew up in, your religion was a personal eccentricity, like a hairstyle. In my school, you were denominated by which cricketer or Bollywood star you worshiped, not which prophet.»

Andererseits aber – gegen solche gleichsam westlich-aufgeklärte Lebensart – säten die Täter den Tod in einer Manier, dass jedes bewegliche Ziel – und schon die Mannschaft des gekaperten Schiffs, das sie zur Anreise benutzten – zum Anlass der Vernichtung werden sollte. Diese äusserste Geringschätzung menschlichen Lebens ist es, die hinter der religiös gegründeten Mobilmachung ihren Wesenskern offenbart: als reinen Nihilismus. Frauen, Männer, Kinder, Hindus, Muslime, Juden, Christen, Folterungen, Schüsse in den Rücken, die Spirale drehte sich immer schneller, und ihre Betreiber sahen keinerlei Hemmung. Sie hatten ihre Muskeln mit Amphetaminen gestählt, den Willen durch Drogen gestreckt, sich insgesamt als Söldner verkauft. – So manifestiert sich eine Dialektik des Glaubens, die uns seit den Tagen der Inquisition nicht unvertraut ist. Nachdem das gute Gewissen mit den Salbungen heiliger Botschaft versehen worden ist, wird es zum Depositum; umso unbelasteter kann das Handwerk vollzogen werden – es hat sich alle erdenklichen Freiheiten erwirkt, der Rest bleibt eine Frage der «Technik». – Diese Aspekte des Fanals von Mumbai erscheinen uns unbequem. Viel einfacher – und der Vernunft gemässer – wäre es doch, selbst solche Manifeste noch vor allem vor der Folie jener Verhältnisse zu deuten, die in ungerechter Verteilung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Chancen wurzeln.

Grenzen der Verständigung

Es scheint indessen mehr als fraglich, ob sich der moderne Terrorismus mit seiner Mixtur aus Jihad und eiskalter Berechnung von einer breit angelegten Verbesserung von Lebensbedingungen – wie nötig sie auch wäre – wirklich belehren liesse. Wer sich in den Kopf gesetzt hat, dass die Welt eine Eiszeit verdient, findet immer Argumente, solchen Klimawandel auch durchzudrücken. Dafür genügen schliesslich wenige, deren Aufklärungsresistenz über jeden eigenen Zweifel erhaben ist – wie etwa auch in Afghanistan, wo die sogenannten Gotteskrieger diverse Kopfprämien ausgeschrieben haben: 25 000 Dollar für einen Lehrer, 10 000 Dollar für eine Lehrerin. Das hat aus der Optik dieser Terroristen eine messerscharfe Logik. Der Fortschritt muss per se ausgeschaltet werden.

Nichts gegen den Dialog zwischen den Kulturen. Er ist unabdingbar, und aus wechselseitiger Achtung und Toleranz mögen für alle Parteien allmählich Gewinne folgen. Wer freilich nur das Verstehen übt und dabei Systeme von Glauben und Gefolgschaft akzeptiert, die menschlicher Würde und Freiheit zuwiderhandeln, sieht sich eines vielleicht nicht allzu fernen Tages in Realitäten zurückversetzt, die jedem hermeneu-

tischen Gespräch den Garaus gemacht haben. Mumbai ist ein Schritt hinaus auf das Terrain der Zerstörung. Diese Absicht war klar, und sie sollte keine falschen Illusionen nähren.

Bombay Spirit (Freitag vom 04.12.2008)

Von Natalie Tenberg

Priyas Stimme zitterte noch Tage danach, wenn sie mit jemandem sprach. Ihre Wohnung im Zentrum Mumbais, das die Engländer einst Bombay nannten, trennen nur einige Hausnummern vom Taj Mahal Hotel. Die Schüsse und Explosionen konnte Priya in ihrem Wohnzimmer hören. Sie, die so gern ausgeht, hatte sich in ihrer Wohnung verschanzt. Keiner, der im Zentrum lebt, verließ in diesen Tagen freiwillig das Haus. Man durfte es auch nicht. Nur der Rauch vom Feuer im Taj Mahal, wanderte durch die Stadt.

Nun hört sich Priyas Stimme wieder fester an. Gleich wird sie hinausgehen zu einer Mahnwache, die der Opfer gedenkt. Mumbai und seine Bewohner erwachen langsam aus der Angststarre, die tagelang das Leben paralyisierte.

Lähmung und Mumbai - ist das nicht ein Widerspruch?, fragt Priya. Mumbai, diese Stadt, die 20 Million Menschen Obdach gewährt. In die die Menschen aus den Dörfern strömen, weil sie Hoffnung haben. Weil sie wissen, dass die mit Fleiß und Raffinesse etwas werden können, hier am arabischen Meer, solange sie nur nicht stillstehen. Mumbai, der Stadt gewordene Überlebenswille seiner Bewohner, eine Metropole die niemals zur Ruhe kommt.

Häufig wird Mumbai als düster und dreckig verschrien, gilt bei Touristen als Ort schnellstmöglicher Durchreise auf dem Weg nach Goa, in den Norden, in den Süden. Die sichtbare Armut, oder sollte man sagen: die sichtbaren Armen, die Abgase, das Verrußte, das Verrauchte, das Verkommen, das Verdaute, das überall in den Straßen zu sehen ist, lenkt die Aufmerksamkeit der Besucher auf nur eine Seite der Stadt. Doch es gibt auch ein anderes Mumbai. Mit Art-Déco-Häusern mit Grünspanpatina, mit dunklen neo-gothischen Gebäuden im Süden der Stadt und Hochhäusern mit über 30 Stockwerken weiter nördlich an der Bucht. Mit Neonwerbetafeln, Palmen und rostigen schwarz-gelben Taxen, Clubs in denen man Shischas rauchen kann, Cafés, in denen Studenten aromatisierten Latte Macchiato trinken und auf den Chowpatty-Beach blicken, der an der anderen Straßenseite beginnt. Noch weiter im Norden stehen Edelhochhäuser neben kleinen portugiesischen Villen. Hier ein Luxus-Autohaus, dort ein Designerladen. Dazwischen ein Stand für Kokosnüsse, der auch Telefonkarten verkauft. Oder eine Ziege, die vor einem muslimischen Restaurant angebunden steht.

Die Abende senken sich allem Terror zum Trotz in ihrer ganzen Schönheit über die Stadt. Erst verschwindet das Gleißeln aus dem Sonnenlicht, der Himmel wird rot, dann lila. Es ist die Zeit, in der die Krähen, die in Mumbai überall in den Bäumen sitzen, laut krächzen. Es wird nicht wesentlich kühler, im November ist es tagsüber fast 30 Grad Celsius warm. Die Laternen werfen ihre orange-funzelnde Beleuchtung auf die nun noch dunkler scheinenden Gebäude von South Mumbai. Wenn das Licht der Autoscheinwerfer gegen den Smog fällt, sieht man abends besser als am Tag, den Feinstaub in der Luft. Man muss diesen Dreck ignorieren können, will man in Mumbai leben.

Bevor die Terroristen wie marodierende Banden durch Colaba und Fort zogen, war der frühe Abend die Zeit, in der die Stadt auflebte. Dann schalteten die Snackverkäufer die kleinen Lichter an ihren Karren an und verkauften Samosas. Dauerhupen und Getöse der Autos, die hier Stange an Stange stehen, hin und wieder ein Schuss, das laute Schlagen der davonfliegenden Vögel, das Rufen der Händler. Am Marine Drive ist das Brechen der Wellen zu hören, vor dem Taj Mahal legen die letzten Boote, die von der Ausflugsinseln Elephanta kommen, am Gateway of India an. Dies ist die Zeit, in der Menschen auf dem Heimweg im Zug einschlafen und Kinder ihre letzten Drachen steigen lassen. Nördlich des Mahim Creeks, einer dreckigen braunen Masse Fluss, knattern Rikschas. Vierköpfige Familien auf einem Motorroller sind seltener geworden, aber man sieht sie noch.

Mumbai hat immer überlebt. Den Kampf um die Unabhängigkeit Indiens, den Ausnahmezustand unter der Premierministerin Indira Gandhi. Die ständigen Bombenanschläge, die Mafia, die Armut. Die Umweltverschmutzung. Aber diesmal war es anders. Die Schüsse klangen anders als die, mit denen man Vögel verjagt. Die Explosionen nicht wie die Feuerwerke, die hier das ganze Jahr über entzündet werden. So verstört, so tief erschüttert war Mumbai noch nie. Vielleicht, weil nicht nur Orte angegriffen wurden, die Ausländer gern frequentieren, sondern die Lieblingsorte von Mumbais Eliten. Es traf hiesige Schauspieler, Geschäftsleute, Politiker, Journalisten, sogar die Gastrokritikerin der Times of India starb bei den Anschlägen. Wie wird Mumbai das überstehen?

Den Bewohnern Mumbais kommt zu Gute, dass sie Verzweiflung in Aktivität übersetzen können. „Die Stimmung der Menschen in Mumbai ist gedrückt, aber sie gehen ´raus,“ sagt Priya und gibt sich selbst als Beispiel. Es gäbe, sagt sie, neben der Trauer so viel Wut in der Bevölkerung. Und deshalb werde jetzt demonstriert. Gegen die Staatsregierung, gegen die Landesregierung. Mumbais Bewohner haben den Hang, sich ständig mitzuteilen und gegenseitig zu bestärken - eine wirksame Selbsttherapie. „Wir werden nie aufgeben“, sagt eine Freundin von Priya, der es gelingt, sorglos zu klingen. „Warte mal ab, es wird nicht lange dauern, und wir machen weiter. Unseren Geist kann man nicht unterdrücken.“

Auch auf der Internetplattform Facebook tauschen sich die Menschen über ihre Erlebnisse aus. Und einigen sich darauf, dass es eigentlich alles die Schuld der Politiker sei. Machen ihrer Wut Luft, der Empörung über die eigene Blödheit, diese Menschen an die Macht gebracht zu haben. Meistens nicht durch ihre Wahl, sondern indem sie sich nie um Dinge wie Wahlen gekümmert zu haben. Man habe bisher ja geglaubt, als gebildeter Mensch gegen die „Vote banks“ der Slums, gegen die gekauften Stimmen, keine Chance zu haben. Das sei nun vorbei. Nächstes Mal müsse man eben wählen.

Vielleicht würden dann sogar einige der Drangsalierungen zurückgenommen, die Mumbai schon vor dem Terror ertragen musste. Die jetzt harmlos wirken, aber nicht weniger hinderlich sind. Dass Clubs spätestens um ein Uhr schließen müssen, dass es einer besonderen Lizenz bedarf, um Musik abspielen zu dürfen. Dass Paare, die an der Uferstraße sitzen, nicht in die untergehende Sonne blicken dürfen, sondern sich der Straße zuwenden müssen - der Sitte und korrupter Politiker wegen, die auf Bestechungsgelder hoffen. Trotzig wirken Priya und ihre Freundinnen, wenn sie nun davon erzählen. Wenn das Leben weitergeht, soll sich etwas ändern. Es soll besser werden. Jetzt erst recht.

Ratan Tata, Vorsitzender der Tata Gruppe, zu der die Taj Mahal-Kette gehört, sichtet längst die Schäden am Hotel, das seine Vorfahren gegen die britische Apartheid bauten, und plant, zu renovieren. Das Oberoi Hotel, ebenfalls ein Anschlagziel, bat bereits seine Gäste, zurückzukehren. Im Café Leopold am Colaba Causeway sind die Spiegel an den Wänden noch beschädigt, eine Granate hat einen kleinen Krater in den Fußboden gerissen, dennoch hat es wieder geöffnet - unmittelbar nachdem das Blut der toten Angestellten und Gäste weggewischt worden war. „Wir mussten es öffnen, um jeden Preis. Wir mussten ihnen einfach zeigen, dass wir gewonnen haben und nicht sie,“ sagt Farzad Jehani, der Besitzer. Seiner Familie gehört das Leopold seit mehreren Jahrzehnten. Das sei eben der Bombay-Spirit, behauptet Priya.

Der Bombay Spirit - vermutlich ist es ein Geist, der auch aus der Not geboren wurde. Die Besitzer der Hotels, Geschäfte und Cafés müssen horrenden Mieten bezahlen und versuchen allein schon aus diesem Grund, so schnell wie möglich wieder Kunden zu bedienen. Und die Menschen gehen schon bald wieder aus - nicht nur aus Trotz oder aus Stolz aus, sondern auch, weil sie beengt wohnen. Hier im Süden, auf Mumbais schmaler Landzunge, wo die Stadt weder nach links noch nach rechts wachsen kann, leben selbst erfolgreiche DJs, Regisseure oder Manager noch in der Wohnung der Eltern, mitunter mit ihrer Familie. Oder schlimmer noch, bei ihren Schwiegereltern. Da muss man raus, wenn man Leute treffen will, seine Ruhe braucht oder sich das Trauma der Anschläge von der Seele reden möchte. Der Rückzug ins Private gelingt in Mumbai nicht.

Viele der eilig eingeflogenen Journalisten verlassen nun wieder die Stadt. Es ist immer noch warm. Bald werden wieder verkrüppelte Menschen auf der Straße betteln und schlafen, Kinder die neusten Bücher an Straßenkreuzungen verkaufen. Hin und wieder wird einer reich oder berühmt; und das wird bis in alle Ewigkeit die Hoffnung aller nähren. Sie werden weitermachen, weil sie keine andere Wahl haben oder weil sie ehrgeizig sind und das Machbare immer vor der eigenen Nase liegt.

Bald werden Kinder am Abend wieder ihre Drachen steigen lassen, auf den Dächern, die immer höher werden. Priya wird am Montag wieder zur Arbeit gehen, und am Dienstag auch. Und irgendwann wird das Taj Mahal wieder für all das stehen, was den Menschen in Mumbai Hoffnung gibt.

Ein böses Spiel mit vielen Dimensionen

(NZZ vom 03.12.2008)

Von Ranjit Hoskote

Nach den Tagen des Terrors tritt in Mumbai die Frage nach der Täterschaft in den Vordergrund

Die blutige Terrorattacke in der vergangenen Woche auf die indische Metropole Mumbai hat vielen Menschen das Leben gekostet; sie hat auch kulturelle, religiöse und politische Gräben drastisch sichtbar gemacht, die sich in Indien, aber auch zwischen Indien und Pakistan auftun.

Die Flammen, die um die Kuppel des prächtigen Hotels Taj Mahal loderten, sind gelöscht, und eine Heerschar von Reinigungskräften hat das Blut in der Eingangshalle des Victoria-Bahnhofs weggewaschen. Statt des Schnellfeuers der Kalaschnikows prasseln nun die Thesen der Strategieexperten auf die Bevölkerung nieder. Jedes verwischte Bild aus den Überwachungskameras, jeder Fetzen Papier, den man bei den Terroristen aufgefunden hat, wird millimeterweise nach möglichen Hinweisen auf die Täterschaft überprüft.

Was die Kommentatoren bisher zur Erklärung der Attacke vorgebracht haben, die meine Stadt vergangene Woche in den Kriegszustand stürzte, ist so platt und zweidimensional wie die Fernsehschirme, über welche derlei Stellungnahmen ausgestrahlt werden. Die Ereignisse jener drei Novembertage, in denen fast zweihundert Menschen niedergemetzelt und über vierhundert verletzt wurden, haben die zaghafte Annäherung, die in jüngster Zeit zwischen Indien und Pakistan stattfand, bereits zum Stocken gebracht. In Mumbai brütet eine informelle Allianz von Sicherheitsdiensten aus Indien, den USA, Grossbritannien und Israel über dem Beweismaterial, das auf die Täterschaft hochmotivierter Terrororganisationen in Pakistan hinzuweisen scheint.

Schnittpunkt von vier Szenarien

Einige Kommentatoren haben die verstaubten Fotoalben der kolonialen Ethnografie aus dem Schrank geholt und den Anschlag als eine weitere Episode in jenem vielzitierten jahrhundertealten Ringen zwischen Hindus und Muslimen bezeichnet, das beide Seiten als unberechenbare, mordlustige, von historischen Clan-Konflikten regierte Akteure erscheinen lässt. Andere versuchten – etwas vernünftiger –, die Anschläge als Produkt des schwelenden Antagonismus zu interpretieren, der Indien und Pakistan seit nunmehr 61 Jahren trennt. Und wieder andere sahen darin lediglich die letzte scheussliche Manifestation des von radikalen Islamisten ausgerufenen globalen Jihad.

Tatsächlich aber müssen wir uns den Terroranschlag auf Mumbai als eine Art vierdimensionales Spiel vorstellen, das auf dem Schnittpunkt von vier unterschiedlichen, aber miteinander verbundenen politischen Szenarien in Südasien stattfindet. Das erste und bekannteste dieser Szenarien ist der globale Jihad mit seinem Potenzial, die Wut und Frustration junger Muslime allenthalben in der Welt anzuzapfen und gegen einen als Quelle aller neokolonialen Unterdrückung wahrgenommenen Westen zu mobilisieren. Ein zweites, nicht minder bedeutendes Szenario ist aber der er-

schreckende Aufstieg des hinduistischen religiösen Extremismus, den Indien in den vergangenen zwei Dekaden erfahren hat: In dieser Zeitspanne haben hinduistische Gruppierungen mit deutlich faschistoider Tendenz dem Gesetz und der auf Toleranz bedachten, multireligiösen und multiethnischen Charta der indischen Republik den Kampf angesagt. Immer wieder haben sie Angehörige der muslimischen und christlichen Minderheiten wie auch liberale Hindus eingeschüchtert, attackiert, vertrieben, ermordet.

Ein drittes Szenario resultiert aus der tief verwurzelten Aversion, die islamistische Extremisten in Pakistan – genau wie ihr hinduistisch-nationalistischer Widerpart in Indien – gegen die ökumenische Grundhaltung der indischen Republik hegen. Das muntere Fortbestehen des multireligiösen Nachbarstaats Indien ist eine direkte Infragestellung von Pakistans Anspruch, die natürliche und einzige Heimat aller südasiatischen Muslime zu sein. Viertens schliesslich muss man sich die ganz besondere, tiefsitzende Wut vor Augen führen, welche die Vertreter solch rückständiger Ideologien – seien sie nun militant islamistisch oder hinduistisch-nationalistisch geprägt – gegenüber einer Stadt wie Mumbai empfinden müssen: einer Stadt mit kosmopolitischem Ethos, deren üppig hybride, empfängliche und erfinderische, schamlos transnationale Kultur sie in den letzten zwei Dekaden zum gleichsam natürlichen Ziel für engstirnige Fanatiker jeder Couleur werden liess.

Quellen des Zorns auf die Freiheit

Der jüngste Terroranschlag ist nun der achte, der Mumbai seit 1993 getroffen hat – und jedes Mal scheinen die Terroristen ein Stück mehr von dem Panorama ins Visier zu nehmen, das der Stadt ihre einmalige Identität gibt: ihr weitverzweigtes Eisenbahnsystem, das täglich mehrere Millionen Pendler befördert; ihre Hotelpaläste, von denen jeder einen architektonischen Dialog der Kulturen repräsentiert; die Banken und industriellen Zentren, die Mumbais umtriebigen Geist verkörpern – und nicht zuletzt der religiöse Freiraum, in dem chassidische Juden und Sufis, Jesuiten und Lamas, Brahmanen und Atheisten ihren Platz finden. So war denn auch das Morden im Chabad-Lubawitsch-Zentrum letzte Woche besonders abscheulich: Abgesehen von einem hässlichen Zwischenspiel im frühen 16. Jahrhundert, haben Indiens Juden seit 2500 Jahren als integraler Teil der Gesellschaft in Frieden gelebt.

Ich erinnere mich an Fahrten in praktisch leeren Zügen um die Jahreswende von 1992/93. Auf einer Seite leere Strassen und das stumme Meer, auf der anderen brennende Hütten und Lagerschuppen, die Muslimen gehörten. Hindu-Nationalisten hatten sie angegriffen und aus ihren Heimstätten vertrieben; die Gewalt dauerte über Wochen fort, ohne dass die Politiker einen Finger rührten. Zehn Jahre später geschah dasselbe in Gujarat – diesmal perfekt choreografiert und mit Unterstützung der nationalistischen Regierung des Gliedstaats. Muslime wurden ermordet, ihre Frauen und Töchter vergewaltigt, ihre Häuser und Gebetsstätten verwüstet, die letzten Spuren ihres Hierseins mit Asphalt zugepflastert.

Aus diesen Erfahrungen wurde eine neue und zornige Generation indischer Muslime geboren, die sich von ihrem Geburtsland verraten und in der von den Islamisten propagierten «globalen Umma» besser aufgehoben fühlten. Manche von ihnen sind den pakistanischen Extremisten direkt in die Arme gelaufen, die in dem Muslimstaat längst ihre eigenen parastaatlichen Strukturen gegründet haben, wo fanatische wahhabitische Prediger, paschtunische Stammesführer und auch Agenten des nationalen

Geheimdienstes ISI das Zepter führen. Dort kultiviert man den Hass auf den Erzfeind Indien – diese Hochburg des Heidentums, die sich zudem mit den USA verbandelt hat – in den Trainingslagern der Nordwestprovinzen und im umstrittenen Kaschmir.

Diese Muslime sind aber nicht die weissgekleideten, bärtigen, Koran lesenden Madrasa-Studenten, die man üblicherweise als Träger des Jihad ansieht. Von der Art kenne ich einige, und sie haben in der Regel kein anderes Ziel, als gute Muslime und gute indische Bürger zu sein. Die Terroristen sind vielmehr häufig junge Männer mit einem Hochschulabschluss in Ingenieurwissenschaft oder Management, die perfekt Englisch sprechen und mit den globalen Entwicklungen vertraut sind. Denn der globale Jihad ist eine modernistische Interpretation des Islams, die viele traditionelle islamische Gelehrte als Irrglauben denunzieren.

Zyklus der Gewalt

Doch diese Lesart des Islams scheint einen einfachen, geraden Weg durch die Komplexitäten der Gegenwart zu weisen, erfüllt das Leben mit messianischem Sinn und der Hoffnung auf ein glorreiches Nachleben im Paradies. Darf man für ein so klar umrissenes Ziel nicht ruhigen Herzens die Diversität hingeben? Was soll's, wenn ein paar unschuldige Menschenleben auf dem Altar der apokalyptischen Notwendigkeit geopfert werden müssen? – Die Tragödie all dieser endzeitlichen Religionen besteht darin, dass sie einen Zyklus der Gewalt entfesseln, der nicht ins Paradies, sondern direkt zur Hölle führt.

Ranjit Hoskote, Jahrgang 1969, lebt in Mumbai und arbeitet als Kunst- und Kulturkritiker. Er veröffentlichte eine Biografie des Malers Jehangir Sabavala und drei Gedichtbände. Für sein Werk erhielt er u. a. den Sanskriti Award for Literature (1996). 2006 erschien in der Edition Lyrik-Kabinett im Hanser-Verlag der Gedichtband «Die Ankunft der Vögel», und 2007 veröffentlichte er zusammen mit Ilija Trojanow bei Blessing den Band «Kampfansage». Aus dem Englischen von as.

Der ungelöste Geburtsfehler

(IDEA vom 03.12.2008)

Von Thomas Schirrmacher

Indiens und die verheerenden Folgen

Wieder einmal halten Terroranschläge in Indien die Welt in Atem. Wie ist es zu erklären, dass gerade in Indien religiös motivierte Gewalt ein solches Ausmaß erreicht? Neben der Massenarmut, der Überbevölkerung und dem allgemeinen Rassismus – etwa gegen niedere Kasten ebenso wie gegen die vielen Stammesvölker – ist das Verhältnis der Religionen untereinander ein seit der Gründung Indiens 1947 ungelöstes Problem. Mahatma Gandhis unrealistischer Traum der Hindu-Muslim-Einheit ging bereits vor und während der Unabhängigkeit Indiens unter. Einmal durch seine Ermordung durch einen Muslim, zum andern vor allem durch die Spaltung in das vorwiegend hinduistische Indien und das fast rein muslimische Pakistan.

Die dann folgende ethnische Säuberung Pakistans und andererseits die Vertreibung von Muslimen aus Restindien führten zu einem riesigen Blutbad flüchtender Muslime wie Hindus mit 750.000 bis 1.000.000 Toten.

Was Europäern kaum noch bewusst ist: 1947-1954, 1965, 1971 und 1999 kam es zu direkten Kriegen zwischen Indien und Pakistan bzw. muslimischen Terrorbewegungen in Kaschmir, der nördlichsten indischen Provinz, die an Pakistan grenzt und einen hohen Prozentsatz an Muslimen hat.

Lange Spur des Terrors

Doch so sehr der islamistische Terror zu verurteilen ist, so ungern wird darüber gesprochen, dass der politische Hinduismus mitschuld an der Situation ist. Er wird offiziell in der Partei Bharatiya Janata Party (BJP) verkörpert, die zeitweise die Bundesregierung stellte und in einigen Bundesstaaten die Parlamentsmehrheit innehat – mit verheerenden Folgen für die Anhänger anderer Religionen.

Diese fundamentalistische Strömung des Hinduismus will zwangsweise den Hinduismus erhalten. Nach ihrer Meinung gehört das Land der Inder nur den Hindus. Vollerorts gelten Muslime als Bürger zweiter Klasse.

Spannungen mit allen Religionen

Deswegen gibt es in Indien nicht nur Spannungen zwischen Hindus und Muslimen, sondern mit allen Religionen. Im Punjab versuchten die Sikhs gewaltsam einen eigenen Staat zu errichten, was 1980 und 1984 von der indischen Armee brutal beendet wurde, worauf ein Sikh-Leibwächter Indira Gandhi ermordete. Das Verhältnis zum Buddhismus ist nur friedlicher, weil viele Hindus den Buddhismus zum Hinduismus zählen. Kommt es aber zu Massenübertritten zum Buddhismus, bekommen auch Buddhisten den Hass zu spüren.

Erst wenn man dies sieht, versteht man auch den Zusammenhang mit der erschreckend zunehmenden Gewalt gegen Christen, gegen die seit 1.800 Jahren alteingesessenen Thomaschristen ebenso wie gegen die seit 450 Jahren im Land lebenden Katholiken und die Protestanten, die es seit 250 Jahren gibt. In den letzten Wochen wurden im indischen Bundesstaat Orissa über 50.000 Christen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben und 350 Kirchen zerstört. Doch in Indien werden Terrorakte von Hindus anders gewertet als solche von Muslimen. Deswegen griff die Bundesregierung wochenlang nicht ein. Auch jetzt gibt es keine gerechte Aufarbeitung des Gemetzels.

Christen sind friedlich

Glücklicherweise zählen die Christen ausnahmslos zu den friedlichen Bürgern und verhalten sich pazifistisch gegenüber Angriffen. In diesem Zusammenhang sei auch einmal die Gleichsetzung von Evangelikalen mit Fundamentalisten in deutschen Medien hinterfragt. In einem Land mit Millionen gewaltbereiten fundamentalistischen Hindus und Muslimen erweisen sich die Evangelikalen als friedlich, selbst wenn sie angegriffen werden. Aber nicht nur das: Sie sind Brückenbauer und Friedensstifter. Dennoch lässt sie die indische Zentralregierung meistens hängen, wenn sie verfolgt werden. Von indischen Politikern ebenso wie von manchen westlichen Medien werden sie als Fundamentalisten verunglimpft. Schade!

Der Autor, der Religionssoziologe und Ethiker Prof. Dr. Thomas Schirrmacher (Bonn), ist Geschäftsführer des Arbeitskreises für Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz und Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit der Weltweiten Evangelischen Allianz.

www.kath.net

Zum Äußersten bereit

(taz vom 30.11.2008)

Kommentar von Sascha Zastiral

Noch ist es völlig unklar, aus welchem Umfeld die Täter stammen, die das verabscheuenswerte Verbrechen von Bombay begangen haben. Doch Indiens Regierung ist sich auch ohne Beweise sicher: Die Täter können nur aus Pakistan stammen. Der Vorwurf mag sich letzten Endes als richtig erweisen; dennoch lenkt er vom eigentlichen Problem ab.

Denn in Indien selbst wächst eine Generation junger, gebildeter Muslime heran, die den Glauben an den indischen Staat verloren hat. Mehr noch: Manche der 140 Millionen Muslime Indiens sehen im indischen Staat einen Feind, gegen den jedes Mittel recht zu sein scheint. Zu sehr stehen sie unter dem Eindruck dessen, was fanatische Hindus in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten Muslimen angetan haben. Ende 1992 stürmten tausende Hinduextremisten eine Jahrhunderte alte Moschee im nordindischen Ayodhya und machten sie dem Erdboden gleich. Angestiftet wurden sie von fanatischen Hindugruppen und von hindunationalistischen Politikern. Anschließend kam es überall im Land zu Zusammenstößen zwischen Anhängern beider Religionsgemeinschaften.

In Bombay wüteten bewaffnete Hindufanatiker tagelang. Sie raubten, vergewaltigten und verbrannten Menschen bei lebendigem Leib. Die Polizei, in ihrer Mehrheit Hindu, schaute vielerorts tatenlos zu. Kaum einer der Mörder wurde jemals zur Rechenschaft gezogen.

2002 töteten Anhänger des fanatischen „Welthindurates“ (VHP) im Bundesstaat Gujarat geschätzte 3.000 Muslime. Auch dort griff die Polizei nicht ein. Der damalige Ministerpräsident von Gujarat, Narendra Modi von der hindunationalistischen „Indischen Volkspartei“ (BJP), soll die Taten gebilligt und seine Polizisten angewiesen haben, nicht einzuschreiten. Kurze Zeit später wurde er mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt. Jetzt wird er als Kandidat für den Posten der Premiers bei den Wahlen im kommenden Jahr gehandelt. Auch die Mörder von 2002 wurden bis heute nicht belangt.

Die Attentatsserie von Bombay ist zutiefst abscheulich. Doch Indiens Regierung sollte endlich erkennen, dass einige wenige der 140 Millionen Muslime Indiens zum Äußersten bereit sind.

Kampfplatz der Religionen

(WK vom 30.11.2008)

Von Agnes Tandler

Über Deutschland und Japan hat Joginder Singh als Pilot im Zweiten Weltkrieg gekämpft, doch sein letztes Gefecht hat der 89-Jährige verloren - ausgerechnet in seinem Heimatland Indien. Adrett gekleidet, aufrecht und gefasst, seine rote Lesebrille in der Hand, sitzt der Kriegsveteran auf dem Boden eines Flüchtlingslagers in Bhubaneswar, im Osten Indiens. Seit fast zwei Monaten gibt es hier im Bundesstaat Orissa gewaltsame Übergriffe auf Christen. Wenigstens 35 Menschen sind dabei ums Leben gekommen, über 150 000 Menschen mussten aus ihren Häusern fliehen und leben in Auffanglagern. Singh ist einer von ihnen.

Kaum ein Tag vergeht ohne Gewalt

Mit 19 Jahren wurde Singh in Lahore, im heutigen Pakistan, getauft. Später zog er nach Madras in Südindien, wo sein Vater als Chirurg arbeitete. Ab dem Beginn des 2. Weltkriegs 1939 diente er in einer Fliegerinheit der britischen Royal Air Force. Nach dem Krieg kehrte Singh nach Indien zurück und begann, als Ingenieur zu arbeiten. Über 43 Jahre hat er im Kandhamal-Bezirk in Orissa gelebt. Er kam, um einen Brunnen für eine Schule in Kalinga zu bohren und blieb. „Die Gegend hieß damals Phulbani und war sehr friedlich“, erinnert sich der freundliche Herr. Nein, sein Haus sei nicht angegriffen worden. „Doch ich fand es sinnvoll, hierher zu kommen, nachdem man mir gedroht hatte, ich solle meine Religion wechseln.“

Seit dem Tod des radikalen Hindu-Führers Saraswati Laxmananda steht der Kandhamal-Bezirk in Flammen. Die Anhänger Saraswatis werfen den Christen vor, ihren Chef ermordet zu haben, obwohl sich maoistische Rebellen zur Tat bekannt haben. Kaum ein Tag vergeht ohne Gewalt. Die arme und unterentwickelte Region ist seit einigen Jahren ein Zentrum der Rückkonvertierung. Saraswati war an vorderster Front der „Ghar wapasi“-Bewegung, was so viel wie Heimkehr bedeutet. Die Bewegung hat sich zum Ziel gemacht, Ureinwohner und Kastenlose, die christliche Missionare getauft haben, zum Hinduismus zu bekehren. 50.000 Menschen in 40 Jahren bekehrt

Die armen, abgelegenen Gegenden, wo zwischen dichten Teakwäldern kleine Dörfer weit voneinander entfernt liegen, sieht viel zu verschlafen aus für den Schauplatz eines Religionskriegs. Doch die Ruhe täuscht. „Wir haben etwa 50 000 Menschen in den letzten 40 Jahren zurückbekehrt“, behauptet Hansraj Maharaj, der ein Ashram in Jalespeta leitet. Dabei ahmen die Hindu-Radikalen vieles nach, was ihnen christliche Missionare hier über Jahrzehnte hinweg vorgemacht haben. Tausende Schulen und kleine Kliniken sind in Orissa eröffnet worden, wo die neuen Hindus umsonst unterrichtet und behandelt werden.

Die hindunationalistische BJP-Partei hat sich hier eine neue Wählerbasis geschaffen. „Die BJP schneidet in diesen Gebieten gut ab, dank der guten Arbeit, die die hindunationalistischen Organisationen hier geleistet haben“, bekennt Jual Oram, Vizepräsident der BJP, freimütig. Nur rund zwei Prozent der 1,1 Milliarde Einwohner Indiens sind Christen. Doch ihr Einfluss über ihre angesehenen Schulen, Krankenhäuser und Universitäten, ist weit höher als die Zahl dies vermuten lässt. „Konventschülerin“ ist in

der Heiratsanzeige der Tochter immer noch ein Aushängeschild. Die christliche Bildungshoheit auch über 60 Jahre nach dem Abzug der britischen Kolonialmacht, ist für einige Hindus ein Dorn im Auge. Ende der 60er Jahre begann der getötete Hindu-Führer Laxmananda sein erstes Ashram im Kandhamal-Bezirk in Orissa zu eröffnen. Er besuchte abgeschiedene Dörfer und brachte von dort Kinder armer Familien mit, um sie umsonst in Schulen im Ashram zu unterrichten.

„Als ich vor 43 Jahren in die Gegend kam, gab es keine Unterteilung der Menschen nach Kasten und Religion“, sagt Weltkriegsveteran Singh. „Ich mache einzig die Politiker für die plötzliche Veränderung verantwortlich. Meine Zukunft liegt in den Händen Gottes“, sagt er entschieden. Nicht alle Christen in Orissa sehen dort ihre Zukunft. Immer mehr von ihnen beschließen, Hindus zu werden - aus Angst. Kleine Fahnen in orange, der Farbe des Hinduismus, sind auf den Dächern ihrer Häuser zu sehen. „Das Christentum konnte uns keinen Frieden und keine Sicherheit bieten“, sagt Laxman Digal. Er ist vor zwei Wochen Hindu geworden.

Anschläge in Mumbai

(FTD vom 28.11.2008)

Von Joachim Zepelin

Terrorland Indien

Der Terror in Indien hat mit dem Anschlag von Mittwoch eine neue Dimension erreicht - nicht was die Zahl der Opfer angeht. Neu sind die Kaltblütigkeit und die Professionalität, mit der dieser Angriff auf die Finanzmetropole Mumbai ausgeführt wurde.

Die indischen Behörden sprachen am Donnerstag davon, dass die Terroranschläge „extrem gut geplant und durchdacht waren“. Mit unterschiedlichen Gruppen an acht Orten gleichzeitig zuzuschlagen und dabei Ziele wie den riesigen Hotelkomplex des Taj Mahal und den Hauptbahnhof anzugreifen bedeute Monate, wenn nicht Jahre der Vorbereitung.

Der Angriff ist sogar im September angekündigt worden, als mehrere indische Zeitungen einen Brief von Terroristen veröffentlichten, in dem unter anderem Anführer von Antiterrorereinheiten in Mumbai zum Ziel von Attentaten erklärt wurden. Das ist in Indien bisher ohne Beispiel.

Dabei kennt das Land den Terror seit Jahrzehnten. Immer wieder haben islamistische Gruppen Bomben gezündet. Immer wieder haben aber auch Hindus muslimische Landsleute wegen deren Glauben getötet - etwa bei einem Massaker in Gujarat nahe Mumbai, wo 2002 zwischen 1000 und 2000 Menschen ums Leben kamen, die meisten davon Muslime. Immer häufiger werden auch Christen in Indien verfolgt und ihre Kirchen zerstört.

Das oft im Westen vermittelte Bild der größten Demokratie der Welt mit einer schnell wachsenden modernen Dienstleistungswirtschaft hat die gewalttätig ausgetragenen Konflikte zwischen Hindunationalisten, islamischen Radikalen und Christen überdeckt. Dabei hat die Gewalt gerade in den letzten Jahren deutlich zugenommen. In diesem Jahr etwa gab es fast jeden Monat einen Anschlag mit einer mindestens zweistelligen Zahl Toter.

„Wir sehen in den Terroranschlägen von Mumbai einen Krieg“, sagte Sriprakash Jaiswal, indischer Vizeinnenminister. Einer der Angreifer forderte in einem Telefoninterview mit einem Fernsehsender, alle in Indien inhaftierten islamistischen Kämpfer müssten freigelassen werden. Eine Gruppe, die sich „Deccan Mudschaheddin“ nennt, hat in E-Mails an Nachrichtenagenturen die Verantwortung für die Kommandooperation übernommen. Der Name war bisher unbekannt. Der Dekkan ist eine Hochebene im Süden Indiens, nördlich von Bangalore.

Sajjan Gohel, Terrorspezialist bei der Asia Pacific Foundation in London, hält den Namen „Deccan Mudschaheddin“ allerdings für einen Kommandonamen. Eine Gruppe mit dem Namen „Indian Mudschaheddin“ hat in diesem Jahr die Verantwortung für mehrere Bombenanschläge in verschiedenen Städten Indiens übernommen, die insgesamt 200 Todesopfer forderten.

Die islamistischen Terroristen mögen Kontakte zum Terrornetzwerk al-Kaida geknüpft haben, doch sie gelten bislang nicht als Teil der Organisation von Osama Bin

Laden. Die radikalen indischen Muslime kämpfen vor allem dafür, dass Kaschmir dem mehrheitlich islamischen Pakistan zugeschlagen wird. Außerdem fühlen sie sich von der Hindumehrheit in Indien diskriminiert und vom wirtschaftlichen Aufschwung des Landes abgeschnitten.

Die indische Regierung und ihre Sicherheitsorgane haben in der Vergangenheit regelmäßig Pakistan beschuldigt, an den Terrorakten zumindest indirekt beteiligt gewesen zu sein. Im Zentrum stand dabei die Terrorgruppe Lashkar-e-Taiba, die vom pakistanischen Geheimdienst im indisch-pakistanischen Krieg für Anschläge ausgerüstet worden ist und sich dann mehr oder weniger verselbstständigte. Auch am Donnerstag äußerte Premier Manmohan Singh sofort den Verdacht, dass die Attentäter aus dem Ausland gekommen seien.

Die Beziehungen zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan haben sich jedoch gerade in diesen Wochen deutlich entspannt. Der neue Präsident in Islamabad, Asif Ali Zardari, erklärte den Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag, und seine Regierung gab die Auflösung der politischen Abteilung des berüchtigten Geheimdienstes ISI bekannt. Der pakistanische Außenminister Shah Mehmood Qureshi hielt sich am Tag des Anschlags in Neu-Delhi auf, um Verhandlungen zur Lösung des Kaschmir-Konflikts voranzubringen. Auch dieser Besuch könnte Anlass für den Terrorakt gewesen sein, denn die Islamisten wollen einen Ausgleich zwischen den beiden Staaten verhindern.

Einige Experten verlängern diesmal die Spuren jedoch von Mumbai bis in die pakistanisch-afghanische Grenzregion, dem Rückzugsgebiet von al-Kaida. Dafür spricht die logistische Leistung bei der Ausführung der Anschläge. Sujoyini Mandal, Terror-Expertin der Universität Nanyang, sieht gerade in der zunehmenden Professionalisierung des Terrors einen Hinweis auf Verbindung zum islamistischen Terrornetzwerk. „Ein neues Muster weist auf einheimische islamistische Radikale hin, von denen viele gut ausgebildete Angehörige der Mittelklasse sind, die sich zunehmend mit den Zielen des globalen Dschihad identifizieren.“

Schon nach dem Bombenanschlag von 2003 in Mumbai, bei dem 40 Menschen starben, wurden fünf Ingenieure, drei Ärzte und drei Studenten als Verdächtige festgenommen. Nach dem Anschlag auf einen Vorortzug in Mumbai 2006 wurden ein Computerprogrammierer und ein Arzt verhaftet.

Problematisch bei den zahlreichen Anschlägen in diesem Jahr sei, so der Terror-Expertin Gohel, dass kein einziger Verdächtiger verhaftet werden konnte. Darum ließen sich die Spuren kaum weiterverfolgen. Da in Mumbai jedoch mindestens fünf Tatverdächtige festgenommen worden sind, ließen sich nun möglicherweise die Hintergründe des Terrorakts aufklären. Gohel vermutet eine Verbindung: „Die Spuren deuten zu einer islamistischen Terrorgruppe, die zum Netzwerk von al-Kaida gehört.“

Saat der Gewalt - die Hintergründe des Massakers

(WAZ vom 28.11.2008)

Von Willi Germund

Schon die Staatsgründung war von brutalen Auseinandersetzungen begleitet. Seither ist das Verhältnis zwischen indischen Hindus und Moslems höchst problematisch geblieben. Von Chancengleichheit der Volksgruppen kann keine Rede sein.

Die schüchterne Frau in dem dunkelblauen Sari und dem gleichfarbenen, dünnen Kopfschal wagt sich kaum in das kleine Büro der Rechtsanwältin Nitya Ramakrishnan. Mit großen Augen hängt sie an jedem Wort der Advokatin im Zentrum der indischen Hauptstadt. Die Zeit drängt. Der 13-jährige Sohn der Frau ist am Tag zuvor festgenommen worden. Polizisten aus dem fernen Bundesstaat Gujarat haben den Teenager in der Hauptstadt verhaftet und ihn offenbar mit einem gleichnamigen Moslems verwechselt, den sie per Haftbefehl suchten - aber mangels Zuständigkeit eigentlich gar nicht in der Hauptstadt verhaften durften. Nun wollen sie den Jungen mit nach Gujarat nehmen. Rechtsanwältin Ramakrishnan versucht, die eigenmächtigen Beamten per Gerichtsverfügung zu stoppen.

„Die Polizei in Gujarat nimmt sich mittlerweile alle Freiheiten“, sagt Ravi Nair vom „South Asian Human Rights documentation Center“, der die Szene zufällig miterlebt. Der Chef der dortigen Regionalregierung ist ein gewisser Narendra Modi von der hindunationalistischen „Bharatiya Janata Party“ (BJP). Er gab seinen Polizisten im Frühjahr des Jahres 2002 den Befehl, nicht einzugreifen, als fanatische Hindus über die Moslems der Region herfielen. 3000 Menschen wurden von dem Mob verbrannt, in Stücke gehackt, erwürgt und erstochen, nachdem bei einer Attacke von Unbekannten auf einen Zug 30 Hindus ums Leben gekommen waren.

Wiege der radikalislamischen Denkschule

Indien wurde im Blut von Millionen geboren, als sich nach der Gründung Pakistan abspaltete. Bei der „Partition“ massakrierten Moslems ihre hinduistischen Nachbarn und Hindus metzelten Moslems nieder. Dennoch gibt es heute rund 160 Millionen Moslems am Ganges, mehr, so jedenfalls wird in Indien behauptet, als in der islamischen Nation Pakistan. Die radikalislamische Denkschule der Deobandis, der heutzutage viele Taliban-Mullahs in Afghanistan angehören, hat ihre Wiege nördlich von Delhi. Die islamische Jamia Millia Universität in der indischen Hauptstadt wurde einst von Indern gegründet, die sich Anfang des vergangenen Jahrhunderts nach Deutschland verirrt.

„Es ist nicht ratsam, in das Stadtviertel Nizamuddin zu ziehen“, rieten Diplomaten schon Mitte der 90er Jahre Ausländern, die sich in Delhi niederlassen wollten, „wenn es zwischen Hindus und Moslems knallt, gibt es dort als ersten Probleme.“ In dem Teil des Stadtviertels, der rund um den Bahnhof von Nizamuddin liegt, wohnen überwiegend Hindus in netten, dreistöckigen Gebäuden rund um kleine Parks und mit direktem Zugang zum malerischen „Humayuns Grab“. Auf der gegenüberliegenden Seite einer breiten Asphaltstraße leben die Moslems. Die Gassen sind so eng, dass kaum ein Auto hindurch passt. An den Fassaden der windschiefen Häusern hängen zahllose Kabel, die im Laufe von Generationen irgendwie dort befestigt wur-

den. Es gibt keine Kanalisation und nicht einmal die Müllabfuhr scheint ordentlich organisiert zu sein.

Kebab-Küche statt Computer-Job

„Wir sind in Indien noch nie gleichwertig behandelt worden“, sagt der 57-jährige Nazir Iqbal, der an einer Ecke seit 28 Jahren in einer rauchgefüllten Kaschemme Kebabs grillt und verkauft, „aber wir haben uns nie gewehrt. Wir sind nur eine kleine Minderheit unter vielen Hindus.“ Von der dieser demütigen Leidensbereitschaft will die junge Generation der Muslims nichts mehr wissen. Voller Neid blicken sie auf den Boom in der Computerwirtschaft Indiens und erfahren gleichzeitig täglich, dass dort wenig Platz für sie ist. „Ich spreche fließend Englisch“, sagt der 27-jährige Ahmed, ein Neffe des Kebab-Kochs, „ich habe einen Studienabschluss in Ingenieurwissenschaften und trage keinen Bart. Aber nicht einmal in einem Call-Center wollten sie mich nehmen, geschweige denn in einem Betrieb der Informationstechnologie.“

Jetzt kocht er Kebabs und hat Verständnis für die jungen moslemischen Inder, die das nicht länger hinnehmen wollen. Er verweist auf Kaschmir, wo während der vergangenen 20 Jahre Zehntausende seiner Glaubensbrüder beim Konflikt mit indischen Behörden getötet wurden. Er erinnert an die Ereignisse von Batla-Haus. Dort nahmen indische Polizisten vor ein paar Monaten nach einer stundenlangen Schießerei angebliche islamische Terroristen fest, die zuvor Anschläge verübt haben sollen. Zwei Polizisten kamen ums Leben. „Die Polizei hat auch jetzt, Monate später, keine Untersuchung der Schießerei begonnen, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist“, sagt die Rechtsanwältin Ramakrishnan.

Convert or leave Ladapadar, Christian families told

(Orissaconcerns vom 21.11.2008)

As many as 22 Christian families changed religion on October 2 Seventy-year-old Kapil Digal's life changed on Gandhi Jayanti Day. He converted to Hinduism.

Mr. Digal, his wife, and one of their three sons changed their religion to save their lives, land and house. They were not the only ones. People belonging to as many as 22 Christian families of Ladapadar village under Phiringia Block of riot-hit Kandhamal district of Orissa converted to Hinduism on October 2.

The conversion ceremony was conducted in the forest adjacent to Ladapadar that had only one Hindu family for a long time. The ceremony was allegedly organised by some local representatives of the Vishwa Hindu Parishad and the Rashtriya Swayamsevak Sangh.

While many men like Mr. Digal and his son, Subas Digal, shaved their heads, others wore the Swastik symbol on their neck to identify themselves as Hindus.

While members of 22 families converted to Hinduism, those of eight others fled Ladapadar village, unwilling to change their faith.

The ultimatum was served on the Christian families of Ladapadar since they were hiding in the nearby forest when communal violence broke out in Kandhamal after the killing of VHP leader Lakshmanananda Saraswati on August 23. Convert if you want to live in the village, they were told.

„I changed my religion out of fear, although nobody forced me to do so. People from the nearby villages told us that we will be killed otherwise,” Kapil Digal told The Hindu on Sunday.

Moses Digal (35) of Ladapadar was among those who changed his religion. His wife Sabitri Digal, however, has not formally converted as she has been staying in her parents' house at Masapadar village under the nearby Minia gram panchayat since violence erupted in the area on August 24. She returned to the village two days ago. „Many people, including my mother and two brothers, have become Hindus in Masapadar,” Sabitri said. The couple's three children are now living with Moses' sister's family in Bhubaneswar.

At the heavily-guarded relief camp at Tikabali, about 40 km from Ladapadar, over 900 people are living in fear. Almost everyone in the camp has lost hope of ever returning to their villages without agreeing to become Hindus. „I went to my village with my wife and my sister-in-law a few days ago, but we were told to change our religion or return to the relief camp,” said Basant Digal, a resident of Breka village under Tikabali Block.

Many at the Tikabali camp had started leaving to settle down in far off places outside Kandhamal.

„The government is making a false claim that people have started returning to their village. Only a few who were resigned to becoming Hindus were going back home,” said Basant Digal.

There has not been any major incidence of violence in Kandhamal in the past few days. But more than 13,000 Christians are now living in relief camps in the district with little hope of returning home.

Posted on 21 October 2008

<http://www.orissaconcerns.net>

Noch nie gab es so viele Sklaven wie heute

(Welt Online vom 21.11.2008)

Von *Elisalex Clary*

In Haiti kostet ein Mädchen 50 Dollar, in Indien leben Schuldknechte in dritter Generation. Der amerikanische Journalist E. Benjamin Skinner recherchierte fünf Jahre lang im weltweiten Sklavenmarkt. WELT ONLINE sprach mit ihm über menschenverachtende Sklavenhändler und generationenübergreifende Grausamkeiten.

WELT ONLINE: Der portugiesische Fußballspieler Cristiano Ronaldo hat diesen Sommer gesagt: „Ich bin ein moderner Sklave.“ Sehen Sie das auch so?

E. Benjamin Skinner: Wie viel verdient der Mann bei Manchester United? So 25.000 Dollar die Woche, nicht?

WELT ONLINE: Angeblich ist es fast das Achtfache.

Skinner: Ich bin dafür, dass jeder das Recht hat, auch dumme Sachen zu sagen. Aber der lockere Umgang mit dem Begriff verharmlost das Leid von Millionen Menschen. Ich spreche nicht nur von unterbezahlten, ausgebeuteten Arbeitskräften. Ich spreche von Sklaven.

WELT ONLINE: Und Sie meinen??

Skinner: Menschen, die durch Täuschung und Androhung von Gewalt zur Arbeit gezwungen werden und nur das erhalten, was sie zum Überleben benötigen.

WELT ONLINE: Wie viele Menschen werden nicht bloß metaphorisch versklavt?

Skinner: Glaubwürdige Schätzungen beginnen bei zwölf Millionen, diese Zahl stammt aus einem Zwangsarbeitsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Andere renommierte Experten gehen von bis zu 27 Millionen aus. Aber eines steht fest: Es hat noch nie so viele Sklaven in der Geschichte gegeben.

WELT ONLINE: Das sind die absoluten Zahlen?

Skinner: Ja, man muss auch sagen: Der Anteil der Sklaven an der Weltbevölkerung ist geringer denn je. Aber generell sollte man vorsichtig mit den Zahlen sein. Die Regierung in Delhi etwa schätzt die Zahl der Sklaven in Indien offiziell auf 200.000, dabei spricht allein der Bundesstaat Tamil Nadu von zwei Millionen. Die glaubwürdigsten Statistiken für Indien beginnen bei zehn Millionen.

WELT ONLINE: Zu welcher Arbeit werden diese Menschen gezwungen?

Skinner: Ganz unterschiedlich. Oft ist es Hausarbeit oder Sex wie bei den Kinderklaven in Haiti oder den versklavten Minderheiten im Sudan. Ganz besonders groß ist das Problem in Indien. Dort geht es um Menschen in erblicher Schuldknechtschaft – wie Gonoo, den ich in einem Steinbruch traf. Er und seine Familie zerschlagen dort 14 Stunden am Tag Steine zu Kies und Sand. Sein Großvater hat einen Kredit von 62 US-Cent aufgenommen, um die Mitgift seiner Mutter zu bezahlen. Drei Generationen und drei Besitzer später lebt die Familie immer noch in Sklaverei. Die Schuldknechtschaft ist seit 1976 zwar illegal in Indien, aber ich war schockiert, wie präsent sie noch ist. In Uttar Pradesh oder Bihar gibt es ganze Dörfer, die nur aus Sklaven bestehen.

WELT ONLINE: Seit Ende des Ersten Weltkriegs wurden zahlreiche Verträge und Resolutionen zur Abschaffung der Sklaverei unterzeichnet, darunter 1948 die Erklärung der Menschenrechte. Vor 27 Jahren hat Mauretanien als letzter Staat der Welt die Sklaverei verboten. Waren all die Dokumente bloß Papierverschwendung?

Skinner: Nein. Gesetze sind wichtig. Sie beschreiben die Pflicht der Regierungen. Aber wir können uns nicht darauf verlassen. Zuverlässige Demokratien wie die USA oder Deutschland müssen Druck machen, dass sie auch umgesetzt werden. Unternehmen müssen dafür sorgen, dass es keine Produkte aus Sklavenarbeit in ihrer Lieferkette gibt. Und alle sollten Vertreter der Zivilgesellschaft unterstützen, deren Hilfsprogramme für Sklaven sich bereits bewährt haben.

WELT ONLINE: Zum Beispiel?

"Noch nie gab es so viele Sklaven wie heute" Skinner: Organisationen wie „Free The Slaves“. Mit Partnern vor Ort versucht diese NGO, Sklaven nicht nur zu befreien, sondern auch zu rehabilitieren. Sie klären die Befreiten über ihre Rechte auf und verschaffen ihnen Zugang zu einer Umschulung oder seriösen Krediten, damit sie sich eine neue Existenz aufbauen können. In Indien sichern sie sich oft die Rechte an den Pachtverträgen (lease) von Schuldknechten. Ein Mensch wie Gonoo bekommt damit die Wahl, ob er den Steinbruch verlässt oder dort weiter arbeitet – mit dem Unterschied, dass er die Früchte seiner Arbeit behalten kann.

WELT ONLINE: Wer war der erste Sklave, den Sie getroffen haben?

Skinner: Er hieß Moctar, ein ehemaliger Sklave aus Mauretanien. Vor 15 Jahren ist er geflohen, erst in den Senegal, dann weiter nach Libyen, wo er Medizin studierte. Ich traf ihn in New York, er leitet mittlerweile eine Anti-Sklaverei-Organisation. Eine beeindruckende Persönlichkeit: Seine Menschlichkeit war ihm entrissen worden, und trotzdem gelang ihm die Flucht, er schaffte es sogar, ein neues Leben aufzubauen und für die Freiheit anderer zu kämpfen. Seine ruhige Entschlossenheit zu kämpfen erinnerte mich an Frederick Douglass?

WELT ONLINE: ?den berühmten US-Sklaven und Abolitionisten.

Skinner: Ja. Moctar machte mir klar, wie hart die Sklaverei einen Menschen trifft und was für eine Herausforderung es bedeutet, sich davon zu erholen. Gandhi sagte einmal: „In dem Moment, in dem ein Sklave beschließt, kein Sklave mehr zu sein, springen seine Ketten.“ Ich glaube: Für Millionen Sklaven ist es nicht ganz so leicht.

WELT ONLINE: Was ist so schwer am Freiwerden?

Skinner: Nehmen Sie Gonoo aus dem indischen Steinbruch. Kurz bevor ich ihm begegnete, hatte sich sein Herr aus dem Staub gemacht, er wurde wegen Mordes gesucht. Ich fragte Gonoo: Warum fliehst du nicht? Und er antwortete: Wohin soll ich gehen? Was soll ich essen? Ich war mein ganzes Leben lang ein Sklave, und so wird es auch bei meinen Kindern sein. Amerikanische Überlebende der Sklaverei haben Anfang des 20. Jahrhunderts Ähnliches erzählt: Als ihnen die Yankees sagten „Ihr seid alle frei!“ hatten sie keine Ahnung, was das bedeutet. Sie gehörten zur zweiten oder dritten Plantagengeneration. Ihre Identität war ausradiert worden. Sie hatten keine Vorstellung, wie sie alleine leben sollten. Sie hatten keine Ausbildung, keinen Zugang zu Krediten, kein Bewusstsein für ihre Rechte und für diese nur wenig Schutz.

WELT ONLINE: Wie unterscheiden sich moderne Sklaven von denen der Vergangenheit?

Skinner: Seit Sklaverei überall offiziell verboten ist, ist das Element der Täuschung dazugekommen: Menschenhändler versprechen eine bessere Zukunft in der Stadt oder im westlichen Ausland, Wucherer verlangen astronomische Zinsen für winzige Kredite.

WELT ONLINE: Wie viel kostet ein Sklave?

Skinner: In dieser Hinsicht hat sich viel verändert. Im Jahr 1850 konnte man einen gesunden Mann für umgerechnet 30.000 bis 40.000 Dollar kaufen. Und auch wenn ich das Verbrechen der Sklaverei im 19. Jahrhundert nicht verharmlosen will, würde ich daraus schließen: Damals betrachteten die Halter ihre Sklaven als wertvolle Investition. Heute werden sie wie Wegwerfware behandelt. Im Jahr 2005 hätte ich in Haiti, drei Flugstunden von New York entfernt, ein kleines Mädchen für etwa 50 Dollar kaufen können. Sie wurde mir explizit für häusliche und sexuelle Dienste angeboten.

WELT ONLINE: Und was haben Sie gemacht?

Skinner: Ich habe sie nicht gekauft. Ich hatte den festen Vorsatz, nie für menschliches Leben zu zahlen. Im Südsudan war ich dabei, wie eine Gruppe von evangelikalen Christen, Christian Solidarity International (CSI), im großen Stil angebliche Sklaven freikaufte. Und spätestens seitdem halte ich das für eine sehr fragwürdige Methode.

WELT ONLINE: Warum?

Skinner: Ich bin überzeugt, dass Sklavenfreikäufe den Handel zusätzlich ankurbeln. Im Sudan waren die Umstände besonders problematisch: Die Freikäufe wurden über eine der Kriegsparteien im Sudan abgewickelt, der südsudanesischen Miliz SPLM. Im Laufe von acht Jahren hat CSI angeblich 87.000 Sklaven freigekauft und dafür drei Millionen Dollar Spendengelder gezahlt. Das war 2003 die größte Einnahmequelle für die SPLM, und währenddessen liefen im Land Friedensverhandlungen! Das Geld hätte genutzt werden können, um den Wohlstand der betroffenen Minderheiten für ein Jahrzehnt zu sichern und sie damit gegen die Sklaverei zu immunisieren. Stattdessen wurde damit der Bürgerkrieg finanziert. Das Absurdeste an der Geschichte: Die Befreier aus der Schweiz hatten kaum einen Überblick über die tatsächlichen Sklavenzahlen im Land, ihre Angaben bekamen sie von der SPLM selbst.

WELT ONLINE: Waren Sie nie versucht, jemanden aus der Sklaverei zu kaufen?

Skinner: Doch, natürlich. Ich muss oft an eine junge Frau in einem Bukarester Bordell denken. Jemand hatte versucht, die Zeichen des Downsyndroms in ihrem Gesicht zu überschminken, aber sie weinte so sehr, dass ihr die Wimperntusche in Bächen die Wangen hinunterlief. Am Arm hatte sie Schnittwunden, einige waren gerade erst vernarbt. Sie muss mehrmals versucht haben, sich umzubringen, um den täglichen Vergewaltigungen zu entgehen. Sechs bis zehn Euro kassiert ihr Zuhälter jeweils dafür. Ich hätte sie kaufen können, im Austausch gegen einen Gebrauchtwagen, keine drei Flugstunden von hier entfernt.

WELT ONLINE: Was haben Sie getan?

Skinner: Ich bin zur Polizei gegangen und habe den Fall angezeigt. Aber der Beamte sagte nur: „Das sind die Roma, die haben anderes Blut und andere Gesetze. Wir ha-

ben keinen Roma in unseren Menschenhandel-Taskforces, der diese Gruppe infiltrieren könnte.“ Ich habe es auch über unser Außenministerium versucht, aber es ist nicht genug passiert. Die EU müsste auf Rumänien wieder so viel Druck ausüben wie vor der Aufnahme.

WELT ONLINE: Hatte die EU-Mitgliedschaft überhaupt eine Auswirkung auf das Schicksal dieser Frau?

Skinner: Schwer zu sagen. Ich habe vor ein paar Monaten bei der Polizei nachgefragt, aber nichts gehört. Ihr Schicksal verfolgt mich.

WELT ONLINE: In Haiti haben Sie einmal die beobachtende Rolle des Reporters verlassen.

Skinner: Es war ein besonderer Fall. Anstatt dieses Mädchen für 50 Dollar zu kaufen, beschloss ich, mir anzusehen, wo diese Kinder herkommen und wie sie in die Hände von Menschenhändlern geraten. Ich fuhr in ein sehr abgelegenes Bergdorf namens Brésilienne. Fast alle Familien hatten mindestens eines ihrer Kinder einem Fremden überlassen.

WELT ONLINE: Warum tun Eltern das?

Skinner: Es ist eine teuflische Entscheidung, vor der diese Menschen stehen. Wir im Westen können leicht sagen: Gib mir Freiheit oder gib mir den Tod. Ein hübsches Prinzip, aber es funktioniert nicht mehr ganz, wenn es um dein Kind geht. Um die Frage: Soll ich dabei zusehen, wie es an Hunger oder einer Krankheit stirbt? Oder den Menschenhändlern glauben, die versprechen, für regelmäßige Mahlzeiten und Schulbildung zu sorgen?

WELT ONLINE: Wie haben Sie sich da eingemischt?

Skinner: Eine Mutter sagte mir: Meine Tochter wird seit drei Jahren als Hausklavin in Port-au-Prince gehalten. Ich muss sie da rausholen. Ich begleitete sie in die Stadt, zu der Frau, die ihr Kind mitgenommen hatte und für sich schuffen ließ. Als das Mädchen, Camsease, in Sicherheit war, versprach ich ihrer Mutter, für ihre Schulbildung aufzukommen. Es kostet 84 Dollar im Jahr. Das Entscheidende an diesem Fall ist: Es ist gar nicht so teuer, Menschen aus der Sklaverei zu befreien. Und es lohnt sich auch wirtschaftlich.

Skinner: Im weltweiten Durchschnitt kostet es etwa 400 Dollar, um Sklaven auf legalem Weg zu befreien und sie hinterher zwei bis vier Jahre zu begleiten. Wenn wir von 27 Millionen Sklaven ausgehen, wären das zehn bis elf Milliarden Dollar, das ist in etwa das, was Amerikaner pro Monat im Irak ausgeben. Und das Geld wäre gut angelegt: Experten schätzen, dass diese befreiten Sklaven, selbst wenn sie nach ihrer Erholung auf einem moderaten Armutsniveau von Tagesverdiensten in Höhe von zwei Dollar bleiben, als Konsumenten 22 bis 23 Milliarden Dollar zur globalen Wirtschaft beitragen würden.

WELT ONLINE: Sie haben auch mit Menschenhändlern und Sklavenhaltern gesprochen. Haben die versucht, sich zu verteidigen?

Skinner: Viele sagen ganz offen, dass es um viel Geld geht, aber manche versuchen es. Der Menschenhändler in Haiti erzählte mir etwa: „Ich hole diese Kinder aus verzweifelter Armut und verschaffe ihnen einen Platz in einer besser gestellten Familie.“ Aber im selben Atemzug fragte er mich, ob ich das Kind, das er mir für 50 Dollar verkaufen wollte, auch als Partnerin haben wollte. Und er meinte eine sexuelle Partner-

schaft. Die humanitären Deckmäntelchen der Menschenhändler verrutschen schnell, wenn es ums Geschäft geht.

WELT ONLINE: Menschenhändler setzen weltweit 32 Milliarden Dollar pro Jahr um. Hatten Sie nie Angst, dass die unangenehm werden, wenn Sie die Händler derart anprangern?

Skinner: Doch. In der Türkei zum Beispiel. Ich hatte den Angestellten eines Flughafenreisebüros gefragt, wo ich eine Frau kaufen könne. Für 100 Dollar hatte er mich zu einem Mann geführt, der gerade wegen Menschenhandels im Gefängnis gesessen hatte. Als ich ihm gegenüberstand, war mir sofort klar: Er traut mir nicht. Der Gedanke, dass er jeden Moment eine Waffe ziehen und auf mich richten könnte, hat mir einen Schauer über den Rücken gejagt. Aber es ist nichts passiert. Am Ende der Verhandlung zeigte er mir die Marihuanaplantage auf seinem Dach. Ich sagte: Ah, das war mein erster Job. Und meine erfundene kleinkriminelle Vergangenheit hat ihn beruhigt.

WELT ONLINE: Ihr Buch über die Sklaverei klingt an vielen Stellen wie eine Kampfschrift. Haben Sie den Abolitionisten bewusst nachgeeeifert?

Skinner: Ich sehe mich absolut in dieser Tradition. Meine Familie ist mit der „Mayflower“ nach Amerika gekommen. Es waren Quäker. Die glauben, dass in jedem Menschen ein Funke Gottes lebt. Sie kamen früh zu dem Schluss, dass Sklaverei eine Abscheulichkeit ist. Ich lernte in der Sonntagsschule der Quäker mehr über Frederick Douglass und Harriet Tubman als über Jesus und Moses. Aber erst, wenn man in diesem Bukarester Bordell steht und diese geistig behinderte Frau sieht, merkt man, wie wichtig es ist, dass man vom Kampf gegen die Sklaverei erzählt, damit diese Menschen nicht in Stille weiterleiden müssen.

WELT ONLINE: Die Geschichte Ihrer Heimat ist besonders eng mit der Sklaverei verbunden. Hat sich Amerika mit der Wahl von Barack Obama jetzt von seiner Erbsünde befreit?

Skinner: Ganz sicher nicht. Das war die Wahl eines Mannes, und sie steht für eine riesige Veränderung dessen, was Amerika für möglich hielt, aber unsere Probleme sind deshalb nicht kleiner geworden: die Spätfolgen der Sklaverei genauso wenig wie die Last, die sie in ihrer modernen Form darstellt. Wir haben in den Vereinigten Staaten mit die aggressivsten Gesetze gegen Sklaverei. Und trotzdem sind in der Stunde, die wir jetzt miteinander gesprochen haben, zwei neue Menschen versklavt worden.

WELT ONLINE: Was sollte Obama tun?

Skinner: Darüber könnte ich Stunden sprechen, aber die Kurzfassung lautet: Der Kampf gegen die Sklaverei muss Teil eines Kampfes werden, den Obama bereits versprochen hat, als er sagte: „Ich will unsere gemeinsame Sicherheit stärken, indem ich in unsere gemeinsame Menschlichkeit investiere.“ Er muss sein Versprechen nur noch halten.

E. Benjamin Skinner, Menschenhandel. Sklaverei im 21. Jahrhundert (19,95 Euro), Lübbe

Unruhen und Angriffe auf christliche Gemeinden in Orissa (NMZ 04.11.2008)

Von Eberhard von der Heyde

Die Nachrichten in den letzten Monaten von gewalttätigen Ausschreitungen im Distrikt Kondhamal und von Übergriffen gegen Menschen und Sachen in der Jeypore-Kirche hatten ja auch uns in der NEK zutiefst beunruhigt. So haben die jüngsten Erfahrungen von Hass und Übergriffen gegen Christinnen und Christen – vor allem und weiterhin im Distrikt Kondhamal – in allen Gesprächen während meines Besuches in der Jeypore-Kirche eine wichtige Rolle gespielt.

Die Kirchenleitung der JELC bedankt sich für alle gezeigte Solidarität und Anteilnahme. Ihr tief empfundener Dank gilt der Kirchenleitung und der Synode der NEK, der Generalversammlung des NMZ und allen Gemeinden und Einzelpersonen, die für die betroffenen Menschen und für den Frieden in Orissa gebetet haben.

Die Berichte aus den Gemeinden der Jeypore-Kirche zeigen dann jedoch ein sehr differenziertes Bild. Die lokalen Bedingungen und jeweiligen Ereignisse sind so unterschiedlich, dass ich einige hier exemplarisch aufführen möchte: In Jeypore hat eine kleine provozierende Aktion von Studierenden im College (eine Wandschmierelei) mit entsprechender Gegenreaktion binnen weniger Stunden zu gewalttätigen Ausschreitungen in der ganzen Stadt und zu einem Marsch von Tausenden gegen den Mission Compound geführt. Die Gemeinde hat sich diesem Ansturm entgegengestellt. Das rechtzeitige und entschiedene Eingreifen der Polizei hat nach Aussage von Augenzeugen den Tod vieler Menschen verhindert. Die verhängte Ausgangssperre hinderte den Bischof, der zu einer Beerdigung nach Nowrangpur gefahren war, drei Tage lang an der Rückkehr nach Jeypore. Von den in dieser Zeit stattfindenden Vermittlungsgesprächen, die die Polizei anberaumte, berichtet der Schatzmeister der Kirche, Herr Amar Thomas. Er betont, dass er zu Beginn des Gespräches im Namen der christlichen Gemeinde in Jeypore und der Kirche um Entschuldigung gebeten habe, für etwaige Beleidigungen und Angriffe durch Mitglieder seiner Gemeinde. Dies sei ein wichtiger Schritt zur Beruhigung der Lage in der Stadt gewesen. In Kotpad ist es zu keinem Zeitpunkt zu Übergriffen gekommen. Der Grund, der mir hierfür genannt wurde, war, dass die Bevölkerung des Ortes ein Eindringen der fundamentalistischen Randalierer geschlossen verhindert habe. Der Bürgermeister und Vertreter der Stadt hätten, als sich die Trupps auf Motorrädern und in Jeeps dem Ort näherten, sich ihnen entgegengestellt und sie zum sofortigen Verlassen des Stadtgebietes aufgefordert. Diese hätten sich einer solch massiven Abwehr auch nicht widersetzt, sondern seien dann wohl in verschiedene kleine Dörfer eingerückt. Die Kommunalgemeinde hier hält zusammen, was auch damit begründet wird, dass der Pastor der Gemeinde in Kotpad jedes Jahr an Weihnachten Vertreter der Stadt zu sich zum Essen einlädt. Darunter auch Vertreter der dort regierenden Partei, der BJP. Als die Unruhen ausbrachen, habe sich der Pastor mit diesen in Verbindung gesetzt und von dort die Zusage erhalten, dass er sich keine Sorgen zu machen brauche, da sie sich um diese Dinge kümmern würden. In einer Dorfgemeinde mit zwei Kirchen haben die Randalierer in der einen Kirche Feuer gelegt. Als ihnen gesagt worden sei, dass es ja noch eine weitere Kirche gäbe die sie anzünden könnten, hätten sie geantwortet: „Die zünden wir nicht an. Die gehört ja zur JELC und die Leute kennen wir.“ In Umerkote, wo der Propst gute Kontakte zur örtlichen Polizei hat,

wurde er von dem für die Bewachung der kirchlichen Gebäude dort zuständigen Beamten gebeten, dass er doch darauf hinwirken möge, Verunglimpfungen und Verhöhnung Angehöriger anderen Glaubens bei Besuchen in deren Häusern durch Mitglieder seiner Gemeinde zu unterbinden. In Bissamcuttack, wo die Kirche aufgebrochen und die Inneneinrichtung zerstört worden war, haben die Christen nach zahlreichen intensiven Friedensgesprächen ihrerseits die Polizei gedrängt, die Randalierer nicht zu verhaften und sie nicht ins Gefängnis zu stecken. Ausgehend von der Überzeugung, dass eine solche Bestrafung in diesem Fall nur weitere Aggressionen hervorrufen würde, war es ihnen ein Anliegen auf diese Weise dem weiteren Anwachsen des Hasses zu begegnen. Ihre Botschaft lautet, dass Vergebung statt Bestrafung als ein Zeichen christlicher Versöhnungsbereitschaft notwendig sei, selbst wenn dies der breit vertretenen politischen Forderung nach hartem polizeilichem Durchgreifen und harter Bestrafung der Täter widerspricht. Auch erklärten die Gemeindevertreter, dass sie keine Entschädigung für die Zerstörungen in der Kirche wollten, sondern diese mit eigenen Mitteln wieder in Stand setzen wollten. Als ich auf Pastor Pangi zugeing, der in Laxmipur auf offener Straße gedemütigt und verprügelt worden war, hat er sich vergewissert, dass wir von den Vorgängen erfahren haben, ist aber darüber hinaus und auch in allen weiteren Gesprächen mit keinem Wort mehr auf seine persönliche bzw. die aktuelle Situation eingegangen.

Bischof Khosla und die Kirchenleitung der Jeypore-Kirche fordert alle ihre Mitglieder dazu auf, auch in diesem Jahr nicht von den Weihnachtseinladungen abzusehen, sondern im Gegenteil diese noch zu verstärken und bewusst auszuweiten. Es hieß: „Haben wir bislang vielleicht 5000 Menschen zu uns eingeladen, so sollten es in diesem Jahr 10.000 sein!“ Ihre Botschaft an alle Gemeinden der Kirche lautet, gute Kontakte zu den Angehörigen anderen Glaubens aufzubauen bzw. zu pflegen. Die Kirche und ihre Gemeinden sollten aus ihrer selbst gewählten Beschränkung auf die eigenen Mitglieder ausbrechen. Ihr Engagement dürfe nicht mehr auf die eigene christliche Gemeinde begrenzt sein (Mission-Compound-Complex). Alle hätten die Aufgabe, aktiv und wertschätzend auf ihre Nachbarn zuzugehen. Sollte dies nachhaltige Wirkung zeigen, so würde es eine tief greifende Veränderung bestehender Verhaltensmuster in der Jeypore-Kirche bedeuten. Ob und wie wir unsere Partnerkirche auf einem solchen Weg unterstützen wollen und können bedarf m.E. eingehender Beratung.

Jeden Tag kommen jetzt Flüchtlinge aus dem nahen Kondhamal Distrikt in Gemeinden der Jeypore-Kirche an (während meines Besuches sind es an einem Tag z.B. 35 Familien in Nowrangpur, drei Tage später eine etwas kleinere Gruppe in Jeypore), die von der JELC eine erste Unterstützung erhalten. Gleichzeitig ist deutlich, dass diese Menschen bleiben wollen und die Hoffnung haben, irgendwo in Sicherheit ein neues Leben beginnen zu können. Der Umgang mit den zum Teil unter extremsten Erfahrungen und auch körperlichen Verletzungen leidenden Menschen ist eine weitere Herausforderung für die Kirche. Sie berichten auch von brutalen Praktiken, erzwungenen „Reinigungsriten“ und erzwungenen Bekenntnissen zum Hinduismus, die Christen daran hindern sollen als Christen in ihre Dörfer im Kondhamal zurückzukehren. Hier einerseits Solidarität zu üben, und die tiefe Verwurzelung der Betroffenen im Glauben als Glaubenszeugnis anzunehmen und gleichzeitig sich zu friedensfördernder Zusammenarbeit zu bekennen (mit Menschen, die deren Verfolger sein könnten), ist eine Zerreißprobe.

Die Regierung hat eine umfassende Überprüfung aller Kirchen, ihrer Bücher und insbesondere der Taufregister angekündigt. Der Bischof hat die Pröpste und alle Pastoren und Pastoren aufgefordert ihre Bücher in Ordnung zu halten. Die Kirchenleitung gibt allen zu bedenken, dass sie nicht einerseits auf die Einhaltung der Gesetze einer säkularen Regierung bestehen können und gleichzeitig diese Gesetze in der Praxis missachten.

In den Gottesdiensten und Gesprächen wurden wir als Partnerkirche seitens der Kirchenleitung und vieler weiterer Personen immer wieder um Fürbitte gebeten. Das Gebet als wichtigste christliche Kraft wird gebraucht und als große Unterstützung erlebt. Daneben und erst danach wird jetzt auch um finanzielle Unterstützung gebeten. Diese wird vor allem zur Renovierung zerstörter Gebäude, von Dorfkirchen und Pastoraten, und zur Unterstützung der Flüchtlinge aus dem Kondhamal gebraucht.

<http://www.nmz-mission.de/>

A Radical Proposal for a Very Difficult Situation in Orissa

(Vishal Mangalwadi)

An Appeal To, India's Christian Leaders & Spokespersons

For very understandable reasons, many Christian leaders, including the Pope, have condemned the recent murders of the Hindu leaders by the Maoists in Orissa. And as you can sense many Hindus have dismissed these condemnations as a hypocritical game that politicians play. For good reasons, the condemnation only undermines the moral authority of the Church. What the Indian Christian leadership needs to do is to apologize for the murders.

Why should the Church apologize for murders it did not commit or ask for?

Why did Jesus go to the cross for sins that he did not commit?

If Jesus could take our sin upon him, surely the Church can consider taking the sins of the Maoists upon it to bring forgiveness, healing, reconciliation and peace.

The next round of conflict in Orissa is likely to be bloodier than the previous two, because even if only 100 Christian youth are learning from the Maoists, they will be a dreadful force. The next time around it may be the Hindus who are driven into the forests. That will bring out the army, which is already stationed in those sensitive areas. (So far the army was prevented from engaging the Maoists because the Communists were a part of the UPA Government. Now the Congress would have to use the army partly to win Hindu votes.) If the Hindus in Orissa cannot stand up to „Christians“ and Maoists, the militant Hindu groups would take revenge against Christians all over the country.

A fresh round of communal violence will not be good for anyone and it will hurt our national image at a time when India needs to attract foreign investment, especially in poor states such as Orissa, Bihar, Jharkhand and Chhattisgarh.

The Church is doing all it can to bring relief to the victims of the last two rounds of violence. But it also needs to focus on the important mission of just peace and reconciliation. Therefore, may I submit the following proposal for your consideration and explain the theological and practical rationale behind it?

THE PROPOSAL

1. The Church in India should offer an unconditional apology to the Hindus for the murder of Swami Laxmananda Saraswati and other Hindu leaders. This implies that the Church should own the moral responsibility for the murders and, more importantly, should own the pro-Christian Maoists as our children who have been misled by a mistaken ideology. A sincere apology will shock the nation and give the Church the right to:
2. Ask national leaders such as Atal Bihari Vajpayee, V. P. Singh, Sonia Gandhi, some Hindu leaders and celebrities (such as Amitabh Bachhan) -

to go to Orissa to meet with the representatives of the Government, Oriya Christians, Hindus, Tribals and the Maoists to initiate a process of reconciliation. A Hindu leader may choose to apologize for the violence committed by the Hindus and offer compensation to Christian families who lost loved ones.

- 3 The Church leaders should obtain from the government an assurance of safe passage for the Maoists to be able to meet with them first privately and then to organize meetings between the Government, national leaders and the Maoists to initiate a healing process and addressing the issues of poverty, corruption and inequality.
- 4 Christian leaders should also meet with the leaders of Dalit Christians, Tribals and the Government, to find either a resolution to the demand of Reservations for poor Christians or find credible alternatives to help them out of their poverty (e.g. establishment of good schools, colleges, technical education, universities and industries).

RATIONALE

- (1) „Why should the Church apologize for a murder it did not commit or ask for?“ Someone has to love the Maoists enough to embrace them and reform them. They are rejecting Hinduism for Marxist-Ambekarite reasons explained in the accompanying article. They have been helping some front-line evangelists preach the Gospel in remote villages. As the attached article shows, by killing a few more Hindu leaders they will thrust the church and the nation into a far bigger mess. The Indian Church will go out again asking for more money for relief. Theologically and practically, it is more important that the Church should become a proactive peace-maker.
- (2) Even though the Church condemned the murder of the Swami, the Hindus dismissed it as hypocrisy. It was seen to be a game, because some Roman Catholic spokespeople had warned the Bishops of the growing nexus between Christian youth and the Maoists. Condemning the murder implies condemning those who risked the gallows in order to defend Christians whom neither the Government nor the Church was able to protect. It appears hypocritical to the Hindus and alienates the Maoists who have rejected Hinduism and are in search of a new home.
- (3) An apology would imply owning the murderers, while disowning the murder.
- (4) For a century, Marxists have opposed or killed Christians. Now they are opposing and killing Hindus and many of them from China to India are opening their minds to Christ. This gives the Church a unique opportunity to embrace Marxists of various kinds and reform or educate them. The Church cannot approve of the violence, but it cannot establish peace unless it embraces Maoists.
- (5) In embracing and owning the Maoists the Church would not do anything different than what the Hindus and the Congress did in embracing say Subhash Chandra Bose or Shaheed Bhagat Singh. Both the Congress and Bose were opposed to the British Raj and wanted freedom. The Congress was opposed to killing the British, Bose attempted to kill them. In spite of its

commitment to non-violence, the Congress chose to honor him and helped rehabilitate his army. India Inc has driven the Maoists into the jungles. The Church can serve the nation by bringing them back into the mainstream by embracing them and talking to them and championing their just grievances.

- (6) The main argument against apologizing is that we have nothing to do with the Swami's murder. Even if it is true that no Christian asked them to kill, nevertheless, the Maoists killed the Swami and his associates in defense of Christians. So we do have a moral connection to the murder. Someone murdered him on behalf of the Church. Therefore, the world has a right to wonder if the Church asked the Maoists to do it or paid for it.

The practical issue is: what if the Maoists now kill a dozen Hindu leaders they hold responsible for the anti-Christian violence of the last two months? They have already issued the warning and named the targets. Since these murders will be committed on behalf of the Church, the Christian-Marxist nexus will be evident to the whole world. Many will ask: Why would anyone love you enough to kill for you?

If the Church does not define the nature of the Maoist-Christian relationship in Orissa then the Hindus will define it for us. They will suspect that the Church is paying the Maoists to kill Hindu leaders.

From their own point of view, why are the Maoists doing this „great“ favor to the Church – murdering Hindu leaders on behalf of Christians? My assumption is that they are working on the Marxist assumption that Hinduism is the opiate of Indian masses, as well as Amedkarite belief that Hinduism is the cause of their oppression and poverty. Could it be that having rejected Hinduism for their own reasons, they are looking for a new faith?

I have several reasons to think that all the way from China and Nepal to the southern tip of India Marxists of many shades are interested in exploring if Christianity has anything to do with the relative political-economic success of the West. Given a growing Marxist openness to Christian worldview and spirituality, should the Church reject them as outcasts? If the Church does not embrace them and reform them, the army will crush them – that is, it will crush God's precious children who are victims of Hindu socio-economic-political system.

- (7) Christian leaders have issued simplistic political statements about Reservations for Dalit Christians, but now that the conflict over Reservations has become bloody, they need to engage with the issue and mediate the conflict between Dalit Christians and Tribals. Obviously, reclassifying the Dalits as Scheduled Tribes is only one way to solve the problem. Even if this solution was to be accepted, the nation will need to find answers to the legitimate fears that the Tribals have – the fears that the murdered Swami exploited.

The Church should not start out blaming the Government for denying Scheduled Caste Christians the benefit of Reservations. In my assessment, historically, 50% of the blame for the present poverty of the Dalits lies with Hindus, 40% with the Church (including the British Raj) and only 10% with the Government of India. If the Church had not kept the Dalits out of its educational institutions they would have been governing free India.

Just 10 years ago I asked the Indian Principal of an English Medium Christian High School, „How many dalit children do you have in your school?“

He replied, „One – the son of our gardener.“

„Why?“ I asked him, „Surely there are at least 50 Dalit families in the city who can pay the tuition? Besides, American sponsors are giving you fees for at least 75 students.“

„My predecessor,“ the Principal explained, „(an evangelical, American missionary) started the tradition of interviewing the parents in order to admit the children. Children's IQ or parents' ability to pay the fee are not sufficient for admissions. Parents have to display a certain, minimum standard of culture“ . . . (i.e. the kind of Sari's and jewellery the mother wears or if their child is sent to school on a scooter or a bicycle) Happily this is changing and the new Principal of St. Stephen's College (Delhi) has to be commended for his courage in Reserving a percentage of seats for the lower castes -a step of great symbolic value.

The pioneer of Protestant missions in India, William Carey, began by making children of all castes sit together. Later, the upper caste parents told the missionaries that their children would not sit with the lower caste kids. The Church and the British East India Company stopped admitting lower caste kids. The Church could have said that our educational institutions will practice human equality, if the Brahmins do not want their children to learn this truth, then their children don't need to attend Christian schools.

This is no place to look at the problem in depth, the point here is that the Church has played a major role in creating the present bloody problem and, therefore, the Church needs to engage with the issues seriously – not with cheap political statements demanding reservations or condemning violence.

- (8) Dalits want both conversions and Reservations. The Hindus want to concede neither. The Church has to engage the nation with both the issues but keep them separate since the right to conversion is non-negotiable while Reservation is negotiable.

It is not enough that the constitution permits conversions. The Right to choose one's beliefs needs to be enshrined in the court of public opinion; therefore it needs to be debated. Christian leaders should prepare for debates and stop saying „No debate on conversion.“

Obviously, many liberal Christians do not like conversions any more than Hindus do. But the Ambedkarites (Dalits, Tribals and a growing number of OBCs) see conversion as the only way to demolish a Brahminical social-system that accounts for India's backwardness. Since, fifty thousand Dalit converts are staying in jungles and refugee camps for their right to choose their beliefs, even the liberals may respect the strong feelings of these poor people, oppressed by the Hindu social system for thousands of years. Why should they be forced to accept a religion that makes some people lower than others?

Many „Liberal“ and fearful Christians that denounce conversions are not peacemakers. They are peace-lovers. They want peace for themselves

and their institutions. They do not care for peace and justice for the oppressed. A Church controlled by such „Liberals“ cannot possibly attract Maoists who are desperate for change. The caring Church must identify with them, not with the insensitive „anti-conversion“ sentiment of the secular elite and the Sangh Parivar.

P. S. For a fearless assessment of the Hindu-Christian-Maoist conflict in Orissa please see the attached article „Hinduism in Double Trouble: Mao & Christ Come Together in Orissa.”

Thursday, November 13, 2008

www.VishalMangalwadi.com

Hinduism in Double Trouble: Mao & Christ Come Together in Orissa

(Vishal Mangalwadi)

Many have heard of how Hindus are persecuting Christians in Orissa, India. In this report an Indian Christian thinker looks at the trouble Hinduism is facing in its homelands.

- On 18 May 2006, the Maoists in Nepal (who practice the precept of China's late Chairman Mao Zedong that political power comes from bullets, not ballots) forced the world's only „Hindu” nation to discard its Hindu identity in favor of a „secular” one.
- On August 23, 2008, in India's eastern state of Orissa, a group of 18–20 pro-Christian Maoists armed with AK 47 rifles gunned down revered Hindu leader Swami Laxamananda Saraswati along with his four associates. The Swami had been forcing lower caste Christians to reconvert to Hinduism and had instigated large scale violence against them during December 2007 and January 2008.
- Militant Hindus retaliated to the Swami's ghastly murder by killing over 40 Christians, injuring hundreds, raping a nun, burning hundreds of homes and churches, and driving approximately 50,000 Christians into jungles and refugee camps.
- Those in the refugee camps pray, but Intelligence Officers suspect that some of those in the jungles are also learning the art of using a rifle. The Maoists had trained 20,000 guerillas before these Christians were driven to the forests. Now, the Maoist ranks may swell with Christian youth who have lost everything at the hands of Hindu arsonists. They have nothing more to lose but much to gain from learning how to get money from officials (who extracts bribes from everyone) and eventually to rob banks (owned by a government which did not prevent the arsonists from looting their homes, businesses and whole villages).
- Pro-Christian Maoists in Orissa have already warned a number of specific Hindu leaders responsible for anti-Christian violence that they are next on their hit list.
- A few hundred „Christian-Maoist” guerillas will change the power-equation in Orissa. By refusing to defend their families the government gives to the Maoists the ethical right to self-defense. However, once they move beyond defense to revenge they destroy the image Christianity has built up by two centuries of humanitarian service and developing democratic institutions of civilized life. For the next generation of Indians, Christian guerillas may define what Christianity means just as terrorists now define Islam.
- Today (on October 31, 2008) the ten million strong women's wing of the Communist Party of India (Marxist – not Maoists) has made public its decision to support the Catholic nun raped by the Hindus.

- (Why would a political party in need of Hindu majority votes stand up for a despised, persecuted minority? It is a principled stand but it is also possible that the Communists are seeing that a social revolution is taking place in Orissa: 50,000 people have chosen to live in jungles and refugee camps rather than reconvert to Hinduism! The Communists may be agreeing with Mahanta Krushna Charan Dash Goswami, President of the Matha Mandir Surakhshya Parishad that Hinduism is being reduced to a minority religion in some pockets of Orissa.)
- At least one good American Christian (presumably, unaware of the Christian-Maoist nexus) has asked his Congressman if he should help Christians in Orissa buy guns.
- In the neighboring state of Chhattisgarh, the Government and the upper caste Hindus tried to create an armed force called „Peace Mission” (Salwa Judum) to counter Maoist insurgency. In March 2007, three hundred armed Maoists retaliated by invading the Police camp with rifles, grenades and petrol bombs. They killed 55 of the 79 „Security” forces, without losing even one of their members.
- Consequently, the Prime Minister of India acknowledged that this growing Maoist revolt has become the „single biggest internal security challenge ever faced by our country.”
- The Maoists have established a significant presence in at least 13 of India’s 28 states. They are recruiting guerillas and terrorizing entire regions to establish a safe haven called „Revolutionary Compact Zone” from Nepal in the north all the way down to Andhra Pradesh in the south. The goal is to build a base for launching a full-scale revolt against India Inc. – the custodian of a corrupt democracy. [see maps (Left) BBC News 2006; (Right) The economist 2006]

Is Armed Revolt against „Shining” India Inevitable?

A democratic India that can send a rocket to the moon is certainly shining. It makes me proud. However, the corrupt culture of bribery in our government, courts, police, education, employment and business makes it incapable of providing equality of opportunity. Upper caste Hindus are the primary perpetrators and beneficiaries of corruption. Hindu asceticism renounces wealth but it espouses a moral philosophy that cannot fight corruption. Intellectuals such as the late Oxford don Nirad Chaudhuri have charged that Hinduism’s venal gods that require appeasement are an important reason why upper caste Hindus corrupted clean institutions built up by British Christians.

In 2004, the BJP led „Hindutva” Government became so proud of India’s sudden economic boom that it tried to fight the General Election on the slogan „India Shining.” But many peasant farmers were committing suicide, because unable to repay their debts they were harassed by banks and money lenders. The peasants shocked the pundits by defeating the BJP-led government and entrusting their future to Sonia Gandhi – an Italian born, Roman Catholic widow of the Nehru-Gandhi dynasty. Mrs. Gandhi did focus some of her attention on the plight of the rural poor, but failed be-

cause she had to rely on a corrupt bureaucracy and a creaky political machinery to implement her welfare programs. So far she has not exhibited the strength needed to build a new party that has moral nerves to match her vision.

What do you think the children of a harassed farmer do after he commits suicide? My guess is that in many cases the son accepts the offer of a gun which comes with a promise to change the rotten religio-social „system” responsible for his father’s death. The daughter becomes her brother’s trusted informer.

Journalists have gone into the jungles to meet with the Maoists that killed the Hindu Swami, but the police cannot get to them. India Inc has become so bankrupt (morally and intellectually) that soon it will have to send in the army to crush it’s downtrodden, but it knows that the army’s use would be democracy’s ultimate moral defeat. An imported political system that offers no hope to the poor will lose its right to remain.

From the perspective of the hopelessly poor, India’s secular democracy has already failed. . . . But . . . at least some poor think that it is not democracy that needs discarding but Hindu culture which provides no spiritual basis to make democracy work.

The Conversion Controversy

The initial conflict in Orissa was ethnic, not religious. Swami Laxamananda Saraswati succeeded in instigating Tribals to kill Scheduled Caste (Untouchable/Dalit) Christians because the Christians were demanding to be reclassified as Tribals. This would make them eligible for special quotas in educational institutions, jobs, loans, and political office. The Tribals feared that if the Government conceded the Scheduled Castes’ demand then their children would have to compete against better educated Christian children. The Hindu government was insensitive to poor Christians and the Christians were insensitive to the needs of the Tribals who were poorer than them. A Christian leadership confused by a secular sense of social justice and Marxist-leaning Dalit Liberation Theology precipitated the political (non-violent) conflict.

In this non-violent conflict over affirmative action programs, the Swami saw an opportunity to mobilize the Tribals against the Dalit converts to Christ. His agenda was to stop conversions. His motivation was hatred and his method was force. If he were a saint he would have won poor Christians by empathizing with their poverty and need. He would have used his position to reconcile the two groups and fight their common enemy – poverty. He could have championed poor Christians by asking the Government to consider their plight. But blinded by Hindutva ideology he complicated the conflict by injecting the issue of conversion in a battle against poverty. The Western Church supports missionaries to serve poor Hindus but many rich Hindus pay their leaders to harass the poor who convert to Islam and Christianity.

Gandhi, Untouchability and Conversions

When he was a child Mahatma Gandhi’s mother taught him that Uka – the boy who cleaned their lavatories – was „untouchable”. Any accidental contact with him required a cleansing bath. While studying in England, Gandhi experienced the beauty of a different culture, one built on the biblical assumption that human beings were created equal. He was liberated by white families affirming his human dignity.

This „English” Gandhi revolted against inequality when the racial arrogance of white South Africans violated his dignity. He devised his weapon of Satyagraha – passive, non-violent resistance – to use his opponents’ biblical view of human equality against their routine violation of the Bible. The „African” Gandhi did not champion the dignity of the black Africans. To this day Indians in Africa are considered more racists than the whites.

Gandhi liked the biblical ideas of human equality and the dignity of a sweeper, but he could not bring himself to reject the Hindu faith that people were either born unequal due to their karma in previous lives or because Brahma created them unequal to begin with. His ambivalence expressed itself vividly in controversy over conversion:

In 1935, Newspapers reported that in village Kavitha in Ahmedabad (in Gandhi’s native state of Gujarat) the upper caste Hindus had committed horrible atrocities against some „untouchables”. Columbia University educated Untouchable leader, Dr. Bhimrao Ambedkar, had been thinking about conversion for a while. In a Depressed Classes conference in Yeoli in Maharashtra, on October 14, 1935, he made his famous announcement that he was born a Hindu and had no choice, but he will not die a Hindu because he does have a choice. Ambedkar’s resolve initiated a national debate on conversion.

John R. Mott, the American founder of the YMCA, asked Mahatma Gandhi if he thought it was wrong to „preach the Gospel with reference to its acceptance.” The Mahatma responded in his paper Harijan (19 & 26 December, 1936):

Would you, Dr. Mott, preach the Gospel to a cow? Well, some of the ‘untouchables’ . . . can no more distinguish between the relative merits of Islam and Hinduism and Christianity than a cow . . . If you must share [the Gospel] with the Harijans, why don’t you share it with Thakkar Bapa and Mahadev? Why should you go to the ‘untouchables’ and try to exploit this upheaval?

Dr. Ambedkar was not the only one enraged by Mahatma Gandhi’s view of the Dalits. His own follower Jagjivan Ram – a gifted, young, ‘untouchable’ Congressman from Bihar – registered his protest. Gandhi had demonstrated that Hinduism’s caste arrogance was worse than the racial arrogance of white South Africans: It assumes that most of the „untouchable” Hindus are an inherently lower species – like animals. Indeed the Hindu Law of Manu classifies Untouchables as „talking animals”!

This prejudice that marred Mahatma Gandhi’s legacy not only continues to this day, but is reinforced each time an educated, upper caste, „secular” Hindu argues that missionaries should not attempt to convert the „Lower Castes.” This condescending attitude drives militant Hindus such as Swami Laxamananda Saraswati to try and save the lower castes from Christian missionaries, if necessary by force. Why should anyone follow a Swami who believes that they are stupid animals, incapable of thinking for themselves and therefore have to be herded into the Hindu fold with a stick?

In India and Nepal Marx’s dictum that religion is the opiate of the masses is understood to mean that Hinduism is that opium. That perception is reinforced by an increasing acceptance of Ambedkar’s analysis that Hinduism is the cause of the backwardness of the Backward Castes, Dalits and Tribals.

Why is Christ Losing to Mao?

Chances are that you have never heard that at least some of the „persecuted Christians” in Orissa are Maoists. Some of them killed Hindus and burned their homes in December 2007. You have not been given this information because unfortunately India’s Christian leadership has presented a simplistic picture. That is not to suggest that Christian spokespersons lack integrity. They have misled the world because

- (a) Like secular journalists, most Christian leaders have not taken the time to understand poverty, the poor and the growing appeal of Maoism. Therefore, they cannot make sense of what is happening. They describe what they understand.
- (b) Some of them are motivated purely by their compassion for the sufferings of fellow-Christians. They do not have the time or the tools to diagnose the deeper disease. (The Church is doing all it can for relief and that deserves support. However, relief without imparting biblical spirituality will create new problems. From all reports most of the Christian victims in Orissa are „carnal” Christians who do not hesitate in using lies and deceit to get a few rupees even in normal times and these are abnormal times when they are in desperate need.)
- (c) Some, who know better, talk only about „persecution” either because they are afraid of acknowledging the growing Maoist-Christian connection or because they are out to raise money for the victims and their own organizations. (The Western Church is unlikely to donate money if it knows that Christians have been killing Hindus or that the primary conflict between Dalit Christians and „Hindu” Tribals is not over religion or conversion but over benefits of affirmative action.) Relief workers do need to remain neutral in such crises. But then, like the Red Cross, they must serve both the warring groups. Relief work loses its nobility if it serves one side and misleads donors.
- (d) (d) Regrettably, some Christian spokespersons who understand the issues choose not to present the full picture because some of them are also driven by a spirituality of hatred taught by Dalit Liberation Theology. Others may have personal agendas: Some seem to want to promote themselves as champions of „human rights,” and they choose to condemn the „fascist” Hindutva BJP even when it is not responsible in order to please

Mrs. Sonia Gandhi to find appointments in national and international forums for Minority Rights.

The cumulative result of these tendencies is that

- Christian leadership has shown little interest in developing understanding. It prefers relief dollars and preaches the socialist idea of „Reservations” (affirmative action) without any discussion of its negative consequences or consideration of better alternatives.
- Christian leaders refuse to debate and defend conversions even when invited to do so by national leaders. They see no need to educate the voters that individual liberty has little meaning if it does not include the right to choose one’s beliefs.
- Christians show no concern for reconciliation: In January 2008, when we discovered that some Christians in Orissa had burnt down some Hindu homes, I

suggested to a well-known Christian leader that the relief money that his group was raising should be used for reconciliation: (i) Local Christians should be encouraged to go to the Hindus, apologize, and rebuild their homes with Christian money before rebuilding their own homes. (ii) His organization should consider building a school and a hostel which admits equal number of Hindu Tribals and Christian „Dalits.“ The gentleman got so mad at me that he went to some of my friends instigating them against me. Some leaders from his group project themselves as spokesmen for Indian Christians and they have taken a public stand that they will not meet even with sane Hindu leaders. They slander the BJP as a „fascist“ party, which has not been true at least since 1977.

Unfortunately, the failure of Christian leadership goes much deeper: Christ is losing at least some of his followers to Mao because the Church no longer preaches „the Good News to the poor“ Their Gospel aims to take souls to heaven but is not bothered whether or not God’s will is being done in India. Some missionaries do specialize in subjects such as elementary education, health, micro-financing and linguistics, but no one seems to know anything about the biblical worldview that liberated Western nations out of poverty, oppression and corruption, giving them relatively just, clean and sensitive governments.

Perhaps the most tragic fact is that at a time like this when Indians are killing and dying in search of human equality, there is a growing group of American missionaries teaching the upper caste followers of Christ not to worship with lower caste converts. This unthinking forum is importing American racism into the Indian Church. It believes in segregating churches along caste lines because it thinks that the Great Command to love our neighbors as ourselves can be superseded by the obligation to make disciples of the Brahmin nation (people-group). They don’t believe that it is necessary for believers to be „one“ as Jesus prayed in John 13.

Secular democracy has failed but there is no forum in India that teaches biblical economic and political thought. The Maoists overtook Nepal because several decades ago the Government of North Korea donated libraries to every school. No one bothered to see what those books were teaching. In as much as Marxism is a Christian heresy, it does do some good. But just as the Chinese Marxists are searching for a satisfying world and life view, India needs literature that will expound a reforming worldview and spirituality. Then our universities, colleges, seminaries, pulpits, radios and television will communicate a message that makes sense even to the Maoists.

The fact that militant Hinduism is giving birth to Christian Maoists will thrill the proponents of Dalit Liberation Theology. But is this something to celebrate? Medieval Europe had plenty of „Christian“ knights who dedicated their weapons and skills to the Church. Most of them became such nuisance that Popes sent them away on Crusades to kill and die – away from their homelands. It took Europe centuries to bring physical might under moral right. India inherited a professional army, police and bureaucracy from the British. These institutions have degenerated. The Maoists killed the Swami only because the Orissa Government did not bring him under the rule of law. In choosing not to protect innocent Christians the Government failed again. That deserves condemnation and a resolve to transform. But is the government’s failure good enough reason to exchange civil government and rule of law with the rule of guns and gangs? A civil war could be justified when the Government itself kills the poor who agitate for affirmative actions or for their right to convert. But under present

circumstances, it is foolish to destroy the magnificent institutions that the Christian political thought, spirituality and wisdom gave us through the British. The Church should be training its youth to reform and run the institutions of justice that have been corrupted.

Christ and Mao have come together in Orissa because people oppressed for thousands of years have decided to stand up against the Hindu socio-economic system. One brother may be choosing Christ, while the other Mao. The Maoist brother gets angry when Hindus persecute his brother who chose Christ. The Christian should love his Maoist brother, but cannot follow his brother in hating his oppressor. He has to follow Christ and find supernatural power to repay good for evil. The Church has to equip a Christian to love both the Hindu oppressor as well as his Maoist brother and help them both to find the true Savior of the world.

The Maoists are not dumb. They know that in the short run their violence will drive investors and industrialists away from Eastern India and in the long run they will have no option but to join the democratic mainstream. Bullets do give political power, but they also take it away, quickly and abruptly. In the long run they establish either chaos or authoritarianism as the order of the day. That precludes the possibility of establishing peace – the pre-requisite to prosperity. The Maoists need to know how they can help build a culture of human equality and dignity, freedom and justice, honesty and service, education and development, science and technology, peace and prosperity where guns remain under the authority of moral law. India will seek the Kingdom of God when it sees that the historical track record points to Christ, not Mao.

October 31, 2008

www.VishalMangalwadi.com

Report on the visit of the Vice Chairperson, National Commission for Minorities to Orissa

11th to 13th September 2008

1. Following the outbreak of communal violence in Orissa after the assassination of Swami Laxamananda Saraswati, the National Commission for Minorities (NCM) decided to depute a team to the State to study the situation at first hand. Accordingly, I visited Orissa from 11th to 13th September, 2008, covering in the course of my visit, the blocks of Tikabali, Udaigiri, Raikia etc. I also called on both the Hon'ble Chief Minister of Orissa and the Governor of Orissa to share my experiences with them. Finally, I had in depth discussions with a team of officials from the Government of Orissa headed by the Chief Secretary and including the Director General of Police, Home Secretary and others.
2. In the first nine months of the year 2008, this is the third team from the NCM that has visited Orissa following the outbreak of communal violence in that state. The situation on the ground as I saw it holds out little hope that this will be the last. Orissa has been traumatized by vicious attacks on the Christian community which, in some pockets, continue even today. They are subjected to repeated threats that they will never be safe if they do not convert immediately to Hinduism. Earlier in December, 2007 and January, 2008, the violence was confined to Kandhamal District. On this occasion there were incidents of violence in other districts like Gajapati, Ganjam and even Bargarh. I had the opportunity to interact with three Catholic priests who were badly injured in the riots and had been shifted to a Mumbai hospital for treatment. The testimony of one of them who worked in Bargarh district is attached as an annexure „A“ to this report. As in the past, the brunt was borne by Kandhamal district in general and the blocks of Tikabali, Udaigiri, Raikia and K Nuagam in particular.
3. On the night of 23rd August, 2008, Swami Laxamananda Saraswati was brutally assassinated in his ashram at Jalespata. The very next afternoon, his body was taken in procession to Chakapad, the place where his first ashram was established. It is reported that at a place called K Nuagam, a large crowd obstructed the procession and insisted that it be diverted to places where his followers were waiting to pay homage to the slain leader. In contravention of the earlier agreement regarding the route the procession was to take, it was now diverted to cover the blocks of Udaigiri and Raigarh. This was an invitation to the mob to take over and soon mindless violence was unleashed. The Christian community fell innocent victims to wide spread acts of arson and destruction. The State Government estimates that 17 people were killed while 2,853 houses and 127 institutions were either destroyed or damaged. Unofficial estimates say that the actual figures are much higher. Since Government estimates are based on confirmed figures alone, the unofficial estimates are probably closer to the truth.
4. In the immediate aftermath of the violence, Christians across the district fled for their lives and took refuge in the forests nearby. Fear of attacks from Hindus in the area made it impossible for them to return to their homes. To cope with this the State Government has so far opened 14 relief camps in the 6 most affected areas

of the district and approximately 20,000 people are estimated to be staying in these camps.

5. On my arrival in Phulbani, I visited camps in Tikamballi and its surrounding areas. I then proceeded to Udaygiri where a very large camp is located in a school in the area. The following day, after interacting with members of civil society at Phulbani I visited the huge camp at Raikia. Throughout the journey I was able to visit houses and places of worship that had been destroyed and observe the viciousness with which even everyday items like motorcycles, auto-rickshaws and tractors belonging to the Christian community had been reduced to ashes.
6. There can be no doubt that the entire Christian community has been completely traumatized. Retired officers from the armed forces, retired civil servants who had served the Orissa Government in senior positions and others who met me had exactly the same story to tell: they had been attacked, their homes destroyed and their family members threatened with every sort of retaliation if they did not forthwith change their religion and embrace Hinduism.
7. As a start, the Government must bring back a sense of normalcy and ensure that Christians are able to pursue their everyday lives without living under constant fear and threat in relief camps. The Government must also strain every nerve to see that those who murdered Swami Laxmananda Sarswari must immediately be brought to book. If outside help in the conduct of investigation is necessary it should be taken but the crime must be solved and those guilty made to pay.
8. Along with this the steps taken by the State Government to maintain law and order following the crime must be put under the spotlight. It was obvious that public reaction to the murder of a prominent religious leader like the Swamiji would be extreme. Yet when options to be followed after the murder were being considered, there is little evidence that high level political and official leadership offered guidance and support to the local district administration. Given the near certainty that a procession of over 170 kms with the body of the slain leader was bound to arouse huge passions it would have been proper for the senior leadership of the State to try to persuade the Swami's followers to avoid a long procession and bury him in the ashram where he was murdered. Even if his followers had been adamant that he had to be buried at the site of his first ashram in Chakpad, the alternative of airlifting the body should have been examined.
9. It is certainly possible that if the procession had been banned or even delayed there might have been serious trouble at Jalaspeta. This might possibly have spread to other places as well. But a reasoned analysis of the pros and cons does not appear to have taken place. Less than 18 hours after the murder, the funeral procession was taken out and the state still reels under the events that followed it. There is little evidence that anyone at the senior levels of either the political or the official establishment participated in or attempted to influence the decision making process in such a vital matter. This is unfortunate because mature advice could have introduced a measure of sanity into the situation and resulted in a balanced, considered response.
10. In every camp I visited the main feeling was one of despair and hopelessness at the cruel turn of events. Practically everyone complained of the threats they had received that their return to their homes was predicated on their acceptance of the Hindu religion. I was even shown a letter addressed by name to one woman sta-

ting that the only way she could return to her home and property again was if she returned to the village as Hindu. (A copy of the letter, written in Oriya, complete with the picture of a blood stained dagger is attached with this report – Annexure „B“).

11. Some groups did complain that large scale conversion was at the root of the disturbances and that the Swamiji's murder was only the trigger that set off the seething unrest that was already brewing in Kandhamal. While exact figures of the number converted are hard to come by, there is no doubt that the Christian population has registered a larger increase than that of the Hindu population. But although the Freedom of Religion Act has been in existence for about 40 years, not a single case has been registered under this Act for forced conversion in Kandhamal. If indeed conversions by force or fraud were responsible for the feelings against Christians, it is absolutely amazing that the provisions of an Act designed precisely to address such conversions have never been invoked. It gives rise to the suspicion that conversion had really very little to do with the problem.
12. Indeed the matter goes deeper than this. I was informed that only 2 applications for permission to convert have been received in the last 10 years in the district but I could not ascertain what action had been taken on those applications. They are probably still pending. This only underlines the fact that not much was expected of the legislation and it was treated more as a political instrument than a means to bring transparency into the conversion process. In fact further probing revealed that rules under the Act were framed only in 1999, more than 30 years after the Act was passed. This underlines, as few other things could, how legislation is sometimes passed in haste not to address a particular problem but to mollify different groups. The State Government must examine this issue in some depth. Merely keeping an Act on the statute book without implementing it or using it for the purpose for which it was intended does not help.
13. Since the Act is now on the statute book, however, its provisions must be used against the pernicious threats to Christians to convert forcibly to Hinduism or lose all their property and their right to return to their homes. In camp after camp I was bombarded with complaints of such threats and the fear they inspired. The provisions of an Act that seeks to outlaw and punish conversions made by force and fraud must now be used to achieve that purpose, viz. to take action against those who seek to convert others to Hinduism by using threats and force.
14. During my last visit to Orissa in April 2008, I was told that 127 cases had been registered and 187 people had been arrested. On checking I found that only 14 of these had been charge sheeted, 5 cases closed and about 108 cases were still pending. On this occasion 203 cases have been registered against 223 people who have been arrested. It is impossible to over emphasize the importance of quick investigation and early filing of charge sheets in court. If the impression gains ground that those indulging in rioting, arson and murder will get away with little more than a slap on the wrist in the form of arrest and early release on bail and that investigation will invariably be tardy, it will be an invitation to people to take the law into their own hands. For this purpose the State must depute special investigators to Kandhamal district for as long as it takes them to complete the investigation into all the cases registered in the district. It will be quite impossible for the local administration to cope with this huge task without any outside assistance

and if it is not done speedily, it will, as I have pointed out above, be seen as the weakness and ineptitude of the administration.

15. One particularly heart rending experience in relief camps was the problem faced by those who lost their loved ones to violence but were unable to recover their bodies because these had been burnt or had been destroyed by wild animals. Without the recovery of the body and a post mortem being performed on it, compensation promised to the next of kin of those killed in the riots is not given. The trauma faced by such persons can well be imagined. Not only have they lost their loved one (usually the breadwinner) but insult is added to injury when relief promised to them is denied for reasons beyond their control. While Government procedures do call for the recovery of the body and for the performance of a post mortem, a more flexible approach is needed in times like this. Perhaps Government can rely on the testimony of eye witnesses to the murder and even take an indemnity bond from anyone receiving compensation in respect of a person whose body has not been found. But human suffering on such a massive scale should not be compounded by insistence on bureaucratic procedures. Since compensation for the next of kin of those killed in such riots is also offered by the Central Government, both the sums received should be pooled and invested in some security that will give a good return to the individual.
16. All the camps that I saw had medical teams in position and I was informed that they were manned by personnel drawn from different parts of the State. I was also informed that some NGOs had offered their services to conduct medical operations. Such offers should be freely accepted even if they come from the so called Christian NGOs. Since inmates of the camps are all from the same religion there is little prospect of controversy arising out of a discriminatory approach to medical services. In the same way there should be no objection to allowing Christian groups to distribute relief in the camps. Since only Christians are housed in the camp there can be no allegations of a sectarian approach to the distribution of relief.
17. Once peace and normalcy are restored, the emphasis must go to rehabilitation. The State's record on this front last time was satisfactory but if the same level of efficiency is to be maintained some more manpower would be needed. There is a strong case for deputing extra officers to work in Kandhamal district for rehabilitation on the same lines as extra officers from the police department assist in the work of investigation. The details should be worked out by the State Government and the district authorities in Kandhamal.
18. In my last report I had covered the need for confidence building measures to build bridges between estranged communities. This is a vital tool in the quest to maintain lasting and durable peace between neighbours. Mohalla Committees have worked wonders in bringing people together in places like Mumbai. But the initiative must be taken when there is peace and people are receptive to such ideas. It is doubtful if the State Government acted on this recommendation in the past. I believe that it is vitally important for them to do so when things settle down in Kandhamal.
19. Although Orissa has a sizeable minority population it is surprising that it does not have a Minority Commission. Such a Commission will not guarantee that no riot will ever take place but it does provide a useful feedback to Government and, mo-

re importantly, a place where people who feel marginalized can let off steam. This recommendation also has been made in the past but has yet to be acted upon.

Conclusions and Recommendations

The agony of Christians in Orissa continues unabated even today in selected pockets of Kandhamal. Full normalcy is yet to be restored and reports of arson, attacks on houses and places of worship and harassment of Christians still come in. Indeed reports that have come in after my return from Orissa show that far from improving things have actually got worse and trouble is spreading to districts which were so far quite peaceful. The communal divide appears to be as strong as before and there has been little success in reining in the extreme fringe that has encouraged and fostered the spread of intolerance.

Christians are still forced to live in an atmosphere of extreme insecurity under threat that if they do not convert to Hinduism their lives would not be safe and their properties would be forfeited. The community has suffered immense damage to their property, their places of worship and above all to their psyche in this macabre drama that has played out twice in the space of less than a year. This reflects very poorly on a secular multi ethnic country like India with a proud tradition of not merely tolerating diverse cultures and beliefs within the body politic but actively encouraging their growth and development. Unless steps are taken immediately to restore normalcy and instill a measure of confidence and security among Christians, we will not only irreparably damage the pluralistic society of which Orissa is so rightly proud but we leave the door open for lumpen, extremist elements to occupy space that should rightly be occupied by the state and civil society groups. The implications of this for a sensitively located state like Orissa are frightening. Steps must be taken immediately to identify those responsible for promoting hatred and the poison of communal unrest. They must not be allowed to roam freely around the area to spread their pernicious doctrines as they now do. If the state is unable to do this the Central Government must consider their own response.

Recommendations.

1. Strong steps to restore full normalcy must be taken immediately and a sense of confidence should be built up among Christians. This should be done in a variety of ways but most especially by seeing that firm action is taken against the instigators of violence who spread communal hatred. If the state is unable to do this the Centre should consider an appropriate response in accordance with the provisions of the Constitution
2. The political leadership should consider holding a peace march in the most affected areas along with religious leaders of both sides. The top cadres of the state leadership should also re-examine their response to incidents like the murder of Swami Laxamananda Saraswati and ensure that they play a more effective role in influencing important decisions..
3. The provisions of the Orissa Freedom of Religion Act must be invoked against those using force to convert Christians to Hinduism.

4. Investigations into cases filed must be completed under a time bound programme and charge sheets filed in the court. If the number of cases is sufficiently large, establishment of special court(s) could be considered.
5. Extra manpower at a sufficiently senior level must be deputed to Kandhamal to assist in investigation of cases and in rehabilitation measures. It will be impossible for the district administration to cope with this task by relying only on their limited resources.
6. Christian medical relief teams should be allowed to work in the affected areas. Similarly, Christian groups should be allowed to distribute relief materials in the camps, if necessary, in partnership with the Red Cross.
7. In special cases where the dead body of a victim of the riots cannot be traced for good and sufficient reasons, ex gratia compensation must be given to the heirs of the victim after getting an indemnity bond from them if necessary.
8. Compensation from the Centre and the State must be pooled together and invested in a good security that can bring in a rate of return of about 10 percent.
9. Once peace is restored, confidence building measures between the two communities must be put in place. These can include street plays, poetry competitions dramas and mohalla committees.
10. Orissa must constitute a Minority Commission as soon as possible.
11. Compensation must be given by the Government for reconstructing all religious places destroyed or damaged both in the recent riots and those which took place earlier. Since the rationale for this recommendation has been covered in detail in my last report of April 2008 it will not be repeated here. In fact the last three recommendations have been made in previous reports but because they have not yet been implemented they are reiterated here.

Posted on 21 October 2008

<http://www.orissaconcerns.net>